



KOMMUNAL

GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH .

FORDERUNGEN

Was die Gemeinden
von der neuen
Regierung wollen

Seite 24

SOMMERGESPRÄCHE

„Das richtige
zuerst tun“ –
Bad Aussee 2019

Seite 42



Kommunal 30 Jahre Kommunikation

Kommunikation ist nicht erst seit heute ein
Mega-Thema für Gemeinden: KOMMUNAL feiert sein
30jähriges Jubiläum und begibt sich auf
Spurensuche nach der „richtigen“ Mediennutzung.

Seite 12

ARA 360° KREISLAUF- WIRTSCHAFT FÜR ÖSTERREICH

STARTEN WIR
DIE ZUKUNFT JETZT.

Schließen wir gemeinsam den Verpackungskreislauf:
Hochwertige Sekundärrohstoffe für neue Produkte.
Nachhaltige Verpackungen durch ARA Circular Design.
Das ist 360° Kreislaufwirtschaft made in Austria.

DIE TREIBENDE KRAFT IM RECYCLING.

 ara.recycling www.ara.at

ARA 
Altstoff Recycling Austria



AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG:

WIR WERDEN UNS ZU WORT MELDEN



Seit einigen Tagen ist die Nationalratswahl geschlagen. In allen Wahllokalen haben mehr als 80.000 Wahlbeisitzerinnen und Wahlbeisitzer und tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen reibungslosen Ablauf der Wahl gesorgt. Vielen Dank für euren Einsatz für die Demokratie. Nachdem das Ergebnis nun feststeht, starten die Koalitionsverhandlungen. In den letzten Monaten sind viele wichtige Fragen leider nicht entschieden worden – der Wahlkampf hat seit Juni den politischen Alltag bestimmt.

Klar ist für uns nun: Wir werden uns auch dieses Mal intensiv zu Wort melden und auch – wo immer möglich – mit unseren Ideen und Vorstellungen einbringen. Schon im Jahr 2017 fanden viele unserer kommunalen Anliegen Eingang in das Regierungsprogramm. Nun hat das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes Mitte September in Bad Aussee ein neues Forderungspapier an die künftige Bundesregierung beschlossen, mit vielen Vorschlägen zur Stärkung der Gemeinden und der ländlichen Regionen. Im Wahlkampf haben alle Parteien den ländlichen Raum für sich entdeckt und mit vielen Ideen um Stimmen der Bürgerinnen und Bürger geworben – nun gilt es den Wahrheitsbeweis anzutreten, ob die Parteien die Regionen und Gemeinden wirklich stärken wollen.

Ein wichtiges Thema wird für uns auf alle Fälle die Wahlrechtsreform sein. Jetzt nach der geschlagenen Nationalratswahl müssen endlich die praxistauglichen Vorschläge der Gemeinden umgesetzt werden. Es geht uns um eine Entbürokratisierung des Wahlrechts, Verbesserungen bei der Briefwahl, den vollen Kostenersatz für alle Ausgaben, die wir für die Wahl tätigen, und eine einheitliche Entschädigung für Wahlbeisitzer.

Deregulierung und Entbürokratisierung beschäftigen uns in den Gemeinden schon lange. Im Sommer haben wir unsere Bürgermeister und Amtsleiter eingeladen, konkrete Vorschläge, welche Gesetze und Verordnungen überschießend sind, einzu-melden. Daraus haben wir nun ein kommunales Deregulierungspaket erarbeitet, mit dem wir Vereinfachungen für unsere Verwaltung und unsere Arbeit vor Ort von den Parteien einfordern.

Im Oktober feiert das KOMMUNAL-Magazin seinen 30. Geburtstag. Wir gratulieren dazu herzlich und wollen uns auch für die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit bedanken. Das KOMMUNAL ist zum führenden Leitmedium für kommunale Fragen geworden und dabei auch ein wichtiger Partner der österreichischen Gemeinden.

ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



**KLAR IST FÜR UNS
NUN: WIR WERDEN
UNS AUCH DIESES
MAL INTENSIV ZU
WORT MELDEN
UND AUCH – WO
IMMER MÖGLICH –
MIT UNSEREN IDEEN
UND VORSTELLUN-
GEN EINBRINGEN."**

Feedback, Anmerkungen oder
Kommentar bitte an
leserbriefe@kommunal.at

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,



„Wir fördern die Vielfalt und stärken das Gemeinsame.“ Mit dieser Devise ausgestattet hat KOMMUNAL vor genau 30 Jahren seine

Mission gestartet. Seitdem beobachten, kommentieren und vernetzen wir die österreichische kommunale Politik. Wir glauben daran, dass unser Land ein besseres ist, wenn Städte und Gemeinden mehr und bessere Entscheidungen treffen und wollen unseren Teil dazu beitragen. Wir tun dies, indem wir stets auf der Suche nach jenen Projekten sind, die es verdienen von anderen aufgegriffen und realisiert zu werden. Wir setzen uns als offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes für die Interessen der Gemeinden gegenüber den anderen Gebietskörperschaften ein. Und wir möchten die Rolle der kommunalen Welt in der öffentlichen Wahrnehmung stärken.

Unsere Mission ist noch lange nicht vollbracht, aber ich verspreche Ihnen, wir brennen dafür wie eh und je. Die vergangenen politisch turbulenten Zeiten haben wieder deutlich gemacht, wie sehr unser Land und unsere Demokratie auf ein stabiles Rückgrat in Form von starken Städten und Gemeinden angewiesen ist. Dafür bedanken wir uns als Staatsbürger und freuen uns als KOMMUNAL, auch die nächsten 30 Jahre den Weg mit Ihnen bestreiten zu dürfen.

Michael Zimmer,
Geschäftsführer Kommunalverlag



/24

Die Aufgaben fair verteilen

Die Forderungen der Gemeinden an den neuen Nationalrat



/30

Teams statt Schulärzte

Wird die Debatte um die Schulärzte ehrlich geführt?



/54

Wissenschaft Winterdienst

Ein Blick hinter die
Technik modernen
Schneeräumdienstes



/88

Zu viel Plastik ...

Kerstin Suchan-Mayr,
Bürgermeisterin von
St. Valentin

FOTOS: /shutterstock.com/alphasprint/Bodnarhuck/invisiblepower/Köfer/Gemeinde St. Valentin//
COVERFOTO://Composition/Thomas Max/Elemente/shutterstock.com,Archiv Kommunal//

30 JAHRE KOMMUNAL

Den „Spiegel vorhalten“ ist Teil des Jobs 12

Ein Fachmagazin und seine Aufgabe in der (politischen) Kommunikation

Der steinige Weg zu des Pudels Kern 16

Gedanken zu Fake News und wie sie zu erkennen sind

Aller Anfang ist schwer 18

30 Jahre im Dienst der Gemeinden – Zeitzeugen und Timeline

POLITIK & RECHT

Voranschläge erstmals nach VRV 2015 zu erstellen 34

Ein Überblick über die richtige Vorgehensweise zum Voranschlag 2020

Weniger Bürokratie, weniger Regulierungen 38

Gemeindebund liefert praktikable Vorschläge zur Deregulierung

„Die Gemeinden schaffen Lebenswelten“ 42

Die Kommunalen Sommergespräche 2019 auf der Suche nach der Infrastruktur für Gemeinden

GESTALTEN & ARBEITEN

Die „Marke Stadt“ einmal anders 66

Hohenems und sein Weg zum neuen Selbstverständnis

Innsbruck: Begleitetes Wohnen deckt Bedürfnisse 68

Richtiges „Miteinander“ vermeidet Konflikte unter Nachbarn

Konfliktlöser: Wenn Betroffene mitentscheiden 76

Eine innovative Methode der Entscheidungsfindung im Einsatz

LAND & LEUTE

Mobilität: Mitfahrbankerl statt Autostoppen 92

Ternitz und seine „geniale Ergänzung“ für den örtlichen Nachverkehr

Bargeld-Service beim Gemeindegewirt 94

Zwei Tiroler Gemeinden haben das Bargeld-Service bereits seit Mai

Zwischen Wahrnehmung und Realität 96

Das subjektive Sicherheitsgefühl auf „dem Prüfstand“

Bundesländer, Termine, Personalien & Impressum 100

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Österreichische Ärztekammer	50	paxnatura Naturbestattungs GmbH & Co Kg	82
Bundesbeschaffung GmbH	64	PSC Public Software & ConsultinggmbH	79
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus	52	Raiffeisen Leasing GmbH	75
Georg Ebinger GmbH	83	Reed Messe Salzburg G.m.b.H.	84
Fonatsch GmbH	74	RIS GmbH	
Fonds Gesundes Österreich	93	Schülke & Mayr GmbH	65
Maschinenring Österreich GmbH	63	UniCredit Bank Austria AG	80
Österreichische Post AG	98	younion - die Daseinsgewerkschaft	99

KOMMENTAR

DER KLIMAWANDEL UND DIE POLITIK

Spätestens seit Greta Thunberg mit der „fridays for future“-Bewegung die Bedeutung des Klimas für unsere Zukunft ins Bewusstsein gerufen hat, ist das Thema des Klimawandels auch in der europäischen und der österreichischen Politik und bei den Bürgern angekommen.



Gut, dass sie jetzt nach Amerika reist, um dort ihre Botschaft zu vermitteln. Vielleicht könnte sie ihre Reise auch nach Brasilien, Afrika, Asien und über Russland wieder nach Schweden fortsetzen.

Nicht, dass auch Europa, Österreich und jeder Einzelne gefordert wäre, seinen Beitrag zu leisten, ist das Klima doch keine lokale Angelegenheit, sondern eine weltweite Herausforderung. Es ist schön, wenn Gemeinden, Bundesländer und Österreich den Klimanotstand ausrufen, nur diesem symbolischen Akt müssen auch Taten folgen. Bei der Umsetzung gilt es allerdings Herausforderungen zu bewältigen und die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und deren Auswirkungen gut zu überlegen.

Was kann Europa und Österreich tatsächlich tun, fragen sich viele Bürger und Bürgerinnen. Klaus Woltron schreibt, „ein wirksamer Beitrag Europas, geschweige denn Österreichs, zum weltweiten Klimaschutz wird weit überschätzt“. Manche europäischen Länder gelten zwar als Klimaschutzvorreiter, beziehen aber ihre Energie hauptsächlich aus Atomkraftwerken. Und was nützt es, wenn in Österreich das letzte Kohlekraftwerk geschlossen wird, aber gleichzeitig Afrika auf Strom aus Kohlekraftwerken setzt?

Dabei gilt Kohlekraft als umweltschädlichste Form der Energiegewinnung. Eine wichtige Rolle dabei spielt China. Während sich international laut einer Studie des Instituts für Energiewirtschaft und Finanzanalyse (IEEFA) immer mehr Investoren aus dem Kohlebusiness zurückzie-

„Was nützt es, wenn in Österreich das letzte Kohlekraftwerk geschlossen wird, aber gleichzeitig Afrika auf Strom aus Kohlekraftwerken setzt?“

hen, bleibt China ein wichtiger Investor im Kohlebusiness. Chinesische Banken und Unternehmen stellen für ein Viertel der Kapazitäten von Kohlekraftwerken, die derzeit außerhalb von China in Bau sind, die Finanzierung zur Verfügung. Zwar reduzierten die G20-Regierungen zwischen 2014 und 2017 laut dem Bericht die direkten Förderungen für den Kohleabbau um etwa die Hälfte auf zehn Milliarden US-Dollar pro Jahr. Zugleich wurden im selben Zeitraum für den Bau von Kohlekraftwerken vor allem in ärmeren Ländern die Förderungen von 17 auf 47 Milliarden Dollar pro Jahr erhöht.

Ein anderes Thema sind die verheerenden Waldbrände im Amazonasgebiet. Gegen Naturkatastrophen ist schwer anzukämpfen, auch bei uns gibt es Waldbrände, ausgelöst durch Blitzschlag oder auch unachtsame Waldbenutzer. Aber bewusste Brandrodung, um Weideflächen für die Rinderhaltung zu gewinnen, gibt es bei uns nicht. Wenn man sich vor Augen hält, dass der Amazonasregenwald 20 Prozent des weltweiten Sauerstoffs produziert, kann man die Dimension begreifen. Seit 1988 wurde der Amazonaswald um 700.000 km² (der fast neunfachen Fläche Österreichs) abgeholzt. Allein 2017 und 2018 fielen 7900 km² (das ist die Fläche von über einer Million Fußballfeldern) Wald dem Raubbau zum Opfer.

Und das für Zwecke der Produktion von Fleisch, die über Freihandelsabkommen (Stichwort: Mercosur) nach Europa exportiert werden soll. Dabei gibt es Aussagen, dass die globale Fleischproduktion mehr CO₂ verursacht als

Feedback, Anmerkungen oder
Kommentar bitte an
leserbriefe@kommunal.at



UM DAS WELTKLIMA ZU RETTEN, MUSS JEDER EINZELNE SEIN VERHALTEN ÄNDERN UND VOR ALLEM DIE WELTPOLITIK AKTIV WERDEN.“

alle Flugzeuge und Autos zusammen. Oder von Erwin Thoma im „Standard“, dass von den 40 Milliarden Tonnen CO₂ nicht einmal ein Prozent vom Pkw-Verkehr stammt.

Stichwort Wälder: Aufforstung könnte die Erderwärmung nach Studien des Weltklimarates dämpfen. Das wäre wirksamer als jede andere Maßnahme, unterstreichen nun Forscher: Weltweit wäre Platz für eine Milliarde Hektar Wald zusätzlich – das würde zwei Drittel aller von Menschen verursachten CO₂-Emissionen binden.

Um die Klimaerwärmung zumindest zu bremsen, sind wirksame Maßnahmen dringend gefragt. Bäume zu pflanzen könnte eine solche sein. Diese binden nämlich klimaschädliches CO₂.

Und wie ist die Situation in Österreich? Knapp die Hälfte unseres Landes ist mit Wald bedeckt. Mit über vier Millionen Hektar Waldfläche hat Österreich einen Waldanteil von 47,9 Prozent. Unser Land zählt zu den walddreichsten Ländern Europas mit einem hohen, stetig wachsenden Holzvorrat. Die Waldfläche nimmt jährlich um 3400 Hektar (laut ETH Zürich sogar um 7000 ha) zu. Vorstellbar wird diese Fläche anhand von schon so oft zum Vergleich herangezogenen Fußballfelder. Umgelegt auf den Waldzuwachs ergibt das eine Zunahme von genau 4762 Fußballfeldern pro Jahr, so die Initiative pro Holz. Vorübergehend wird sogar ein Fußballfeld in Klagenfurt zum Wald, was die Bilanz aber wohl nicht verändern wird.

Und gleichzeitig werden die Bürger und Bürgerinnen mit dem scheinbar sorglosen Umgang mit Agrarflächen durch die Gemeinden konfrontiert. Täglich würden 12 ha oder rund 20 Fußballfelder versiegelt und damit der Landwirtschaft entzogen.

„Bevor wir neue Hallen und Häuser auf wertvolle Äcker und Wiesen stellen, sollten wir unter dem Motto ‚lieber sanieren als zubetonieren‘ damit anfangen, die rund 40.000 Hektar Leerstände in Österreich einer neuen Nutzung zuzuführen. Das schafft Arbeitsplätze, schont die Umwelt und spart wertvolle Böden, die wir, unsere Kinder und unsere Kindeskinde noch dringend benötigen“, erklärt Dr. Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, eine von vielen wichtigen Funktionen unserer Böden.

Das soll natürlich nicht bezweifelt werden, aber bei Betrachtung der beiden Zahlen ergibt sich, dass der Waldzuwachs den Flächenverbrauch durch die Bebauung aufhebt. Noch dazu, wenn man bedenkt, dass 80 Prozent der CO₂-Emissionen aus den Städten kommen. Die Landwirtschaft muss zur Stadtwirtschaft werden, so Dr. Daniel Dettling, Leiter des Instituts für Zukunftspolitik. Es sollen auch nicht Waldflächen gegen Agrarflächen aufgerechnet werden, aber was fürs Klima besser ist, Wald oder agrarische Nutzung, ist wohl eindeutig.

Dass auch in Europa und in Österreich etwas geschehen muss, soll damit nicht in Frage gestellt werden. Fest steht aber auch, dass alle Akteure besondere Interessen haben. Wenn in Deutschland der Kohleabbau nur langsam zurückgedrängt wird oder sich die meisten österreichischen Parteien gegen eine CO₂-Steuer aussprechen, hat dies gute Gründe. Auch die Gemeinden widmen nicht sorglos Grünland in Bauland. Es ist nämlich der Lebensraum der Gemeindebürger und Gemeindebürgerinnen. Und zahllose Initiativen der Gemeinden zeigen, dass sie nicht nur über Klimaschutz reden, sondern auch ihren Beitrag leisten.

Um aber das Weltklima zu retten, muss jeder Einzelne sein Verhalten ändern und vor allem die Weltpolitik aktiv werden. ❊

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...



THEMA „RETTUNG FÜR DEN DORFWIRT“

» Der Wildwuchs der Vereinsheime ist eine immer stärker werdende Konkurrenz für den Dorfwirt.“

Ernst Pühringer, Fachgruppenobmann der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der WK, in einem Bericht der „Wiener Zeitung“ vom 3. 9. 2019



» Vereinsfeste beleben das Dorfleben und stärken das Miteinander. **Vereine sind das Herzstück einer jeden Gemeinde.**“

Stefan Krikler, Obmann des Vereins „Rettet die Dorffeste“, in einem KOMMUNAL-Beitrag 2016, nachzulesen unter kommunal.at/node/30271



» Geplant ist ein Kostenzuschuss für Wirtshausübernahmen

von 15 Prozent und eine Landesprämie von 10.000 Euro.“

Günther Platter, Landeshauptmann von Tirol, will laut „Wiener Zeitung“ diesen Herbst ein Paket für den Erhalt von Wirtshäusern präsentieren.



INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Deutschland:
Waldgärten als neuer Trend

Gemeinschaftliches Gärtnern in der Großstadt liegt im Trend. Deutsche Forscher wollen jetzt laut einem Bericht auf ORF-Science eine weitere Form etablieren: urbane Waldgärten.

„Sie sind die Zukunft des Urban Gardening“, ist die Umweltwissenschaftlerin Jennifer Schulz von der Universität Potsdam überzeugt. Auf einem Gelände im Süden Berlins, das derzeit vom Park „Britzer Garten“ genutzt wird, will sie mit Freiwilligen einen rund 5000 Quadratmeter großen Waldgarten anlegen, bewirtschaften und das Projekt wissenschaftlich begleiten. Weitere Städte sollen folgen.

„Ein Waldgarten besteht vorwiegend aus essbaren Pflanzen, die sich in mehreren Vegetationsschichten teilweise

überlappen, ganz ähnlich der Struktur von Wäldern“, erklärt Schulz. Obst- und Nussbäume, Beerensträucher, Gemüse und Kräuter sollen langfristig miteinander angebaut und geerntet werden können.

Besonders beliebt seien Waldgärten momentan in den Niederlanden, sagt Harald Wedig, der als Waldgarten-Pionier gilt. „Den Niederländern fehlt es an Wald, gleichzeitig sind sie gute Gärtner. Es gibt dort deshalb ein großes Bedürfnis, Gärten in waldähnlichen Strukturen anzulegen.“ Der Gärtner war bisher an etwa 15 Waldgarten-Projekten beteiligt. Dass diese Form nun die Städte erobern soll, sei wunderbar.

science.orf.at/stories/2990882

» „SUCHE GEMEINDEARZT – BIN SINGLE“

Viele Gemeinden auf dem Land klagen über Ärztemangel. In Bayern hat Bürgermeisterin Josefa Schmid aus Kollnburg eine Anzeige geschaltet – mit Querverweis auf ihren Beziehungsstatus. Die Aktion war erfolgreich – unzählige Ärzte (teils sogar aus dem

arabischen Raum) haben sich laut einem Bericht im „Focus“ gemeldet.

Der Zusatz „Bin noch unverheiratet“ hat nicht nur ein großes Medienecho ausgelöst – vor allem trudeln nun Bewerbungen ein: „Es ist wirklich höchst erstaunlich,

was dieser kleine Zusatz für große Wirkung entfaltet“, freut sich Schmid. „Wir haben damit überhaupt nicht gerechnet und werden da auch ein bisschen überrollt.“

<https://www.focus.de>



Frankreich: Keine Rudermaschine auf die Berge!

Der britische Extremsportler Matthew Paul Disney schleppte eine Rudermaschine auf den Mont Blanc. Als er seine Tour abbrechen musste, ließ er das Gerät stehen und zog sich damit den Zorn des Bürgermeisters von Saint-Gervais-les-Bains, Jean-Marc Peillex, zu. Das Sportgerät stehe derzeit in der Vallot-Hütte auf 4362 Meter und müsse um rund 1800 Euro Bergungskosten mit einem Hubschrauber abtransportiert werden, so Peillex. Dazu komme noch die Verschmutzung durch den Helikopter. Disney habe die Rudermaschine auf den Berg getra-



gen und sie dann wegen Erschöpfung auf der Hütte zurückgelassen, schrieb der Bürgermeister auf Twitter und forderte den französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf, Beschränkungen für die Nutzung des Mont Blancs einzuführen. Der Engländer wiederum erklärte, er habe seine geplante Tour wegen des Wetters abbrechen müssen und die Rudermaschine in der Hütte nur abgelegt.

[diepresse.com/home/ausland/welt/5684235/Rudermaschine ...](https://www.diepresse.com/home/ausland/welt/5684235/Rudermaschine...)



ERSTER DEUTSCHER FRAUENKONGRESS

Der Anteil an Frauen in der Kommunalpolitik sinkt seit Jahren. Nicht einmal jeder zehnte Ortschef in Deutschland ist eine Bürgermeisterin. „Warum können Ausschusssitzungen eigentlich nicht online stattfinden? Warum wird während der Sitzungen keine Kinderbetreuung angeboten? Wer Parität erreichen will, muss Angebote machen!“ Mit diesen Fragen und Ideen eröffnete Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes den Kongress am 3. September in Mainz. Mehr auf kommunal.de/frauenkongress-mainz

Cobenzlgasse

Bezahlte Anzeige

Wiener Rollator

Wien bietet alles, um aktiv zu bleiben!

Hilde und Peter sind sportlich und aktiv. Das umfangreiche Angebot der Stadt Wien hilft ihnen dabei, tatkräftig und gesund zu bleiben. Sportliche Betätigung, Lernkurse, Gesundheitsförderung und geselliges Zusammensein in den Grätzl-Cafés bereichern neben vielen anderen Aktionen das Leben aller SeniorInnen. Tipps für ihre Freizeitgestaltung holen sie sich beim Monat der SeniorInnen oder auf unserer Website.

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST
TRENDEXPERTE UND
KOMMUNALFORSCHER.



Kein Wintermärchen und ein kommunales Jubiläum

In der aktuellen KOMMUNAL-Ausgabe dreht sich alles um den Winterdienst und ein besonderes Jubiläum – nämlich 30 Jahre KOMMUNAL.

Kommen wir zuerst zum Thema Winterdienst. Dieses beschäftigt die Gemeinden schon in den Sommermonaten. Nach mehreren Rekord Sommern müssen die Gemeinden zunehmend auch für etwaige Klimakapriolen und unvorhersehbare Ereignisse im Winter gewappnet sein. Die Planungen dafür müssen frühzeitig durchgeführt werden, um für den Fall der Fälle gerüstet zu sein. Eine gute Vorbereitung bedeutet dabei für die Kommunen weniger Stress und einen sparsamen Einsatz von Mitteln. Als zentrale Aktivitäten in der Vorbereitung können beispielsweise die Einsatz- und Ressourcenplanung, die Fahrzeugwartung, aber auch die rechtliche Klärung von Zuständigkeiten gesehen werden. Laut dem aktuellen Pitters® KOMMUNALTrend erfordert der Klimawandel von den Gemeinden eine große Flexibilität, speziell bei diesem Thema. Auf Erfahrungswerte der letzten Winter ist nur

mehr bedingt Verlass und es werden hohe Millionenbeträge investiert, um gerüstet zu sein. Die Gemeinden müssen sich nachhaltig und antizyklisch Gedanken machen, wie sie mit zukünftigen Situationen umgehen, um sich unter hohem Einsatz, Know-how und finanziellen Mitteln auf widrige Bedingungen einzustellen und ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern nachzukommen.

Das zweite Thema ist auch für den Autor ein sehr erfreuliches – KOMMUNAL besteht nunmehr bereits seit 30 Jahren! 1989 war es soweit, eine eigene Zeitschrift, die als Kommunikations- und Informationsmedium für die Gemeinden entstand. Mit dem KOMMUNAL gibt es nun seit drei Jahrzehnten eine Erfolgsgeschichte, die Kommunen, Wirtschaftstreibende und Bürger zusammenbringt. Auch hier gilt es nochmals allen Beteiligten von damals und heute zu danken – ad multos annos!

office@pitters.at
www.pitters.at

LESER STIMMEN

VRV 2015

„SO MEISTERN SIE DEN UMSTIEG: DER ERSTE VORANSCHLAG IST HALB SO WILD“

Die Behauptung „HALB SO WILD“ (KOMMUNAL 08-09/2019, Seite 71) soll nicht unwidersprochen bleiben, weil die Umstellung den Gemeinden viel Zeit und Geld kostet. Sie mag zwar aus Sicht der Schöpfer und Berater verständlich sein, weil sie Ansprechpartner bei der Umstellung sind und entsprechende Erfahrung aus dem kaufmännischen Rechnungswesen mitbringen, die Umstellung muss erst ihren Sinn nachweisen.

Dieser ist nur dann gegeben, wenn Rechnungsstil und Rechnungsziel übereinstimmen und die in § 40 VRV 2015 normierten verwaltungsökonomischen Prinzipien als ökonomische SOLL-Vorgaben beachtet werden. Darauf legte der Österreichische Gemeindebund schon in der Entwurfsphase der VRV 2015 besonderen Wert.

Das primäre Rechnungsziel des kommunalen Haushaltswesens ist die Wohlfahrt und soziale Nutzenstiftung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts. Dieses Postulat gilt für die kommunale Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung. Für marktbestimmte Betriebe und Unternehmungen, die der Daseinsvorsorge dienen, ist das Rechnungsziel ein ausgeglichenes Ergebnis. Erzielte Gewinne sind bedarfswirtschaftlich im öffentlichen Interesse zu verwenden. Kommunen unterscheiden sich fundamental von gewinnorientierten Privatunternehmen.

Das Rechnungswesen der Privatwirtschaft ist die doppelte Buchhaltung, die den direkten Zusammenhang von Leistung und Gegenleistung auf dem Beschaffungs- und Absatzmarkt darstellt. Dieser Zusammenhang ist im kommunalen Hoheitsbereich wegen der öffentlichen Finanzierung über Steuern und Abgaben nicht gegeben und im Bereich der Kommunalwirtschaft nur partiell in Form einer öffentlich-privaten Mischfinanzierung.

Kommunen dienen öffentlichen Zielen, sind also zweck- und wirkungsorientiert und benötigen ein Rechnungswesen mit primär gesamt- und finanzwirtschaftlicher Orientierung. Die betriebswirtschaftliche Effizienz leistet einen unterstützenden Beitrag, ohne jemals Hauptziel zu werden.

So aner kennenswert die Bemühungen der Protagonisten der doppelten Buchhaltung und der IT- und Beratungsfirmen zur Implementierung des 3-Komponenten-Systems von der kleinsten Gemeinde (Tschanigraben mit 69 Einwohnern) bis zur Bundeshauptstadt Wien mit ca. 1,9 Mio. Einwohnern auch sein mögen, muss es dennoch gestattet sein, den damit verbundenen Aufwand kritisch zu hinterfragen und dem Nutzen gegenüberzustellen.“

Univ.-Doz. Prof. **Dr. Friedrich Klug**,
Universität Linz, Institutsleiter des Vereins IKW (Linz) und
Herausgeber der IKW-Schriftenreihe „Kommunale Forschung
in Österreich“ per E-Mail
(Beitrag wurde aus Platzgründen gekürzt)

ungekürzt: <https://kommunal.at/artikel/wird-der-erste-voranschlag-doch-nicht-halb-so-wild>

GESCHICHTE

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN – AUS UNSEREM ARCHIV



Reform der föderalistischen Finanzordnung gefordert

Im Sommer 1994 wurde in Österreichs Gemeinden heftig über theoretische Konzepte, politische Positionen und praktische Probleme der Finanzordnung zum Thema föderalistische Finanzordnung diskutiert. Dabei wurde augenscheinlich – wie Roman Häußl, damals Vorsitzender des Finanzausschusses des Österreichischen Gemeindebundes, in einer Betrachtung in der Oktober-Ausgabe 1994 schrieb –, dass „Staats- und Finanzverfassung sich diametral auseinanderbewegen. Während die österreichische Bundesverfassung mehrmals in Richtung Föderalismus abgeändert wurde“ – Stichwort Gemeindever-



fassungsnovelle 1962 –, „spiegelt das Finanzverfassungs-Gesetz von 1948 die staatspolitischen Grundgedanken der Nachkriegszeit wider. Demgemäß ist Österreich auf finanzverfassungsrechtlichem Gebiet ein dezentralisierter Einheitsstaat.“

Häußl leitete damals einen Forderungskatalog der Gemeinden an eine neue Finanzverfassung ab. Kernpunkte waren unter anderem:

- ⊙ Das FAG-Paktum darf keinen einseitigen Änderungen unterliegen.
- ⊙ Die Gemeinden als Interessenvertretung sind zur Teilnahme an den FAG-Verhandlungen verpflichtet.
- ⊙ Der FAG bedarf zu seiner Realisie-

rung eines Finanzausgleichsgesetzes.

- ⊙ Auf Dauer dürfen den Gemeinden keine neuen Aufgaben ohne entsprechende zusätzliche Finanzierungsmittel übertragen werden.
- ⊙ Verfassungsmäßige Garantie eigener Gemeindeabgaben.

Soweit die Wünsche der Gemeinden 1994. Aber bereits zwei Jahre später unterzeichneten Bundeskanzler Franz Vranitzky und Gemeindebund-Präsident Franz Romeder den Konsultationsmechanismus. Damit hatten die Gemeinden eine rechtliche Möglichkeit, sich gegen Übertragung neuer Aufgaben ohne entsprechende finanzielle Mittel zu wehren.

KOMMENTAR

THOMAS SZEKERES ÜBER
DIE HERAUSFORDERUNGEN DER FREIEN BERUFE



Versorgungsleistung ist nicht in Geld aufzuwiegen

Als Freie Berufe müssen wir darauf achten, dass unsere wichtigste Währung ihren Kurs hält: Das Vertrauen der Menschen. Die Versorgungsleistung der Ärztinnen und Ärzte ist nicht in Geld aufzuwiegen, dennoch wird laufend versucht, sie unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Drucks zu ökonomisieren.

Damit wäre branchenfremden Investoren, die medizinische Versorgung als Gewinn- und Verlustrechnung betrachten, Tür und Tor

geöffnet. In Deutschland streben vermehrt private Kapitalgesellschaften, Konzerne und Kaffee-Imperien nach Übernahmen von Gesundheitsunternehmen, Krankenhäusern und Praxen. Dort gibt es schon besorgniserregende Berichte, wie sich Krankenhäuser entwickeln, die auf Profitmaximierung ausgerichtet sind.

Auch auf Patientenebene kennt man in unserem Nachbarland den Trend, einen Menschen als Investment zu betrachten, das sich lohnen kann oder nicht.

Von solchen Überlegungen müssen Versorgungsberufe frei bleiben und wir müssen dafür Sorge tragen, dass dieses Bewusstsein und die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber solchen Fehlentwicklungen geschärft bleiben. ❖



✉ office@aerztekammer.at

a.o. Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres ist Präsident der Österreichischen Ärztekammer

KOMMUNAL THEMA

MEGA-THEMA

KOMMUNIKATION

Eine Exkursion über
Medienverhalten



SPIEGEL VORHALTEN IST TEIL DES JOBS

Wie wir reden und was wir sagen, ist das was wir denken und dann auch tun. Und das definiert uns. Gerade politische Kommunikation ist dabei eine heikle Sache – und das war es auch schon früher. KOMMUNAL befasst sich seit 30 Jahren mit Kommunikation, unser „Geburtstag“ ist der richtige Zeitpunkt, sich darüber Gedanken zu machen. Ein Gespräch mit dem Kommunikationsforscher Fritz Hausjell.

TEXT // HANS BRAUN

Kommunikation verändert sich. Sie passt sich der Sprache und der Ausdrucksweise der jeweiligen Zeit an, die Menschen passen sich an. Politische Kommunikation auf lokaler Ebene ist dabei keine Ausnahme. Worte oder Begriffe, die vor 30 Jahren ganz selbstverständlich in Gebrauch waren, haben heute oft eine andere Bedeutung.

Diese Veränderungen geschehen oft sehr langsam und werden manchmal gar nicht richtig wahrgenommen. Aber wenn dann jemand sagt, „diese Art zu reden erinnert mich an früher“, wird die Veränderung augenfällig. Schlimm nur, wenn der „Jemand“ der Papst ist und meint, dass er „in Sorge (ist), weil man Reden hört, die denen von Hitler 1934 ähneln: ‚Zuerst wir. Wir ..., wir ...‘ – das ist ein Denken, das Angst macht.“*

Der Kommunikationsforscher Fritz Hausjell meint dazu, dass es nicht Aufgabe des Journalismus sei, zu sagen, man dürfe gewisse Phrasen nicht verwenden, „du darfst so nicht reden“. Aber darauf hinzuweisen, dass die Verwendung dieser Phrasen einen in die Nähe des Rechtsradikalismus rücke, sei sehr wohl Aufgabe der Medien.

Aber das war gar nicht der eigentliche Grund für das Gespräch mit Hausjell. Wir wollten mit einem Wissenschaftler reden, wie sich die politische Kommunikation in den vergangenen 30 Jahren, seit KOMMUNAL das erste Mal erschienen ist, verändert hat – sprich der Wandel von der Schreibmaschine zum Computer. Hausjell definiert mehrere Trends:

Das Ende der Parteipublizistik. In die späten 1980er-Jahre fiel das markante, fast komplette Ende der parteilich gebundenen klassischen Medien. Die „Arbeiter Zeitung“ erlebte gerade ihre letzten Jahre und auch sonst gab es bestenfalls noch Reste der Parteipublizistik.

Gleichzeitig fand eine ziemlich stark ausgeprägte regionale Fernsehpublizistik statt; der ORF ging mit seinen Landesstudios in die Regionen. Das waren Chancen, aber auch Herausforderungen, weil auf einmal „täglich in den regionalen Informationssendungen Themen drinnen waren, die meine Stadt, meine Gemeinde betroffen haben und wo ich als Bürgermeister, als Bürgermeisterin möglicherweise politisch zu agieren“ habe. Und dass man als politischer Amtsträger gegenüber der breiteren Öffentlichkeit eine gewisse Verantwortung hat, sei ja keine Frage.

Es sei jedenfalls eine deutliche Zunahme der „medialen Ausspielkanäle“ festzustellen. Und man könne es sich als Amtsträger letztlich nicht aussuchen, dass laufend die wesentlichen Dinge der Gemeindepolitik kommuniziert werden. Und vor allem in den späten 90ern wurde es Realität, dass plötzlich jemand mit einem Mikrofon dasteht und ein Statement haben will.

In diese Zeit fällt auch das beginnende Internet-Zeitalter. „Vor allem die Jugend erwartet sich seitdem, dass ganz schnell alle wesentlichen Informationen verfügbar sind, die früher vier- »

* Berichte in verschiedenen Medien vom 9. August 2019, etwa in „Der Presse“, „Standard“, „Die Zeit“ oder „ARD“

tel- oder halbjährlich in einem Mitteilungsblatt kommuniziert wurden, auf der Homepage der Gemeinde abrufbar sind“, so Hausjell. Gleichzeitig sind die „alten“ medialen Kanäle ja nicht verloren gegangen. „Als Gemeinde muss man auf die Jungen, die nicht mehr ganz Jungen, das Mittelalter und die Alten und ganz Alten Rücksicht nehmen. Das heißt bei einem dynamischen Medienwandel, dass das ältere Segment relativ beharrend bei den älteren medialen Informationswegen bleibt. Man muss sehr vorsichtig sein bei der Frage, wann ein printmedialer Kommunikationsweg aufgegeben werden kann.“

Zu bedenken sei, dass all diese Dinge mit Kosten und Know-how zusammenhängen. Wenn alle davon reden, dass viele der moderneren Kommunikationswege „billig“ geworden sind, stimme das nur bedingt. Wenn die programmtechnische Ausstattung der Infrastruktur einer Gemeinde ins Hintertreffen geraten ist, werden auch die Verantwortlichen in Gemeinden schnell merken, dass sie gewisse Dinge mit veralteten Programmen nicht mehr machen können. Und es stellt sich schnell die Frage, ob man die entsprechend ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung habe. Diese Entwicklungen seien definitiv eine große Herausforderung für Gemeinden, wenn man sie über 30 Jahre überblickt.

Ob die beginnende Regionalität der Kommunikation in den 80er-Jahre in einem Zusammenhang mit den ständig schwindenden Vertrauenswerten der Bundepolitik zu tun habe, wollen wir wissen. Hausjell sieht den Vertrauensverlust als Problem der Politik nicht nur in dieser einen Dimension. Er meint, das etwas mitspiele, was er als „kritisches Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger“, als Demokratisierung, weniger Autoritarismus, bezeichnet.

Die Frage, was im positiven Sinne eine Autorität – ein hochgeschätzter Bürgermeister, eine Bürgermeisterin, denen man vertraut, und die das auch mit Recht in Anspruch nehmen dürfen, weil sie ordentliche Arbeit leisten und sich nichts zuschulden kommen lassen – ist das eine.

In der Gemeinde ist Politik sehr konkret, weil die Entscheidungen einen sehr direkt treffen. Die Frage, wo eine Straße, ein Kanal gemacht wird, ob es einen Kindergarten gibt und wo der ist, trifft die Menschen viel unmittelbarer. Die Frage der Pensionspolitik wird auf einer höheren Ebene entschieden, aber beispielsweise machen die Gemeinden sehr wohl auch Sozialpolitik.



VIELLEICHT WÄRE EIN ‚GEMEINDERAT FÜR KOMMUNIKATION‘ NICHT SCHLECHT. DAMIT ALLE ZU WORT KOMMEN, KOMMUNIKATION IDEALERWEISE SO UNABHÄNGIG WIE MÖGLICH.“

Fritz Hausjell, Kommunikationsforscher

Und auch die Frage der „Verteidigung die Demokratie“ ist im kommunalen Bereich wesentlich – und damit sind wir letztlich wieder bei der Frage der Kommunikation und der Information. Das ist aus Sicht Hausjells eine ganz zentrale Grundlage.

„Das braucht es, damit ich mir als Bürgerin und Bürger nach der Amtsperiode, wenn wieder Gemeinderatswahlen sind, ein solides Bild machen kann, wem ich für die nächste Periode Vertrauen schenke. Genau dafür braucht es wesentlich eine gute Infrastruktur für Kommunikation. Und die ist wesentlich von den Kommunen selber zu schaffen und zwar – und das ist schon eine Herausforderung, ähnlich der nach einem öffentlich-rechtlichen Mediensystem.“ Die zentrale Aufgabe bestehe ja nicht darin, dass ich nur mich bestmöglich „verkaufe“. Dass das ein Bedürfnis ist von Menschen, die stolz sind darauf, was sie geschaffen haben, ist klar. Aber die Grundhaltung muss immer sein, dass alle – auch die anderen Fraktionen in der Gemeinde – immer einigermassen zu Wort kommen.

Ist die Angst vor der Beeinflussung der Wähler durch gesteuerte (Des-)Information auf Sozial-Media-Kanälen, die längst Realität ist, auch nur eine Information, die darauf abzielt, den eigenen Kanal zu stärken? Grundsätzlich ist Hausjell der Überzeugung, dass politische Verantwortungsträger möglicherweise etwas mehr ruhige Nächte hätten, wenn sie sich in ihrer Medienkompetenz etwas mehr bilden würden. Was bedeutet, man muss sich nicht vor allem fürchten.

Das bedeutet einerseits, ruhig bleiben aus dem Wissen heraus, dass bestimmte Dinge

Zur Person:
FRITZ HAUSJELL

ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell (geboren 1959 in Lenzing, OÖ) studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaften sowie Pädagogik an den Unis Salzburg und Wien. Der Medienhistoriker ist stellvertretender Vorstand des Instituts für Publizistik an der Universität Wien. Seine bevorzugten Forschungsgebiete sind der Journalismus im Dritten Reich und seine Folgewirkungen.



schnell wieder verpufft sind. Aber andererseits verpuffen manche Dinge nicht und werden nur schlimmer, wenn man nicht reagiert. „Das Problem habe ich besonders, wenn mir gewisse Grundverständnisse zur Medienwelt fehlen. Es hat zwar noch nie eine Gesellschaft gegeben, wo so viele Kommunikationskanäle im Spiel waren. Aber die Medienkompetenz ist deswegen nicht gestiegen“, meint Hausjell.

Als Bürgermeister, Bürgermeisterin ist man mit dem Wunsch der Menschen nach mehr direkter Kommunikation konfrontiert. Gleichzeitig kostet das aber auch viel Zeit – auch in kleinen Gemeinden hat der Tag nur 24 Stunden. Es geht nicht nur darum, zu reagieren, sondern auch um zu schauen und beobachten – und man muss sich oft schnell entscheiden, wie und ob überhaupt man reagiert.

Die Zeitintensität dieser Art Arbeit wird meistens unterschätzt. Wenn man sich auf Twitter oder Facebook einen Tag Zeit für die Reaktion lässt, habe man's schon vergeigt. Wenn man das selber zeitlich nicht schafft, bleibe nichts über, als jemand anderen damit zu beauftragen. Besonders wenn man den Job in der Gemeinde nicht hauptamtlich macht und tagsüber sein Geld in seinem Brotberuf verdient.

Vielleicht – so Hausjell – wäre auch ein „Gemeinderat für Kommunikation“ (insbesondere für die neuen Kanäle) nicht schlecht. Das wäre vor allem für Gemeinden anzuraten, wo es keine absoluten Mehrheiten gibt und man auf Zusammenarbeit angewiesen ist. Hier sollten vorab die Kommunikationslinien besprochen werden. Womit wir fast schon bei öffentlich-rechtlichen Medien wären.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk war nach dem Krieg die Antwort der Alliierten auf den verhetzenden Partejournalismus der Zwischenkriegszeit. Der muss dann nach klaren und fairen Prinzipien funktionieren: Alle kommen zu Wort, es gibt keine parteiische Haltung, idealerweise so unabhängig wie möglich. Wenn wir so was auf der kommunalen Ebene auch schaffen, wäre schon was zu gewinnen. Und zwar nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung. Jede Fraktion soll weiterhin ihre Medienkanäle bespielen. Gedacht für diejenigen, die auf einem Blick nachlesen wollen, was die einzelnen Parteien im Gemeinderat zu einem Thema sagen.

Abschließend fragen wir den Medienwissenschaftler, wo er die Aufgabe eines überregionalen und überparteilichen Mediums wie beispielsweise KOMMUNAL sieht. Das ist ein Special-Interest-Magazin. „Sie bedienen ja zwei Zielgruppen. Zum einen die ‚eigenen Leute‘, die in der Kommune verantwortlich sind. Und zum anderen die ‚Dialog/Streit/wie-auch-immer‘-Partner auf den höheren politischen Ebenen von Land und Bund bis hin zur EU.“ Die Aufgabe eines Magazins wie KOMMUNAL sei auch, die Arbeit der „handelnden Personen“ (also der Bürgermeister) immer gut zu begleiten.

Und „gut“ heiße in dem Sinn immer ein Stück weit kritisch begleiten – im besten Sinne kritisch und konstruktiv. Nicht „heruntermachen“, sondern auch dabei helfen, einen „Tunnelblick“ – und den gibt's in jeder Berufsgruppe, also auch der Kommunalpolitik – zu erkennen und zu vermeiden helfen. Immer ein bisschen auch den „Spiegel vorhalten“, das ist Teil des Jobs. 📍

LEITARTIKEL ZUM THEMA „KOMMUNIKATION“

DER STEINIGE WEG ZU DES „PUDELS KERN“¹

Das Thema „Fake News“, also der „Falschmeldungen“ oder „falschen Nachrichten“, ist seit der Wahl von US-Präsident Donald Trump in aller Munde. Allerdings sind Lügenschichten keine Erfindung unserer Tage, die hat es seit frühester Zeit gegeben. Das Problem ist nur, wie filtert man eventuelle Lügen raus und identifiziert die Wahrheit.



Vermutlich gibt es so was wie die „eine Wahrheit“ gar nicht. Starten Sie einmal den Versuch, ein und dieselbe internationale politische Top-Nachricht auf den Nachrichtensendern CNN, BBC, Russia TV, CCNT (dem chinesischen Portal) und vielleicht der englischen Version von Al Jazeera oder andere Sender zu sehen – in Zeiten des Kabelfernsehens oder Satelliten-TV kein Problem. Man könnte meinen, dass ein Blinder die unterschiedlichen Zugänge der Sender zur Nachricht erkennt.

Das gilt natürlich auch für nationale Zeitungen. Ein politischer Bericht über die Regierung in der „Presse“ wird anders gefärbt sein als im „Standard“ oder im „Falter“ oder in den „Salzburger Nachrichten“. Das alles wäre an sich kein Problem, solange man sich vor Augen halten kann, wer die Geschichten produziert oder schreibt. Aber bitte: Halten Sie sich bei Vergleichen an Medien, die ein Mindestmaß an journalistischer Korrektheit hochhalten.

Fake-News sind auch keine Erfindung unserer Zeit. Wie Noah Harari, der derzeitige „Rockstar unter den Historikern“, schreibt²: „Ein kursorischer Blick auf die Geschichte macht deutlich, dass Propaganda und Desinformation nichts Neues sind, und selbst die Gewohnheit, ganze Nationen zu leugnen und Fake-Länder zu schaffen, weist eine lange Historie auf. So inszenierte die japanische Armee 1931 Scheinangriffe auf sich selbst, um den Einmarsch in China

„Wichtig bei Berichten oder jeder Form von Kommunikation ist unbedingt, **dass nachvollziehbar ist, wer mit wem wann und warum geredet hat.**“

zu rechtfertigen, und schuf anschließend das ‚gefälschte‘ Land Mandschukuo, um die eigenen Eroberungen zu legitimieren. China selbst leugnet seit Langem, dass Tibet je als unabhängiges Land existiert hat. Die britische Besiedlung Australiens wurde mit dem Rechtsgrundsatz der terra nullius (also ‚niemandes Land‘) gerechtfertigt, womit man 50.000 Jahre Geschichte der Aborigines einfach ausradierte.“

Und vor einem knappen Monat gedachten wir des Beginns des Zweiten Weltkrieges mit seinen 55 Millionen Getöteten, der mit einem von Hitler und seinen Nazis erfundenen Angriff Polens auf den Sender Gleiwitz eingeläutet wurde.

Google, Facebook, Twitter & Co. Die sozialen Netzwerke unserer Zeit machen das Problem schlimmer. Nicht nur, dass jeder praktisch jede Behauptung aufstellen kann, die sich dann oft rasend schnell verbreitet. Es gibt auch kaum Möglichkeiten, Behauptungen im Internet oder via Social Media zu überprüfen.

Ein Bericht in einer guten Zeitung oder einem Magazin oder auch einem ernsthaften Fernsehsender ist entweder ein Erfahrungsbericht (man war vor Ort) oder die Wiedergabe einer Meinung (ein Interview oder ein von einem Gastautor gezeichneter Beitrag) oder ein gut recherchierter Bericht mit Quellenangabe – quasi so etwas wie ein wissenschaftlicher Bericht. Wichtig ist unbedingt, dass nachvollziehbar ist, wer mit wem wann und warum geredet hat.

Aus diesem Grund gibt es auch die so ge-



SEIEN SIE UNBEDINGT KRITISCH! WIEDERHOLEN SIE NICHT UNREFLEKTIERT ALLES, WAS SIE HÖREN, SCHON GAR NICHT IM INTERNET.“

nannten „sechs journalistischen W-Fragen“, die heute allerdings schon sieben geworden sind.

- ⊙ **Wer** (hat etwas getan)
- ⊙ **Was** (hat er/sie denn getan)
- ⊙ **Wo** (hat er/sie es getan)
- ⊙ **Wann** (hat er/sie es getan)
- ⊙ **Wie** (hat er/sie es getan)
- ⊙ **Warum** (hat er/sie es getan)
- ⊙ **Woher** (ist die Information)

Wenn Sie eine dieser sieben Fragen in einem Text nicht beantwortet finden, seien Sie bitte skeptisch!

Das funktioniert in den sozialen Medien so leider überhaupt nicht – und schon gar nicht, wenn man in einer bestimmten Blase auf Facebook, Twitter oder Instagram unterwegs ist! Aber es ist einer der Gründe, wieso als siebentes das „Woher“ zu den W-Fragen gekommen ist. „In einer Zeit, in der wir im Internet zu jedem Thema jeden Mist lesen können, ist das vielleicht sogar die wichtigste Frage“, wie es ein deutscher Kollege einmal formuliert hat.

Im Internet – vor allem in so manchen Blasen – werden ja oft die abstrusesten Geschichten verbreitet und leider auch geglaubt. Manchmal, gerne und vor allem in Zeiten des Wahlkampfes, werden solche Geschichten lanciert. Etwa die 2016 während des US-Wahlkampfes verbreitete Geschichte, wonach Wahlwerberin Hillary Clinton an der Spitze eines Kinderpornorings stand, der Kinder im Keller einer beliebten Pizzeria als Sexsklaven hielt. Genügend Amerikaner glauben diese Geschichte, sodass Clintons Wahlkampf Schaden nahm, und einer marschierte sogar mit einem Gewehr bewaffnet in besagte Pizzeria und verlangte, dass man ihm den Keller zeige (wie sich herausstellte, hatte die Pizzeria gar keinen Keller).³

1 Das Zitat „Das ist also des Pudels Kern“ entstammt Goethes „Faust“. Es gilt als eines der bedeutendsten Werke der deutschen Literatur. Besonders die vielen Zitate machen das Werk bis heute unsterblich. Mit seiner Interpretation der Sagenwelt Johann Georg Faust hat Johann Wolfgang von Goethe eine Figur geschaffen, die auf der Suche nach unermesslichem Wissen ist. Enttäuscht darüber, dass keine seiner Studien von Erfolg gekrönt ist, sagt Faust in der Szene „Nacht“ im ersten Teil des Dramas resigniert: „Da steh ich nun, ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor.“ Fausts Drang nach Wissen macht ihn letztlich anfällig für die Versuchungen des Mephistopheles, des Teufels im „Faust“. Dieser begegnet Faust bei seinem Osterspaziergang, wo sich ein schwarzer Pudel an Fausts Seite begibt und ihn bis in sein Studierzimmer begleitet. Vor seinen Augen verwandelt sich das Tier in Mephisto und Faust ruft erstaunt aus: „Das also war des Pudels Kern.“

2 Yuval Noah Harari, „21 Lektionen für das 21. Jahrhundert. Eine kurze Geschichte der Menschheit“, Verlag H.C. Beck

3 ebenda

Aber diese dreiste Lüge, offenbar gesteuert von einem gewissen anderen Präsidentschaftskandidaten, konnte einen für die ganze Welt wichtigen großen Wahlkampf mitentscheiden.

Ist Ihnen die Diffamierung in den letzten Zeiten aufgefallen? Wenn nicht, die Auflösung steht am Schluss.

Aber damit wird's auch für die Gemeindeebene interessant! Echte „Fake News“ beeinflussen nicht nur welt- oder bundesweite Wahlkämpfe. Sie wirken auch auf einen kommunalen Wahlkampf, halt in einer kleineren Blase, ein. Sie diffamieren Konkurrenten auf einer nicht sachlichen Ebene, die in einer ehrlichen Kommunikation keinen Platz haben sollte.

Und kommen Sie mir nicht mit „Im Wahlkampf ist alles erlaubt!“ Ein Wahlkampf ist kein Kaffeekränzchen, das ist schon richtig, aber er ist auch kein Schlammhatchen!

Winston Churchill wird die herrlich sarkastische Weisheit zugeschrieben: „In Kriegszeiten ist die Wahrheit so wertvoll, dass sie immer von einer Lüge als Leibwächter begleitet werden sollte.“ Sehr gut! Nur haben wir Gottseidank keinen Krieg – und ein „Wahlkampf“ ist auch kein Krieg.

Meine Bitte an Sie, die Sie – vielleicht sogar schon seit 30 Jahren – Leser von KOMMUNAL sind: Seien Sie unbedingt kritisch! Wiederholen Sie nicht unreflektiert alles, was Sie hören, schon gar nicht im Internet. Informieren Sie sich vor allem bei Online-Geschichten auch auf anderen Seiten. Informationen sind meist leicht zu finden. Und noch eine Bitte: Noch strenger als Journalisten mit ihren Geschichten sind meist Wissenschaftler.

Sie selbst haben es in der Hand, ob Sie rechten oder auch linken Plattformen mit ihren oft „undemokratischen Pudeln“ aufsitzen wollen. ●

Auflösung: Es ist nicht wirklich bewiesen, wer die Geschichte mit „Hillary Clinton an der Spitze eines Kinderpornorings“ in Umlauf brachte. Manche sahen den russischen Geheimdienst dahinter. Aber der Hinweis auf den „gewissen anderen Präsidentschaftskandidaten“, der ja kein anderer als Donald Trump sein kann, ist eine unbewiesene Behauptung.

MAG. HANS BRAUN
ist Chefredakteur von KOMMUNAL.
✉ hans.braun@kommunal.at

VOR 30 JAHREN: ENDLICH EIN GEMEINDEBUND-SPRACHROHR

ALLER ANFANG IST SCHWER

1989 – das war das Jahr eines Umbruchs von weltgeschichtlicher Dimension, es war das Jahr, in dem die Berliner Mauer und der Eisernen Vorhang fielen – der Anfang vom Ende des kommunistischen Ostblocks.



TEXT // HERBERT WALDHAUSER

Es war auch das Jahr einer wichtigen Weichenstellung für Österreich – das Beitrittsansuchen zur Europäischen Gemeinschaft wurde in Brüssel abgegeben. Und es begann auch für den Österreichischen Gemeindebund mit einer Entscheidung von großer Tragweite: Am 24. Jänner beschloss der Bundesvorstand nach langen und schwierigen Verhandlungen die Herausgabe einer eigenen Zeitung, des „kommunal-journals“.

Die Idee war natürlich nicht neu, ganz im Gegenteil. Schon 1948, ein Jahr nach der Gründung der kommunalen Interessenvertretung, hielt der Geschäftsführer Regierungsrat Alfred Sponner in seinem ersten Jahresbericht fest: „Nicht zuletzt wendete der Vorstand seine Aufmerksamkeit dem Pressewesen zu. In einzelnen Bundesländern haben sich die Verbände selbst schon Organe geschaffen, die sich bereits eingelebt haben und ihren Zweck, Aufklärungsarbeit und Erleichterung der Tätigkeit der Bürgermeister, voll erfüllen. Ohne an dem Bestand dieser Mitteilungsblätter rütteln zu wollen, ist es aber doch die Ansicht des Vorstandes, dass Fragen allgemeiner und grundsätzlicher Natur in einem vom Gemeindebund ausgehenden Organ behandelt werden sollten. Doch kam der Vorstand über die Form zu keinem Beschluss, da bis jetzt die Vorfragen, insbesondere die finanzieller Natur, einer Bereinigung nicht zugeführt werden konnten. Ich hoffe aber, dass es dem gewählten Vorstand in absehbarer Zeit gelingen wird, auch diesem Programmpunkt des Österreichischen Gemeindebundes zur Verwirklichung zu verhelfen.“

Die „absehbare Zeit“ sollte vier Jahrzehnte dauern. Zwar wurde das Thema immer wieder – manchmal mehr, manchmal weniger

leidenschaftlich – diskutiert, aber vor allem die „Fragen finanzieller Natur“ erwiesen sich jedes Mal als unüberwindliche Hürden.

Skeptische Landesverbände. 1988/89 aber war die Zeit reif! Im Gemeindebund, der seinen Sitz damals in der Johannesgasse im 1. Wiener Gemeindebezirk hatte, agierte ein verhältnismäßig junges „Duo“ mit entsprechendem Elan: Präsident Mag. Franz Romeder war seit 1987 im Amt, Generalsekretär Hofrat Dr. Robert Hink erst seit Juli 1988. Mit der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1988, mit der der Gemeindebund und der Städtebund in der Verfassung verankert wurden, hatten die österreichischen Gemeinden und ihre Interessenvertretungen eine rechtliche Stellung erlangt, die europa-, ja weltweit einzigartig und vorbildlich war. Umso unverständlicher musste es erscheinen, dass eine derart starke Organisation über kein eigenes mediales Sprachrohr verfügte.

Auf wenig Begeisterung stießen die Pläne aber bei den mächtigen Landesverbänden. Präsident Franz Romeder erinnert sich: „Sie hatten ihre eigenen Mitteilungsblätter und fürchteten, diese würden neben einem Zentralorgan an Einfluss und Bedeutung verlieren.“ Und Generalsekretär a. D. Dr. Robert Hink meint schmunzelnd: „Es gab dort wohl auch die Versuchung, Erfolge für die Gemeinden auf den Einsatz der eigenen Landesorganisation zurückzuführen, aber bei Misserfolgen auf ‚die in Wien‘ zu zeigen.“ Und auf keinen Fall, signalisierten die Landesverbände, dürften zusätzliche Kosten entstehen.

Das künftige Gemeindebund-Sprachrohr sollte sich also durch Inserateneinnahmen selbst finanzieren, und es galt, dafür einen Partner zu »

So begannen 30 Jahre KOMMUNAL: Die erste Ausgabe war einer Hilfsaktion der Erdbebenopfer in Armenien 1989 gewidmet.



DR. HERBERT WALDHAUSER IST FREIER JOURNALIST UND WAR VON 1978 IM PRESSEAMT DER NÖ. LANDESREGIERUNG, DESSEN LEITUNG ER 1995 ÜBERNAHM.

30 JAHRE KOMMUNAL

Bei Jubiläen heißt es gerne „Ein Leben im Dienst der Gemeinschaft“. Ein Jubiläum eines Fachmagazins ist da keine Ausnahme. Seit 30 Jahren erscheint KOMMUNAL, die letzten 23 davon monatlich. Im Folgenden zeigen wir die wichtigsten Stationen auf.

Unsere „Gründerväter“ hatten verschiedene Motivationen für ihren Schritt. Gefragt waren einerseits eine Informationsschiene und andererseits ein juristisches Fachblatt. Schon 1989 wurde – und wird heute immer noch – die Frage aufgeworfen, was der Kern des Magazins ist. Jedenfalls mehr als „nur“ ein juristisches Fachblatt oder ein Mitteilungsorgan. Der Auftrag an KOMMUNAL war von Anfang an klar: Es sollte die Entscheidungsträger der

Kommunalpolitik informieren – und zwar unabhängig von der Partei oder der Region. Dieser Grundsatz stand von Anfang an über allem und war (und ist) einfach: Kommunalpolitik ist Sachpolitik und kein parteipolitisches „Gezänk“. Dieses Bemühen um die gemeinsamen Anliegen wurde von Beginn an von allen Seiten anerkannt – und zwar unabhängig von der Parteifrage.



Auf www.kommunal.at/artikel/die-geschichte-von-kommunal haben wir eine ausführlichere Chronik unseres Magazins bereitgestellt.

Folgen Sie einfach dem QR-Code.



1989 Die „Taufpaten“

Franz Romeder, Robert Hink und Roman Häußl heben nach 40 Jahren Überzeugungsarbeit das Informationsmagazin KOMMUNAL aus der Taufe.



1989 Der Beginn

Zwei Ausgaben markierten den Start. Eine läutete eine grandiose Hilfsaktion für die Erdbebenopfer in Armenien ein, die andere widmete sich der Frage nach den „Kosten des EU-Beitritts“.



1993 Der „Zeitungs- macher“

Walter Zimmermann übernahm ein vierteljährlich erscheinendes Schwarz-Weiß-Magazin mit einer Auflage von rund 10.000 Stück.



1995 Moderne Zeiten

Österreich ist bei der EU – KOMMUNAL hat ein neues, modernes Layout, die Auflage wächst auf 16.500 Stück, der Umfang steigt von 32 auf 68 Seiten und erstmals findet eine Kommunalmesse statt.

finden, einen Verleger, der bereit war, dieses Abenteuer zu wagen. „Eine ganz große Hilfe“, so Romeder, „war mir dabei der damalige Geschäftsführer des niederösterreichischen VP-Verbandes, Hofrat Dr. Roman Häußl.“ Er stellte die Verbindung zu dem Journalisten Karl-Heinz „Ali“ Richter und dessen Verlag KHR-Publikationen Ges.m.b.H. her. Man wurde sich einig, und damit war auch der Weg zum Beschluss vom 24. Jänner 1989 frei.

Der Startschuss fällt. Bereits im März wurde zunächst eine Art Probenummer des „kommunal-journal“ aus dem Boden gestampft, eine Sonderausgabe über die Hilfsaktion des Gemeindebundes für die Opfer des Erdbebens in Armenien, das im Dezember 1988 25.000 Menschenleben gefordert und Hunderttausende obdachlos gemacht hatte. Mit berechtigtem Stolz wurde berichtet, dass durch die Solidarität der österreichischen Gemeinden bereits drei Wohn-

häuser errichtet werden konnten und ständig neue Spenden einlangen.

Schon kurz darauf lag die erste richtige Ausgabe des „offiziellen Organs des Österreichischen Gemeindebundes“ auf dem Tisch – mit einer Reihe gewichtiger Themen, die widerspiegeln, in welchem herausfordernden Umfeld die Kommunen 1998 agierten.

Titelgeschichte war der „Weg nach Europa“. Die österreichischen Kommunen und der Ge-

Franz Romeder, 1989 Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, über die Ängste der Landesverbände, die es zu nehmen galt



SIE HATTEN IHRE EIGENEN MITTEILUNGSBLÄTTER UND FÜRCHTEN, DIESE WÜRDEN NEBEN EINEM ZENTRALORGAN AN EINFLUSS UND BEDEUTUNG VERLIEREN.“

ÖSTERREICHISCHER
KOMMUNALVERLAG



1996

Der Start in Wien

Der kleine nö. Zeitschriftenverlag, in dem KOMMUNAL erscheint, übersiedelt im Herbst des Jahres nach Wien. Zur Büroeröffnung kommt die gesamte Spitze des Gemeindebundes.

2002

Neues Layout, 35.000 Bezieher

Die Vorzüge des neuen Layouts werden bei zwei Top-Stories für die Gemeinden offenbar: 2000 verliert Österreich den Streit um die „Getränkesteuer“ – und 2002 erschüttert das Jahrhunderthochwasser die Gemeinden.

2005

Rekordausgabe im „Gedankenjahr“

136 Seiten Umfang – erstmals erreicht ein europäisches Kommunalmagazin mit diesem Umfang eine neue Dimension. Die gesamte Regierungsspitze kommentiert das Magazin, auch EU-Kommissarin Wallström ehrt die Gemeinden als „Vorreiter Europas“.

2008 & 2010

Zwei Erschütterungen

Kurz hintereinander sterben Walter Zimmer sen. und sein Sohn Walter jun. – ein Schock nicht nur für den Verlag, sondern für die Kommunalpolitik. Michael Zimmer übernimmt den Verlag und leitet seitdem sein Geschicke.



meindebund waren immer Verfechter des Europagedankens, aber es gab nun, da sich konkrete Beitrittsgespräche abzeichneten, doch auch Befürchtungen, die Finanzhoheit der Kommunen und damit letztlich die Gemeindeautonomie könnten unter die Räder kommen. Im „kommunal-journal“ nahmen dazu hochrangige Akteure Stellung: Finanzminister Ferdinand Lacina („Auch wenn es nicht zu einem Vertrag kommt, werden wir dazu gezwungen sein, unser Steuersystem an europäische Standards anzupassen, dieser Zwang trifft Bund, Länder und Gemeinden in gleichen Maßen“) und Kanzleramtsminister Dr. Heinrich Neisser („Auch innerhalb der EG selbst wird immer wieder beteuert, dass die EG nicht zu einem Zentralismus führen darf, sondern dass die Stärke auch in Zukunft in der Vielfalt, in der kleinen Einheit liegt.“

Das europäische Engagement der kommunalen Interessenvertretung dokumentiert auch der Bericht über die Studienreise einer hochran-

gigen Gemeindebund-Delegation nach Baden-Württemberg zu eingehenden Gesprächen über die Erfahrungen der deutschen Gemeinden in der EG.

Dass sich das neue Magazin hochgesteckte Ziele gesetzt hatte, zeigt auch eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1988, für die einer der renommiertesten Verfassungsjuristen des Landes gewonnen werden konnte: Univ.-Prof. Dr. Herbert Schambeck, Vizepräsident des Bundesrates.

Steirisches KOMMUNAL-Urgestein. Weitere Artikel befassten sich u. a. mit dem Finanzausgleich und der Büro-Kommunikation – erst 60 Prozent der österreichischen Gemeinden nutzten in irgendeiner Form den Computer. Und besonders fällt ein Autorennamen auf:

Dietmar Pilz schrieb über „Steuern & Abgaben“. Diesem ersten Beitrag folgten unzählige weitere, auch heute schreibt der unbestrittene »



2013

Der erste IMPULS wird gesetzt

Unter Michael Zimmer initiiert KOMMUNAL den ersten IMPULS-Preis mit einer Sondernummer voll innovativer best-practice-Beispielen und Zukunftslösungen aus Österreichs Gemeinden.

2014

KOMMUNAL goes Deutschland

Mit einem Festakt auf dem Dach des Berliner Reichstages wird das „Tochtermagazin“ KOMMUNAL DEUTSCHLAND präsentiert. Mit einer Startauflage von 100.000 Stück wird das deutsche Pendant vom Start weg Deutschlands größtes Fachmagazin für Kommunalpolitik.

2015

Ein neues Erscheinungsbild

Mit der deutschen Tochter hält auch ein neues Layout Einzug. Beide Magazine erscheinen im kanadischen Normformat „P4“ mit einem Seitenverhältnis 215x280.

2016

Neue Wege: KOMMUNAL wird digital

Aus einer „statischen“ Website wird das Informationsportal „Kommunal.at“. Künftig werden täglich neue Berichte aus Österreich online publiziert. Gleichzeitig startet mit kommunalbedarf.at ein neuer Online-Marktplatz für Gemeinden.

Experte für Gemeindefinanzen beim Österreichischen und beim Steiermärkischen Gemeindebund für das KOMMUNAL. Prof. Dietmar Pilz ist damit der dienstälteste freie Mitarbeiter der Zeitschrift, ja man kann ihn mit Fug und Recht als „steirisches KOMMUNAL-Urgestein“ bezeichnen.

Heute erinnert sich Prof. Pilz: „Ich hatte damals sehr oft in Wien zu tun und so bin auch einmal in der Johannesgasse mit Generalsekretär Dr. Hink und Ali Richter zusammengesessen und es wurde vereinbart, dass ich einen Beitrag für die künftige Gemeindebund-Zeitschrift verfasste. Dass daraus eine 30jährige Zusammenarbeit werden sollte, konnte ich nicht ahnen. Es hat mir auf jeden Fall immer sehr viel Freude gemacht. Die Gemeinden waren immer meine besondere Leidenschaft, ich bin also einer der glücklichen Menschen, denen es gelungen ist, ihr Hobby zum Beruf zu machen.“

Die neue Zeitschrift erschien vierteljährlich in

einer Auflage von 10.000 Stück, sie wurde kostenlos an alle Bürgermeister, Vizebürgermeister und die leitenden Bediensteten der Gemeinden verschickt. Und sie kam von Anfang an gut an, Kommunalpolitiker aller politischen Parteien und aus allen Regionen lobten die ausgewogene und sachliche Berichterstattung sowie die Themenvielfalt. So ist es nach einigen Anfangsschwierigkeiten relativ rasch gelungen, das „kommunal-journal“ auf dem Fachzeitschriftenmarkt zu etablieren.

Ein „schlampertes Genie“. Aber es war kein Höhenflug ohne Turbulenzen. „Ali“ Richter war zweifellos ein vielseitiger, erfahrener, kreativer und origineller Journalist und darüber hinaus ein liebenswerter, immer freundlicher und zumindestens nach außen stets fröhlicher Mensch, dem keiner böse sein konnte. Aber er war, erinnert sich Präsident Romeder, „kein Unternehmer“. „Ali“ Richter hatte brillante



2016 Auszeichnung

KOMMUNAL Deutschland wird von der deutschen Fachpresse in der Kategorie „Fachmedium des Jahres/Beste Neugründung“ gewürdigt.

2017 Es geht auch ohne Papier

Die erste rein digitale Ausgabe von KOMMUNAL erscheint im online-optimierten Querformat. Thema: „Was das Regierungsprogramm für die Gemeinden bringt“. Dennoch erreicht diese Ausgabe nicht den Zuspruch der Print-Version.

2017 Tagesaktuell auch in Deutschland

KOMMUNAL Daily in Deutschland erscheint erstmals tagesaktuell anlässlich des deutschen Kommunalkongresses. Vorbild sind die tagesaktuellen KOMMUNAL-Sonderausgaben zum Gemeindetag. Die erste Ausgabe des Morgens erhält Bundeskanzlerin Angela Merkel.

2018 Lieferanten knacken Marke

Nach nur zwei Jahren wird der 100. Lieferantenpartner Partner des Online-Marktplatzes für Gemeinden kommunalbedarf.at.



AUF KEINEN FALL DURFTE DAS NEUE MAGAZIN IRGENDWELCHE NEUEN KOSTEN VERURSACHEN.“

Robert Hink,

1989 Generalsekretär
des Österreichischen
Gemeindebundes

Ideen, war aber auch, was man hierzulande ein „schlampertes Genie“ nennt. Und er hatte vor allem massive gesundheitliche Probleme.

Am 8. Juli 1993 verstarb Karl Heinz Richter, noch keine 50 Jahre alt. Damit stand die Zukunft des Gemeindebund-Zentralorgans auf der Kippe. Präsident Romeder begann sofort mit der Suche nach einem neuen Verleger und fand eine Ideallösung: Walter Zimper und die Wiener Neustädter NÖ Zeitungs Verlags Ges.m.b.H.

Der unvergessliche – 2008 viel zu früh verstorbene – Walter Zimper war ein Medien-Profi, der das Journalistenhandwerk von der Pike auf gelernt hatte, und zugleich als Erfolgs- und Volksbürgermeister der Gemeinde Piesting und als Vizepräsident des NÖ Gemeindevertreterverbandes der ÖVP ein erfahrener Kommunalpolitiker. Keiner konnte besser wissen, welche Informationen Bürgermeister brauchen und wie diese Informationen optimal aufzubereiten sind.

Rasanter Aufstieg. Mit Walter Zimper folgte auf das „kommunal-journal“ das „KOMMUNAL-Magazin“ und es begann ein rasanter Aufstieg. Bereits 1997 hatte die Auflage 30.000 erreicht und es folgte der Übergang zum monatlichen Erscheinen. Das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes war auf dem Weg zu dem, was es heute ist – zur unbestrittenen Nr. 1 der Kommunalpresse. 



2018

Die Emotionen kochen hoch

Nach 140 Jahren sind die ersten Wölfe wieder in Österreich heimisch. Die Schwerpunktausgabe dazu wird eine der reichweitenstärksten – und vor allem eine der am heftigsten diskutierten – Ausgaben von KOMMUNAL.



2019

Drei von vier sind dabei

75 Prozent aller österreichischen Gemeinden besitzen ein Benutzerkonto auf kommunalbedarf.at.



2019

Exklusive Partnerschaft

Vom Morgenmagazin bis zur Tagesschau berichtet der ARD exklusiv über eine Umfrage des Magazins KOMMUNAL Deutschland zur Hasswelle gegen Ehrenamtliche. Als Reaktion lädt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 10 Bürgermeister sowie KOMMUNAL zu einem Hintergrundgespräch ins Schloss Bellevue ein.



2019

Kommunalmesse sprengt Maßstäbe

Mit einem Umfang von 140 Seiten feiert KOMMUNAL die größte jemals stattgefundene Kommunalmesse, die größte Leistungsschau für Österreichs Gemeinden, im Rahmen des Gemeindetages. Titel: „Die Gemeinden zeigen, wie's geht“.

POLITIK & RECHT

SCHULÄRZTE

„Interdisziplinäre Teams“ als beste Lösung
Seite 28

HAUSHALT 2020

Erstmals nach der
VRV 2015 zu erstellen
Seite 34

DEREGULIERUNG

Vorschläge für weniger
Bürokratien
Seite 38



Die Forderungen der Gemeinden an den neuen Nationalrat und die neu zu bildende Bundesregierung sind so vielfältig, wie deren breites Spektrum an Aufgaben. Kleine und große Lasten haben in den letzten Jahrzehnten zu einer bedenklichen Dynamik in der Aufgabenlast geführt. Die Gemeinden verlangen daher vor allem eine zeitgemäße Aufgabenreform, in der die zersplitterten Kompetenzen gebündelt, strukturiert und ausreichend finanziert werden: So sollen die Aufgaben künftig jener Ebene zugewiesen werden, auf der sie sinnvoll und wirtschaftlich zweckmäßig erfüllt werden können.

FORDERUNGEN AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

DIE AUFGABEN FAIR VERTEILEN!



TEXT // NICOLAUS DRIMMEL

Nach dem Wahlkampf zur Nationalratswahl haben wir Österreicher vielleicht eine Vorstellung von Politik bekommen, die sich etwas anders darstellt als jene, mit der wir tagtäglich in den Gemeinden vertraut sind.

Es wurde viel versprochen, neue und sehr unterschiedliche Konzepte wurden vorgestellt. Die werbenden Parteien kamen mit neuen oder alten Vorschlägen, ein regelrechter Wettbewerb der unterschiedlichsten Ideen. Keine Frage, Wahlwerbung hat etwas mit Reden zu tun, da ist noch wenig von Handeln die Rede.

Einzig die so genannten Beschlüsse des Parlamentes in den letzten Plenartagungen unter dem Motto des so genannten „freien Spiels der Kräfte“ erinnerten uns an den Umsetzungswillen der einzelnen Fraktionen, freilich in einer etwas ungeordneten Art.

Wie auch in diesen Fällen werden letztlich nur sehr schwer alle Konzepte davon in einem Regierungsprogramm unter einen Hut gebracht werden können. Es gehört natürlich zu einer entwickelten Demokratie, dass die politischen Kontrahenten mit ihren Ideen werben und das Wahlvolk von ihren Projekten informieren. Aber letztlich gehört es zum Geschäft vor allem der Gemeinden, in der Praxis zu erproben, ob solche Projekte oder Ideen auch sinnvoll auf den Boden zu bringen sind.

Nun hatten die Wähler das Wort, und aufgrund des Wahlergebnisses wird sich wieder eine Regierung bilden, die sich ein Programm erarbeitet und damit quasi dem Land eine Orientierung für die nächste Legislaturperiode geben will. Das Programm sollte dabei natürlich auf die im Wahlkampf gestellten Fragen und Problemstellungen Antwort geben.

Ein Regierungsprogramm ist kein Werbe-folder; es muss das Ziel sein, sozusagen „Nägel mit Köpfen zu machen“. Ohne die Emotion des Wahlkampfes muss ein Gesamtkonzept für die vordringlichen Gestaltungsaufgaben unseres Staates formuliert werden. Das bedeutet nicht nur, dass sich jene Parteien, die eine Verantwortung auf Regierungsebene tragen wollen, auch ihre im Wahlkampf geschwungenen Kriegsbeile wieder begraben und auf die Sachebene zurückkehren.

Seit dem Ende des Wahlkampf ist wieder Zusammenarbeit gefragt, die erkannten Probleme sind zu bedeutend, um von kleinen Gruppen im stillen Kämmerlein gelöst zu werden. Es braucht



„Im Sinne eines kooperativen Bundesstaates ist daher die **Rücksichtnahme auf die anderen Ebenen des Staates von eminenter Bedeutung.**“

einen Schulterschluss nicht nur über Parteigrenzen hinweg, sondern auch zwischen den Gebietskörperschaften.

Im Sinne eines kooperativen Bundesstaates ist daher die Rücksichtnahme auf die anderen Ebenen des Staates von eminenter Bedeutung. Bund, Länder und Gemeinden sitzen nicht nur in der Politik der wirtschaftlichen Stabilität in einem Boot, sondern generell in den aktuellen Fragen der Verfassungsreform, des Klimaschutzes, der Gesundheits- und Sozialpolitik und eigentlich der Daseinsvorsorge im weitesten Sinn. Daraus ist erkennbar, dass gerade für die Gemeinden die Frage nach den Prioritäten der künftigen Bundespolitik von vitalem Interesse sind.

Das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes hat daher Mitte September ein Forderungspapier an die künftige Regierung beschlossen, das von der Idee eines kooperativen Bundesstaates getragen ist.



HOFRAT MAG. NICOLAUS DRIMMEL IST LEITER DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES



Es bedarf einer fairen Lastenverteilung, damit die Gemeinden ihre eigenen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen können.

Die Gemeinden, so wird einleitend festgestellt, sind jene Teile der Republik, die auch dann funktionieren müssen, wenn aufgrund von Wahlen auf nationaler Ebene erst eine Orientierung gefunden werden muss. Sieht man die Legistik als das „Hirn des Staates“, so kann man die Gemeinden mit dem „Herz-Kreislauf-System“ vergleichen. Die beiden sind aufeinander angewiesen; wie würden wir den Nationalrat wählen, wenn es etwa keine Gemeinden gäbe? Die Gemeinden verstehen sich in diesem Papier aber auch als Transmissionsriemen für viele andere Politiken auf staatlicher, aber auch auf überstaatlicher Ebene. Die kommunale Ebene, so das Forderungspapier weiter, ist den Menschen in der Gestaltung ihres Lebensraumes am nächsten, an der örtlichen Basis wird eine Zukunftsperspektive geschaffen, die praxisnahe und gemeinwohlorientiert ist.

In den Gemeinden wird Politik mit Rücksicht auf das die örtliche Gesamtheit gemacht; enge Klientelpolitik kann sich auf kommunaler Ebene auf Dauer nicht rentieren. Und was für die Gemeinden gilt, das muss auch für den Gesamtstaat gelten.

Angesichts der Heerschau der in diesem Wahlkampf vorgebrachten Ankündigungen

„ Sieht man die Legistik als das ‚Hirn des Staates‘, so kann man die Gemeinden mit dem ‚Herz-Kreislauf-System‘ vergleichen. **Die beiden sind aufeinander angewiesen.**“

sind die Erwartungen der Gemeinden an die künftige Bundesregierung nicht gering. In den zahlreichen Wahlsendungen wurden immer wieder Problemstellungen erörtert, mit denen die Gemeinden unter anderem schon seit Jahren kämpfen, wie etwa bei der Pflegefinanzierung, bei Sozial- und Bildungsthemen oder in der Gesundheitsversorgung. Von einigen Parteien wurden manche dieser Punkte auch mit der Benachteiligung des ländlichen Raumes in Verbindung gebracht.

Der Gemeindebund fordert unter anderem, dass in der kommenden Gesetzgebungsperiode bereits angekündigte Reformen, wie etwa im Gesundheits- oder Pflegebereich umgesetzt werden, nicht zuletzt, um die im FAG-Paktum vereinbarten Kostendämpfungspfade erreichen zu können. Bundesseitig erfolgte Zusagen an die Gemeinden müssen dabei eingehalten werden. Ähnlich wie in der Bildung und der Kinderbetreuung sind die Gemeinden in der Gesundheitsversorgung oft als Zahler eingebunden, obwohl sie keine steuernden Instrumente besitzen.

Es bedarf daher einer fairen Lastenverteilung, damit die Gemeinden ihre eigenen Kompetenzen ordnungsgemäß erfüllen können. Dazu bedarf es einer klaren Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die Gemeinden verlangen dafür von der künftigen Regierung ein Bekenntnis zum Schutz und Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung und zur Sicherung der ländlichen Gebiete als attraktive Lebensräume.

Es haben sich im Wahlkampf natürlich ein paar Schwerpunkte herauskristallisiert, die sogar von allen Parteien ventiliert wurden. Das sind unzweifelhaft der Klimaschutz und die Nachhaltigkeit. Letzteres weniger als Zusicherung an die Bevölkerung, dass „eh alles so bleiben soll, wie es ist“, sondern vielmehr als Nachhaltigkeit, mit dem Hinweis, dass es eine Entwicklung braucht, um die Zukunft zu meistern.

Daraus ergibt sich im Detail eine Fülle von Forderungen, die nach folgenden sechs Schwerpunkten gruppiert werden können:

1. Bundesverfassung und kommunale Selbstverwaltung. Eine grundlegende Staatsreform muss eine zeitgemäße Aufgabenreform im Blick haben, in der die Kompetenzen nicht zersplittert, sondern klar strukturiert jener Ebene zugeteilt werden, auf der sie am besten erfüllt werden können. »

2. Bürgernähe und moderne Verwaltung. Die Gemeinden haben großes Interesse an einer effizienten, einfachen und modernen Verwaltung und machen laufend Vorschläge zur Modernisierung, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Verwaltungshandelns. Gemeinden beweisen, dass sie Aufgaben in effizienten Strukturen wahrnehmen können, wenn ihnen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

3. Finanzen. Der Österreichische Gemeindebund fordert einen Belastungsstopp und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden. Durch die Zuweisung neuer oder die Verlagerung bestehender Aufgaben ohne ausreichende und langfristige finanzielle Abgeltung entstehen den Gemeinden immer höhere Ausgaben. Auch Minderungen der Steuereinnahmen der Gemeinden durch bundesgesetzliche Maßnahmen oder mangelnder Reformwille sind hier relevant. Der Österreichische Gemeindebund fordert unter anderem

- ⊙ die Einbindung der kommunalen Interessensvertretungen in Reformprozesse, die für die Gemeinden mit finanziellem Mehraufwand verbunden sind,
- ⊙ die vollständige und nachhaltige Verhinderung des so genannten „grauen Finanzausgleichs“,
- ⊙ eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes bei der Finanzierung des Pflegesystems,
- ⊙ die rasche Umsetzung der im Paktum vereinbarten Reform der Grundsteuer
- ⊙ sowie die Berücksichtigung der Verteilungswirkungen,
- ⊙ die Beseitigung der finanziellen Benachteiligung des ländlichen Raums bei der FAG-Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs und der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt,
- ⊙ dass nötige Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes nicht letztlich auf die Gemeindeebene abgewälzt, sondern einvernehmlich im Sinne einer Gesamtstrategie von Bund, Ländern und Gemeinden gesetzt werden,
- ⊙ die Beibehaltung der solidarischen Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft (UFG),
- ⊙ dass neue Bundesabgaben als gemeinschaftliche Bundesabgaben ausgestaltet werden

4. Pflege und Pflegefinanzierung. Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebun-

Ganz wichtig ist die Forderung nach Einbindung der kommunalen Interessensvertretungen in Reformprozesse, die für die Gemeinden mit finanziellem Mehraufwand verbunden sind.

» In den kommenden Jahren bis 2030 müssen für die Breitband-Förderung **mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr ausgeschüttet werden.**«



des hat am 20. März 2019 sein **Positionspapier** zur Reform der Pflege und Pflegefinanzierung verabschiedet (das im KOMMUNAL 04/2019 vorgestellt wurde). Es versteht sich als integraler Teil der Forderungen. Um bereits mittelfristig die Pflege bestmöglich abzusichern, ist eine ausreichende Anzahl an Pflegekräften sicherzustellen und sind Anreize und Verbesserungen für pflegende Angehörige zu setzen, um die Pflege vorrangig und so lange vertretbar zu Hause zu ermöglichen. Vor allem bedarf es auch einer verstärkten Regelfinanzierung durch den Bund.

5. Gesundheit und ärztliche Versorgung. Die Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahen und zeitgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit praktischen Ärzten und Fachärzten ist keine Aufgabe der Gemeinden, sondern eine des Bundes und der Länder. Auch zu diesem Thema hat der Österreichische Gemeindebund ein Reformpapier ausgearbeitet. Vom Bund als einer der zentralen Akteure der Gesundheitsreform wird nicht nur ein klares Bekenntnis zur weitestgehenden Versorgung des ländlichen Raums mit primären Gesundheitsleistungen durch Haus- und Fachärzte verlangt. Insgesamt bedarf es eines Gesamtpaketes, das den Menschen im ländlichen Raum eine gute ärztliche Versorgung garantiert.

6. Planungssicherheit und Kompetenzbereinigung in Kinderbetreuung und Schule. Im Bereich der Kinderbetreuung zeichnet sich die Bundesebene nicht nur durch teure Ankündigungen betreffend des zukünftigen Angebots der



ES WIRD DARAUF ANKOMMEN, DASS DIE AGENDA DER NEUEN BUNDESREGIERUNG **EINE GESAMTÖSTERREICHISCHE AGENDA IST.**“

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, über eine der Hauptforderungen

Kinderbetreuung aus, sondern ist auch bei der Erhaltung wesentlicher finanzieller Fundamente der Kinderbetreuung sowie der schulischen Nachmittagsbetreuung säumig. Hier wird im Hinblick auf die Art. 15a B-VG-Vereinbarungen im Bereich der Kindergärten und ganztägiger Schulformen endlich längerfristige Planungssicherheit und eine nachhaltige Finanzierung verlangt.

Unter Verweis auf ein Rechtsgutachten zu den Aufgaben der Gemeinden als Schulerhalter wurden zahlreiche Kompetenz- und Verfassungswidrigkeiten zu Lasten der Gemeinden festgestellt. Hier muss eine klare, verfassungskonforme Aufgabenteilung umgesetzt werden, welche die Gemeinden von jenen Pflichten entlastet, für die sie nicht zuständig sind.

Nachhaltigkeit und Digitalisierung im ländlichen Raum. Die nachhaltigen Entwicklungsziele und die Digitalisierung sind wesentliche Elemente, die den ländlichen Raum nicht nur vor Herausforderungen stellen, sondern auch Chancen bergen.

Glasfaser als Breitbandinfrastruktur ist eine Schlüsseltechnologie für die Standortpolitik im ländlichen Raum. Da ein zukunftstaugliches Breitbandnetz auch die Funktion der Daseinsvorsorge erfüllt, fordert der Österreichische Gemeindebund eine effektive und vereinfachte Förderung der Breitbandinfrastruktur durch Glasfaser im ländlichen Raum.

Für den flächendeckenden und effektiven Ausbau einer Glasfaser-Basisinfrastruktur müssen die bisher geringen Fördervolumi-

na stark erhöht werden in den kommenden Jahren bis 2030 müssen dafür mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr ausgeschüttet werden. Die dafür erforderlichen Mittel sind aus dem Bundesbudget zu garantieren und sollen durch die laufenden Frequenzversteigerungen aufgebracht werden. Mit dem rasch umzusetzenden Förderprogramm sollen die knappen Finanzmittel gebündelt und im Sinne eines gemeinsamen Zusammenwirkens aller Stakeholder die bestmögliche Glasfaser-Basisinfrastruktur in ganz Österreich, also auch im ländlichen Raum, errichtet werden.

Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung: Die Gemeinden sind in der Lage, lokale Antworten auf globale Herausforderungen zu geben, vor allem im Bereich des Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung. Nötige Maßnahmen in diesem Bereich benötigen einen umsetzungsorientierten Rahmen von rechtlichen und finanziellen Instrumenten. Die Lasten dürfen nicht allein auf die Gemeindeebene abgewälzt werden, sondern die Strategie ist einvernehmlich von Bund, Ländern und Gemeinden zu entwickeln und umzusetzen.

Dieser Artikel kann lediglich einen groben Überblick über jene Themen geben, welche die Gemeinden in den folgenden fünf Jahren erwarten. Es wird nun darauf ankommen, dass die Agenda der neuen Bundesregierung eine gesamtösterreichische Agenda ist, und zwar im Sinn eines gemeinschaftlichen Programmes, in dem die Gemeinden als gleichberechtigte Partner eingebunden sind.



LINK ZUM THEMA

<https://kommunal.at/artikel/pflege-eine-sache-der-allgemeinheit>



WIRD DIE DEBATTE UM DIE SCHULÄRZTE EHRlich GEFÜHRT?

INTERDISZIPLINÄRE TEAMS ALS BESTE LÖSUNG

Das Thema Schulärzte beschäftigt nicht nur den Österreichischen Gemeindebund schon seit längerer Zeit. Sowohl inhaltlich, wie auch grundsätzlich. Dass es um die Kinder- und Jugendgesundheit in Österreich nicht zum Besten steht, ist allgemein bekannt.

TEXT // WALTER LEISS

Valide Daten über die Kinder- und Jugendgesundheit in Österreich existieren nicht. Eigentlich sollten hier die Schulärzte aktiv sein. Eine Dokumentation findet aber aus verschiedenen Gründen nicht statt. Und wie man so hört, beschränkt sich die schulärztliche Untersuchung im Wesentlichen auf ein Verwiegen und Vermessen im Schnelldurchlauf, Datenblätter – wenn vorhanden – verstauben im Schulkeller, der allenfalls den Kindern mitgegebene „Elternbrief“ bleibt nicht selten unbeachtet, wenn er denn überhaupt den Weg nach Hause findet.

Erweiterung Mutter-Kind-Pass. Der Vorschlag des Gemeindebundes, die schulärztliche Untersuchung im Wege einer Erweiterung des Mutter-Kind-Passes und im Wege einer Stärkung des Hausarztes zu ersetzen, bezieht sich in erster Linie auf den Pflichtschulbereich, da dort der größte Reformbedarf besteht (Kompetenzzer-splitterung, Unzahl an Verantwortlichen, keine einheitlichen Strukturen, keine einheitlichen Abläufe) – hohen Kosten steht kein Mehrwert gegenüber. Das belegt auch ein Zwischenbericht der eigens eingesetzten Evaluierungsarbeitsgruppe „Schulgesundheits“.

Will man daher die Kinder- und Jugendgesundheits, aber auch etwa das kostenfreie Impfprogramm ernst nehmen, so führt kein Weg vorbei, im Wege einer Erweiterung des Mutter-Kind-Passes ein bundesweit einheitliches

„Der Vorschlag des Gemeindebundes bezieht sich in **erster Linie auf den Pflichtschulbereich, da dort der größte Reformbedarf besteht.**“



HOFRAT DR. WALTER LEISS IST GENERALESEKRETÄR
DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

System zu schaffen, mitsamt Dokumentation und Datenerfassung, einfachen und geordneten Strukturen sowie verständlichen Abläufen für Eltern, Kind und Arzt.

Dessen ungeachtet hat das Gesundheitsministerium eine Verordnung in Begutachtung geschickt, die das bestehende System fortschreibt und all die Probleme negiert, die durch das Schulärztsystem nicht nur nicht gelöst, sondern teils sogar von diesem hervorgerufen werden. So finden Schutzimpfungen mangels bundesweit einheitlichen Systems in jedem Bundesland, ja teils sogar von Schule zu Schule völlig unterschiedlich statt.

So ist es einmal der Hausarzt, der die Impfungen durchführt, ein anderes Mal der Amtsarzt an der Schule, in anderen Schulen werden die Eltern ersucht, das Gesundheitsamt aufzusuchen, und: es soll auch noch Schulärzte geben, die trotz haftungsrechtlichem Risiko Schutzimpfungen an Schulen durchführen. Letzteres passiert immer weniger, da sich Schulärzte zurecht weigern, Impfungen an Schulen durchzuführen, da sie unter anderem nicht in der Lage sind, Schüler und vor allem Eltern über die Risiken aufzuklären. Obwohl aus diesem Grund die Länder in den letzten Jahren davon abgegangen sind, Schulärzten die Aufgabe der Schutzimpfungen zu übertragen, sollen die Schulärzte nunmehr



Ein sich absonderndes Kind mit offensichtlichen seelischen Problemen – das wäre eine Situation, in der reagiert werden müsste. Aber dass Pflichtschul-Kinder (zwischen sechs und 15 Jahren) mit psychischen Problemen von sich aus zum Schularzt gehen und adäquat behandelt werden, erscheint jedenfalls sehr optimistisch. Da bräuchte es Spezialisten.

4 „FEHL-ANNAHMEN“ BEIM THEMA SCHULÄRZTE/INNEN

1 „Schulärzte sind immer anwesend“. Das mag an größeren Bundesschulen wie HTLs oder AHS so sein, in den kleinen Pflichtschulen auf dem Land stimmt das so nicht.

2 „Der Schularzt ist vor Ort und hilft im Notfall“. Im Fall der Fälle darf ein Schularzt selbst kleinere Verletzungen nicht behandeln, sondern muss auf den Notarzt warten.

3 „Der Schularzt kennt die Kinder“. Ein Schularzt sieht die Kinder einmal im Jahr für ein paar Minuten – und das zum Abwiegen, Vermessen und dokumentieren. Das ist nicht „kennen“.

4 „Schulärzte sind wichtige Ansprechpartner der Kinder.“ De facto ist es so, dass ein acht-jähriges Kind nicht von selbst und allein mit einem Problem zum Arzt geht oder gar ein pubertierendes 14-jähriges Kind mit Fragen zur Sexualität.



Vermessen und Abwiegen der Kinder – so ist die Situation derzeit. Und um an identifizierten Defiziten wirklich etwas ändern zu können, bräuchte man die Eltern auch bei den Arztterminen.

auf Anordnung des Landeshauptmannes Schutzimpfungen durchführen müssen. So sieht es der Verordnungsentwurf vor.

All das hat der Gemeindebund zum Anlass genommen, seine Bedenken sowohl inhaltlich, aber auch in verfassungsrechtlicher Sicht zu veröffentlichen und gleichzeitig seine Vorschläge zur Stärkung der Kinder- und Jugendgesundheit zu veröffentlichen. Die Untersuchungen inklusive der Beratung der Eltern sollten aus Sicht des Gemeindebundes in den Ordinationen der niedergelassenen Ärzte oder bei Kinderärzten erfolgen, verknüpft mit einem erweiterten Mutter-Kind-Pass als Anreizsystem. Viele Ärzte

aus der Praxis befürworten diesen Vorschlag, da sie in ihren Ordinationen die geeigneten Untersuchungsmöglichkeiten haben.

In der Folge ist eine breite und längst notwendige öffentliche Diskussion entstanden, die aber – so mutet es an – nicht immer ehrlich und vollständig geführt wird.

So kritisiert etwa Salzburgs Landesgesundheitsreferent Christian Stöckl diesen Vorstoß mit dem Hinweis, dass es wichtig sei, dass Ärzte in den Schulen anwesend sind. Hier verkennt Stöckl die Situation in den Pflichtschulen auf dem Land: Schulärzte sind in den (Pflicht-) Schulen nicht anwesend. Außerdem sollte bekannt sein, dass gerade in Salzburg ein signifikanter Schulärztemangel besteht.

Auch die oberösterreichische Gesundheitsreferentin Christine Haberlander sieht die Abschaffung des schulärztlichen Dienstes eher kritisch, weil Schulärzte einen sehr wertvollen Beitrag bei der Betreuung der Kinder leisten würden und wichtige Ansprechpartner seien. Auch sie meint, die Ärzte seien vor Ort und immer schnell verfügbar. Wiederum eine Fehlannahme.

Die Ärztekammer sprach sich ebenfalls gegen diesen Vorschlag aus, wiewohl jährliche Vorsorgeuntersuchungen bei Hausärzten gerade den niedergelassenen Bereich stärken würden. Dass gerade von dieser Seite die Bemerkung kommt, dass mit einer Aufwertung des Systems Schulärzte künftig schnell auf Impflücken reagiert werden könne, ist bemerkenswert. »



Bundesschulsprecher Timo Steyer und Bundesobmann der Schülerunion, Sebastian Stark, sind der Meinung, dass die Schulstandorte in Österreich von Schulärzten profitieren. In diesem Zusammenhang muss an der Aufstockung des Unterstützungspersonals angesetzt werden. Schulpsychologen sowie Schulsozialarbeiter können das gesamte Schulpersonal in ihrer Arbeit entlasten.

Bei den vielen positiven Stellungnahmen zum bestehenden System kann man die berechtigte Frage aufwerfen, ob all diese Vertreter in ihrer eigenen Schulzeit je einer schulärztlichen Untersuchung beigewohnt haben bzw. ob sie die Situation vor Ort tatsächlich kennen.

Interdisziplinäre Teams für Schulen. Kinder mit besonderen Bedürfnissen, soziale Probleme und verhaltensauffällige Kinder fordern Eltern und



DIE DISKUSSION UM DIE ABSCHAFFUNG DER SCHULÄRZTE ZEIGT, WIE SCHLECHT ES UM DIE MEDIZINISCH-PSYCHOLOGISCHE BETREUUNG IN DEN SCHULEN STEHT.“

Gerhard Pušnik, Vorarlberger Lehrer/innen-Initiative

Pädagogen gleichermaßen. Die Lehrer haben recht, wenn sie vor allem an Brennpunktschulen und Schulen mit auffälligen Schülern oder Schülern mit besonderen Bedürfnissen professionelle Unterstützung vor Ort fordern.

All das hat aber mit der Frage des Schularztsystem nichts zu tun. Der Schularzt ist nicht Psy-



Im Rahmen des derzeitigen Schularztsystems ist keine relevante Gesundheitsberatung möglich. Bei den Bundes-schulen ist das vielleicht anders, weil es dort hauptberuflich angestellte Schulärzte gibt, aber in den Volks- und Mittelschulen sind die zeitlichen und räumlichen Voraussetzungen für ordentliche Untersuchungen einfach nicht gegeben. Sie werden einfach nur erledigt, damit der Schulinspektor zufrieden ist. Meistens läuft es so ab, dass fünf Kinder gleichzeitig zum Schularzt kommen, der pro Kind nur ein oder zwei Minuten Zeit hat. Da kann man keine gründliche Untersuchung eines Kindes, das man kaum kennt, machen. Das derzeitige System ist auch für die Ärzte eine Belastung, weil sie die Untersuchungen meistens an Vormittagen, an denen sie keine Ordination haben und sich eigentlich regenerieren sollten, machen müssen. Da ist es auch verständlich, dass man die Untersuchungen möglichst schnell erledigen möchte. Daher habe ich schon vor vier Jahren vorgeschlagen, die Schulärzte abzuschaffen und dafür die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen auszudehnen. Der Vorteil wäre, dass die Kinder von ihren Hausärzten untersucht werden,

„Die Ausweitung des Mutter-Kind-Pass-Systems würde de facto sogar weniger kosten.“

die die Kinder oft schon von Geburt an kennen. Und meistens ist dann auch ein Elternteil dabei, das dem Arzt hilfreiche Informationen geben kann. Im Bedarfsfall könnten die Ärzte dann gleich eine Therapie beginnen, was der Schularzt nicht kann.

Für eine Mutter-Kind-Pass Untersuchung bekommen Kassenvertragsärzte derzeit ca. 22 Euro, die Schuluntersuchungen werden mit ca. 15 Euro honoriert. Um einen solchen Betrag kann man ein Kind nicht so gründlich untersuchen, wie es bei der Mutter-Kind-Pass-Untersuchung durchaus üblich ist. Die Ausweitung des Mutter-Kind-Pass-Systems würde de facto sogar weniger kosten. Denn dann könnte man das Intervall bei den Schuluntersuchungen von jährlich auf zweijährlich reduzieren“.

Dr. Andreas Barnath, Allgemeinmediziner und Orthopäde in Oberwölbling, NÖ

Ich bin nicht gegen Schulärzte und Schulärztinnen, glaube aber, dass weiteres Gesundheitsfachpersonal an den Schulen integriert werden sollte. Angesichts der Tatsache, dass jedes fünfte Kind in Österreich chronisch krank, jedes dritte Kind übergewichtig ist und jedes vierte Kind eine psychische Störung aufweist, besteht hier ein Bedarf an zusätzlichen Gesundheitsberufen an Schulen, bedarfsgerecht und zielorientiert eingesetzt. Dazu kommen ja auch noch die Herausforderungen der zugezogenen Migration, des Weiteren der Forcierung von Ganztagschule und Inklusion. Seit der Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes vom Jahr 2016 verfügen Gesundheits- und Krankenpfleger über neue und umfassende Kompetenzen. So ist es ihnen jetzt unter anderem möglich, im Bereich der Schulgesundheitspflege tätig zu sein. Die Gesundheitskompetenz der Österreicherinnen und Österreicher ist im europäischen Vergleich an vorletzter Stelle angesiedelt, daher sollte man die Möglichkeit des niederschweligen Zugangs in der Schule nützen, um hier mehr Bewusstsein zu schaffen. In anderen europäischen Ländern ist es bereits seit längerer Zeit üblich, Schulgesundheitspflegerinnen und -pfleger als erste Ansprech-, Vertrauens- und Vermittlungspersonen, für die pflegerisch-medizinische Versorgung der

chologe, der Schularzt ist nicht Sozialarbeiter, der Schularzt ist nicht Therapeut, der Schularzt ist nicht Pflegefachkraft. Schulärzte sind daher weder zuständig noch in der Lage, Aufgaben zu erfüllen, die von Psychologen, Sozialarbeitern, Therapeuten und Pflegefachkräften zu erfüllen wären.

Dem Österreichischen Gemeindebund ist völlig klar, dass den speziellen an vielen Schulstandorten bestehenden Bedürfnissen Rechnung getragen werden muss – aber mit dem Schulärztsystem ist das nicht zu bewerkstelligen.

„Die Diskussion um die Abschaffung der Schulärzte zeigt, wie schlecht es um die medizinisch-psychologische Betreuung in den Schulen stehe“, sagt Gerhard Pušnik von der Vorarlberger LehrerInnen-Initiative. Er fordert die Betreuung an Schulen durch multiprofessionelle Teams.

Ein richtiger Ansatz. Denn geht es um die tatsächlichen und speziellen Bedürfnisse an einzelnen Schulen und nicht um die (Vorsorge-)Untersuchung von Kindern und Jugendlichen (mitsamt Dokumentation, Datenerfassung, medizinischer Abklärung etc.), so sollten interdisziplinäre Teams unter der Leitung und Koordinierung des Landes, vorzugsweise der Bildungsdirektion (die ja seit der letzten Novelle eine „Bund-Länder Behörde“ ist und daher für alle Schulen eines Bundeslandes zuständig wären), eingerichtet werden.

Diesen Teams, die aus Schulpsychologen, Sozialarbeitern, Therapeuten, Pflegepersonal, aber auch aus Ärzten bestehen können, käme die Aufgabe zu, einzelnen Schulstandorte je nach Bedarf und Bedürfnis beratend und unterstützend zur Seite zu stehen. 

» Laut einer amerikanischen Studie bringt ein Dollar, der in Schulgesundheitspflegerinnen investiert wird, zwei Dollar Gewinn.“



Schulkinder und für Gesundheitsförderung- und Präventionsmaßnahmen ab dem Kindergartenalter bis zum Ende der Pflichtschulzeit zu integrieren. Studien zeigen, dass anhand der Aktivitäten von Schulgesundheitspflegern die Gesundheitskompetenz der Kinder deutlich verbessert werden kann. Laut einer amerikanischen Studie vom Jahr 2014 bringt ein Dollar, der in Schulgesundheitspflegerinnen und -pfleger investiert wird, zwei Dollar Gewinn.

Andrea Gundolf, M.Ed. Lehrerin für Gesundheitsberufe, Akad. Gesundheits- und Pflegemanagerin

Das bestehende Schularztsystem ist ausschließlich auf die Ärzte orientiert und nicht auf die Bedürfnisse der Kinder. Man muss leider auch sagen, dass die Ausbildung der Allgemeinmediziner im Bereich der Kinder- und Jugendheilkunde unzureichend ist.

Die Kinder wiederum sind heute länger an der Schule als früher, und es gibt auch mehr kranke Kinder. Rund ein Fünftel, das sind mehr als 200.000, hat gesundheitliche Probleme. Da sind die paar Stunden, die ein Arzt an der Schule anwesend ist, zu wenig.

Notwendig wären Teams, um bei Problemen, die im Schulalltag auftreten, helfen zu können. Dazu würde man Pflegerinnen und Pfleger brauchen, die zumindest einige Stunden am Tag an der Schule sind. Es kommt ja immer wieder vor, dass ein Kind 40 Grad Fieber bekommt, dass es erbricht usw. Auch wenn bei einem Kind, das Diabetes hat, ein Problem mit der Insulinpumpe auftaucht, ist meistens kein Arzt an der Schule – und wenn, dann kann er meistens nicht helfen, weil man für eine Insulinpumpe eine eigene Ausbildung braucht.

Neben dem Pflegepersonal benötigt man an der Schule auch Kinderkrankenschwestern,

» Das bestehende Schularztsystem ist ausschließlich auf die Ärzte orientiert und nicht auf die Bedürfnisse der Kinder.“



Psychologen, Sozialarbeiter usw. Die WHO hat Qualitätskriterien erstellt, die festlegen, welche Kompetenzen Menschen, die in einem Gesundheitsberuf tätig sind und an einer Schule arbeiten, haben müssen. Da könnte sich die Gemeinde dann diejenigen Leute an die Schule holen, die diese Anforderungen am besten erfüllen. Das muss nicht unbedingt ein Arzt sein.

In Korneuburg gibt es beispielsweise eine Gemeinde-Kinderkrankenschwester, die einen Großteil dieser Kompetenzen abdeckt.

Dr. Lilly Damm, Medizinische Universität Wien, Zentrum für Public Health

NEUES HAUSHALTSRECHT STARTET

VORANSCHLÄGE ERSTMALS NACH VRV 2015 ZU ERSTELLEN

Die Erstellung des Voranschlags 2020 hat nun erstmals auf Grundlage der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV 2015) zu erfolgen. Hier eine kleine Übersicht zur Vorgehensweise.

TEXT // CHRISTIAN SCHLERITZKO

Im Gegensatz zur bisherigen Praxis wird nun nicht mehr nur ein Voranschlag, sondern es werden getrennt voneinander ein Ergebnis- und ein Finanzierungsvoranschlag erstellt. Eine tiefergehende Darstellung zur Voranschlagserstellung bietet auch eine weitere Ausgabe der RFG-Schriftenreihe, die demnächst erscheinen und auch auf der Webseite des Gemeindebundes abrufbar sein wird. Für die Herausforderung der Voranschlagserstellung auf Grundlage VRV 2015 gibt es nachfolgende zwei Herangehensweisen, die je nach den Bedürfnissen der Gemeinde frei gewählt werden können.

Die erste Herangehensweise führt über den Finanzierungsvoranschlag mit seinen drei Unterbereichen (operative Gebarung, investive Gebarung und Finanzierungstätigkeit) und der anschließenden periodengerechten Angleichung im Ergebnisvoranschlag. Bei diesem Weg sollte folgendermaßen vorgegangen werden:

- ⊙ Erstellung der operativen Gebarung im Finanzierungsvoranschlag mit allen zu erwartenden Einzahlungen und Auszahlungen inklusive der noch zu erwartenden Forderungen bzw. zu bezahlenden Verbindlichkeiten.
- ⊙ Erstellung der investiven Gebarung und der Finanzierungstätigkeit im Finanzierungsvoranschlag.
- ⊙ Entscheidung, für welche Projekte und in welcher Höhe operative Mittel für die investive Gebarung bereitgestellt werden.
- ⊙ Periodengerechte Übernahme der Einzahlungen und Auszahlungen der operativen Gebarung aus dem Finanzierungsvoranschlag (ohne Forderungen und Verbindlichkeiten) als Erträge und Aufwendungen in den Ergebnisvoranschlag.

» Für den **Ergebnisvoranschlag reichen vorläufige Werte** – welche aus einer vorläufigen Rohbilanz oder durch Schätzungen ermittelt wurden – **aus.**“



CHRISTIAN SCHLERITZKO LEITET EINE PRÜFGRUPPE IN DER ABTEILUNG GEMEINDEN IM AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG

- ⊙ Wirtschaftliche Abgrenzung (Schaffung der Periodengerechtigkeit) der Ergebnisrechnung durch Einbeziehung der finanzierungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen (Auflösungen bzw. Bildung von Rückstellungen, Abschreibungen, Auflösung und Bildung von nicht finanzwirksamen Rücklagen etc.).
- ⊙ Erstellung der mittelfristigen Finanzpläne für den Ergebnis- und den Finanzierungsvoranschlag gemäß landesrechtlichen Vorgaben.

Der zweite Weg führt über den Ergebnisvoranschlag und wird mit den weiteren geplanten Werten im investiven Bereich für die Investitionen sowie in der Finanzierungstätigkeit im Finanzierungsvoranschlag fortgesetzt. Dabei sollte folgendermaßen vorgegangen werden:

- ⊙ Erstellung des Ergebnisvoranschlags im Bereich der finanzwirksamen Konten. Dies entspricht zum Großteil den bereits bekannten Voranschlagswerten der bisherigen Konten im derzeitigen ordentlichen Haushalt.
- ⊙ Übernahme der finanzwirksamen Erträge und Aufwendungen in die operative Gebarung des Finanzierungsvoranschlags. In die übernommenen Werte aus Teilschritt 1 sind bekannte Forderungen und Verbindlichkeiten einzurechnen.
- ⊙ Erstellung der investiven Gebarung und der Finanzierungstätigkeit im Finanzierungsvoranschlag.
- ⊙ Entscheidung, für welche Projekte und in welcher Höhe operative Mittel für die investive Gebarung bereitgestellt werden.



- ⊙ Aufnahme der nicht finanzwirksamen Konten im Ergebnisvoranschlag (Auflösungen bzw. Bildung von Rückstellungen, Abschreibungen, Auflösung und Bildung von nicht finanzwirksamen Rücklagen etc.). Diese wirtschaftliche Abgrenzung von Ressourcenzuwachs bzw. -verbrauch sollte – da meist noch keine Eröffnungsbilanz (EB) vorliegen wird – aufgrund vorläufiger Vermögenswerte (z. B. aus dem Entwurf einer Eröffnungsbilanz) bzw. vorläufig ermittelter Rückstellungswerte übernommen werden.
- ⊙ Erstellung der mittelfristigen Finanzpläne für den Ergebnis- und den Finanzierungsvoranschlag gemäß landesrechtlichen Vorgaben.

Eröffnungsbilanz erst Ende 2020 beschließen von Vorteil.

Immer wieder stellt sich die Frage, ob für die Erstellung des Voranschlags 2020 eine vom Gemeinderat bereits beschlossene Eröffnungsbilanz (EB) vorliegen muss. Dazu ist festzuhalten, dass die VRV 2015 keine Frist für die Beschlussfassung durch das zuständige Kollegialorgan vorsieht. Die VRV 2015 regelt lediglich die Erstellung der EB spätestens mit dem Stichtag 1. Jänner 2020. Eine mögliche Frist ist aus den landesrechtlichen Bestimmungen zu entnehmen. In den meisten Fällen haben die Gemeinden bis zu einem Jahr (bis Ende 2020) Zeit, die EB zu erstellen. Für den Ergebnisvoranschlag reichen daher vorläufige Werte – welche aus einer vorläufigen Rohbilanz oder durch Schätzungen ermittelt wurden – aus.

Die Möglichkeit der Beschlussfassung der EB zu einem späteren Zeitpunkt als zu Beginn des Jahres 2020 bringt nicht zuletzt auch folgenden Vorteil: Derzeit werden in Arbeitsausschusssitzungen zum VR-Komitee offene Fragen be-

Erstellung des Ergebnisvoranschlags im Bereich der finanzwirksamen Konten. Dies entspricht zum Großteil den bereits bekannten Voranschlagswerten der bisherigen Konten im derzeitigen ordentlichen Haushalt.

» Bevor es beim **Thema wirtschaftliches Eigentum bei Schutzbauten** keine endgültige Lösung gibt, sollten Schutzbauten keine Aufnahme in der EB finden bzw. sollten diese noch nicht beschlossen werden.“

handelt, welche sich im Zuge der Umstellung auf die VRV 2015 ergeben haben und die einer österreichweiten Lösung zugeführt werden sollen. Nach Lösung der nachfolgend dargestellten sowie weiteren Themenstellungen können diese dann gleich zahlenmäßig richtig in die EB eingearbeitet werden, wodurch keine Berichtigungen der EB erforderlich sind.

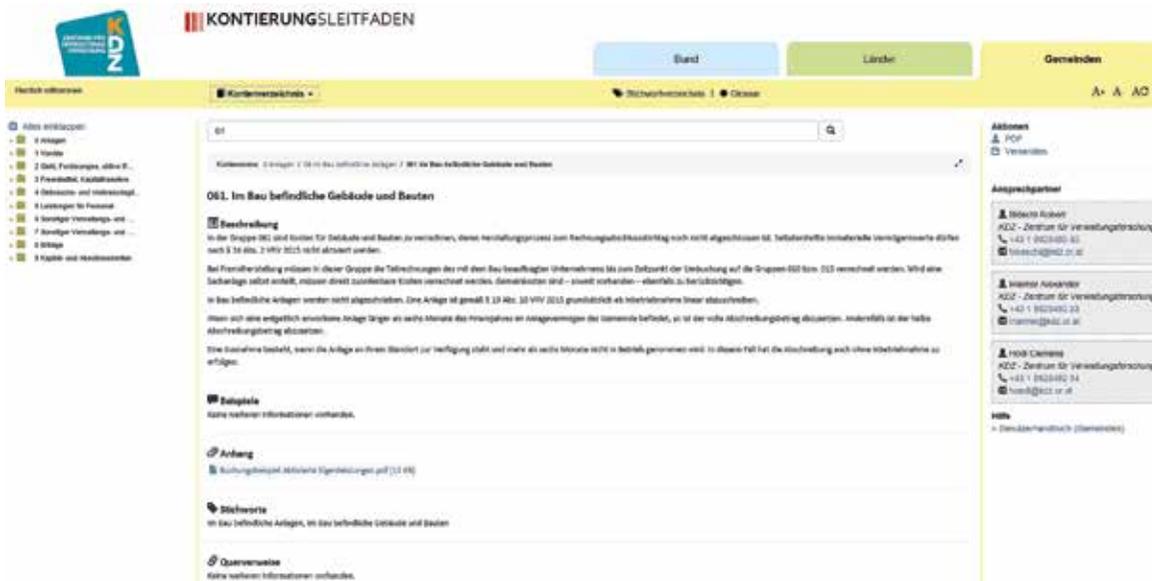
Neben einigen Fehlerkorrekturen der Stammfassung der neuen VRV, die im Oktober 2015 nach zwei- bis dreijährigen Verhandlungen erlassen wurde und zusätzlichen Änderungen und Ergänzungen zur bereits Anfang 2018 erfolgten ersten Novelle, sind von den derzeit diskutierten Themen aus kommunaler Sicht vor allem folgende von Relevanz:

- ⊙ Die Frage des Umgangs mit den 2016 im Rahmen der FAG-Verhandlungen vereinbarten Erleichterungen bei der Rechnungslegung für kleine Gemeindeverbände (z. B. Schulgemeindevverbände): Die Lösung könne in die Richtung gehen, dass die vereinbarte Obergrenze von 700.000 Euro sozusagen auf die bisherigen ordentlichen Einnahmen abzielt und diese somit nicht das gesamte 3-Komponenten-System erbringen müssen, sondern eine Finanzierungsrechnung samt einiger Anlagen zur VRV.
- ⊙ Auch beim Thema wirtschaftliches Eigentum bei Schutzbauten (Hochwasser-, Lawinen- und Wildbachverbauungen) steht noch eine Einigung zwischen BMF, Ländern und Gemeindebünden aus: Wenn die Gemeinden alle diese Vermögenswerte, die eigentlich zu einem Gutteil dem Bund und den Ländern zuzurechnen sind, in die EB aufnehmen, käme es zu einer starken Verzerrung der Vermögenswerte. Bevor es hier keine endgültige Lösung gibt, sollten diese Schutzbauten daher keine Aufnahme in der EB finden bzw. sollte diese noch nicht beschlossen werden.
- ⊙ Im Zusammenhang mit der Nutzung laufender Mittel der Gemeinde für Investitionsvorhaben spricht sich der Österreichische Gemeindebund neben der Ausweisung im Projektnachweis auch für die Budgetierung im Finanzierungsvoranschlag aus. Die kommunalen Entscheidungsträger sollen weiterhin (dem Prinzip der Einzeldeckung bei der Darlehensfinanzierung folgend) den Überblick über die Zusammensetzung der Eigen- und Fremdmittel eines jeweiligen Projektes direkt aus der Dreikomponentenrechnung haben können. ●

ONLINE-KONTIERUNGSLEITFÄDEN FÜR GEMEINDEN, LÄNDER UND BUND VERFÜGBAR

LAUFEND AKTUALISIERT UND KOSTENLOS

Das Bundesministerium für Finanzen unterstützt Gemeinden und Länder bei der Umsetzung der VRV 2015.



Gemeinsam mit dem KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) und Experten der Gemeinden, Städte und Länder wurde vom Bundesministerium für Finanzen eine Online-Plattform „Kontierungsleitfaden“ auf Basis des neuen Haushaltsrechts eingerichtet. Die Kontierungsleitfäden für Gemeinden, Länder und den Bund sind dort kostenlos zugänglich und werden täglich von vielen Menschen genutzt.

Mit detaillierten Kontenbeschreibungen wird die Kontierung in der Praxis unterstützt und Buchungsbeispiele geben Sicherheit bei Zweifelsfragen. Darstellungen von Abschluss- und Überleitungsbuchungen sollen helfen, die neue Buchungslogik und ihre Auswirkungen auf die Haushalte besser zu verstehen. Der Online-Kontierungsleitfaden ist ein wachsendes Nachschla-

gewerk, das durch die Zusammenarbeit von Generalisten und Spezialisten der Verrechnung laufend aktuell gehalten und bei Bedarf erweitert wird.

Die Online-Applikation Kontierungsleitfaden kann entweder über das Portal Austria (www.portal.at) oder über das jeweilige Stammportal aufgerufen werden (bei Fragen hinsichtlich des Zugangs schreiben Sie bitte eine E-Mail an post.klf-bund@bmf.gv.at).

Antworten auf häufig gestellte Fragen und Funktionen der Applikation gibt das jeweilige Benutzerhandbuch, das in der rechten Spalte der Applikation unter „Hilfe“ aufrufbar ist. 

Mehr Infos unter www.portal.at oder post.klf-bund@bmf.gv.at

ÜBER DAS BRZ PORTALAUSTRIA

Das BRZ PortalAustria (kurz PAT genannt) ist ein universelles Zugangs- und Zutrittskontrollsystem, welches ermöglicht, die Verfahrens- und Informationsdienste der einzelnen Verwaltungsbereiche standortunabhängig allen berechtigten Benutzern in gesicherter Form zur Verfügung zu stellen.

Das BRZ PortalAustria stellt allen Bereichen der Verwaltung gleichermaßen leistungsfähige Authentisierungs-, Autorisierungs- und Personalisierungsdienste zur Verfügung und bietet sich daher als generelle Vermittlungsplattform an.

Diese Nutzungsvereinbarung gilt für alle Organe der öffentlichen Verwaltung (Gemeinden, Städte, Länder und Bundesorganisationen) in Österreich.

THEMA SCHÜLERTRANSPORTE

ORDENTLICHE FINANZIERUNG IST SICHERZUSTELLEN!

Die Schülerfreifahrt ist chronisch unterfinanziert, weswegen Gemeinden immer öfter als Ausfallshafter einspringen müssen.

Mitte September häuften sich Berichte zum Thema Schülertransporte. Konkret haben Vertreter der Bus- und Taxiunternehmen auf die chronische Unterfinanzierung der Kosten für die Schulbusse hingewiesen. Aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) erhalten die Transportunternehmen 0,88 Euro je gefahrenem Kilometer für den Schulbus im Gelegenheitsverkehr, also abseits der Linienverbindungen.

Dem Österreichischen Gemeindebund ist diese Problematik durchaus bekannt. „Immer mehr Gemeinden müssen leider einspringen und den wichtigen und notwendigen Schülertransport mitfinanzieren, obwohl das ganz klar Aufgabe des Bundes ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, aktiv zu werden und ihrer Finanzierungsverpflichtung nachzukommen“, erklären Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl und Vizepräsident Bürgermeister Rupert Dworak.



Immer mehr Gemeinden müssen einspringen und den Schülertransport mitfinanzieren.“

Der Österreichische Gemeindebund stellt außerdem fest, dass der öffentliche Nahverkehr generell auf neue Beine gestellt werden muss. „Der Bund hat in den letzten Jahrzehnten viele Bus- und Bahnlinien geschlossen und viel zu viele Menschen ins Auto gezwungen. Der öffentliche Nahverkehr in allen Regionen unseres Landes muss wieder stärker ausgebaut werden, damit wir umweltfreundliche Mobilität ermöglichen können“, betont Vizepräsident Rupert Dworak.

Besonders hinterfragenswert sind die Zweckzuschüsse des Bundes aus den Finanzausgleichsmitteln in Höhe von 85 Millionen Euro jährlich. „90 Prozent davon fließen fast zur Gänze in die Ballungsräume, obwohl gerade dort die Chance größer ist, Buslinien kostendeckend zu führen“, erklärt Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und fordert ein Ende der finanziellen Benachteiligung des ländlichen Raumes. ●

[Mehr auf gemeindebund.gv.at](http://mehr.auf.gemeindebund.gv.at)

KONKRETE VORSCHLÄGE DES GEMEINDEBUNDES

WENIGER BÜROKRATIE UND WENIGER REGULIERUNGEN

Vor allem die Gemeinden leiden an einem Übermaß an Bürokratie. Tatsächlich gehen tausende Stunden für Abheften, speichern und Bestätigen drauf. Der Gemeindebund hat konkrete Vorschläge, wie sich das bessern könnte.

TEXT // ANDREAS STEINER

Obwohl viele Regierungen der letzten Jahre immer wieder das Thema Bürokratieabbau, weniger Aktenberge und weniger Berichtspflichten umsetzen wollten, blieb es oftmals bei den Versprechungen. In vielen Gesetzen und Verordnungen der letzten Jahre haben sich wiederum zahlreiche neue Aufgaben und Regeln eingeschlichen, die schließlich in der Praxis für Kopfschütteln sorgen und oftmals nur mit kleinen Änderungen für große Erleichterung sorgen würden. Gerade in Zeiten des digitalen Amtes und der fortschreitenden Verknüpfung von Datenbanken stellt sich für viele Gemeinden die Frage nach dem Warum!

Plakative Beispiele sind etwa die Leermeldungen nach dem Medientransparenzgesetz, die Auflage des Wählerverzeichnisses an Samstagen, Mehrfachmeldungen von Daten aus dem Rechnungsabschluss oder dem Voranschlag der Gemeinde an verschiedene Stellen, die Eichpflicht für Schulwaagen oder die Umsatzsteuerpflicht

für Gemeindekooperationen. Diese Auswahl an Beispielen zeigt, wo es überall Handlungsbedarf gibt, denn in der Praxis gehen für solche und ähnliche Vorschriften viele Stunden Arbeitszeit drauf. Hochgerechnet auf alle österreichischen Gemeinden sind das tausende Stunden für sinnlose Arbeit, die auch auf Landes- und Bundesebene weitere Arbeitsprozesse bedingen. Etwa für Abheften, Speichern und Bestätigen. Hier braucht es dringenden Verbesserungsbedarf.

Der Österreichische Gemeindebund setzt sich schon seit vielen Jahrzehnten für Entbürokratisierung und Deregulierung ein. In den letzten Monaten hat Gemeindebund-Präsident Alfred



ANDREAS STEINER, BA MA, IST PRESSESPRECHER DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

Mit **guten Beispielen** vorangehen

Auszugsweise lesen Sie hier Beispiele von Entbürokratisierungsvorschlägen, die auch in das Gemeindebund-Forderungspapier „Kommunales Deregulierungspaket“ an die neue Bundesregierung aufgenommen wurden.

1 Verminderung von Meldepflichten der Gemeinden. Überschießende und nicht mehr zu rechtfertigende Meldeverpflichtungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden sollen abgeschafft werden. So fordert der Österreichische Gemeindebund unter anderem eine rasche Novellierung des „Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetzes“, nach dem die Gemeinden auch bei Nichtvorliegen von Werbeausgaben zu einem unverhältnismäßig aufwändigen Leermeldungsverfahren verpflichtet sind. Gefordert wird, die Meldepflicht auf jene Fälle zu beschränken, in welchen tatsächlich relevante Beträge für die entsprechenden Zwecke ausgegeben werden. Die Leermeldungsverpflichtung ist daher aufzuheben und die Meldeverpflichtung nur ab einer Grenze von 5000 EUR pro Quartal festzusetzen.

Überschießend und auch als „Gold-Plating“ zu bezeichnen sind die neuen statistischen Einmeldeverpflichtungen nach Bundesvergabegesetz. Diese Verpflichtungen, vor allem in den Verfahren im Unterschwellenbereich, verursachen einen immensen und unverhältnismäßigen Mehraufwand und sollen novelliert werden.

2 Gemeindekooperationen. Der Österreichische Gemeindebund unterstützt Anreizsysteme, um interkommunale Zusammenarbeit zu fördern, und setzt sich für den Abbau vorhandener Barrieren ein. Es darf nicht sein, dass verwaltungseffiziente Kooperationen von Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften durch eine Umsatzsteuerpflicht gegenüber „In-house“ Lösungen schlechtergestellt bzw. gar verhindert werden. Es bedarf hier entweder entsprechender Befreiungen im nationalen Umsatzsteuerrecht oder entsprechender Anstrengungen zur Änderung der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie.

Ihre Vorschläge zur Entbürokratisierung
schicken Sie bitte an
office@gemeindebund.gv.at

Riedl in Gesprächen mit Ministern, Abgeordneten und Beamten für mehr Mut und Umsetzungsfreude bei der Deregulierung geworben. Die Zeit bis zur Nationalratswahl hat der Gemeindebund nun genutzt, um direkt von den Praktikern, von den Bürgermeistern, Amtsleitern und Gemeindebediensteten konkrete Deregulierungsvorschläge einzuholen. Anfang August hat der Gemeindebund die Bürgermeister und Amtsleiter eingeladen, Vorschläge einzuschicken. Gemeinsam mit dem Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ) wurden die Vorschläge gesichtet und auf Umsetzbarkeit bewertet. „Wir haben nun zum Start der Koalitionsgespräche zahlreiche konkrete Beispiele aus den Gemeinden gesammelt. Jetzt fordern wir Praktiker – die im Wahlkampf vielfach versprochenen – Vereinfachungen für die Verwaltungsarbeiten ein“, erklärt Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl die weitere Vorgangsweise. Es ist aber klar, dass der Deregulierungsprozess damit noch nicht abgeschlossen ist. ❁

KOMMUNIKATION & JUGENDPARTIZIPATION

„DIE JUGEND BRAUCHT EIN EIGENES BUDGET“

Die Präsidentin des Europäischen Jugendforums, die Österreicherin Carina Autengruber, erklärt, was junge Menschen an ihre Gemeinde bindet und wie die Abwanderung der Jungen dadurch gedrosselt werden könnte.



Die Österreicherin Carina Autengruber ist seit Jahresbeginn die neue Präsidentin des Europäischen Jugendforums. Im KOMMUNAL-Interview erklärt sie die Rolle dieser Plattform der nationalen Jugendvertretungen und internationalen NGO Jugendorganisationen in Europa und spricht vom Supranationalen und Kommunalen.

KOMMUNAL • Frau Autengruber, was macht das Europäische Jugendforum?

CARINA AUTENGRUBER: Es leistet Vertretungsarbeit im Namen aller europäischen Jugendlichen.

Und wie finanziert es sich?

Den größten Teil der Förderungen erhalten wir von der Europäischen Kommission, Teile auch vom Europäischen Parlament. Wir bekommen weiters eine Förderung vom Europarat. Unsere Mitgliedsorganisationen zahlen eine jährliche Mitgliedsgebühr, und dann gibt es noch projekt-basiertes Funding, wie z. B. eine Kooperation mit dem UNHCR in Flüchtlingsprojekten. Wir hatten aber auch eine Person mit Google-Fellowship, oder Kooperationen mit Microsoft. Kurz gesagt: Unsere Mitgliedsorganisationen zahlen Mitgliedsgebühren, aber das Jugendforum wird auch von den europäischen Institutionen unterstützt.



ZUR PERSON
Carina Autengruber
ist Präsidentin des
Europäischen
Jugendforums.

Das Europäische Jugendforum wird vom Europarat, der UNO und der EU anerkannt. Was bringt das?

Formal nichts, aber aus moralischer Perspektive sind wir die erste Ansprechorganisation, wenn es um jugendpolitische Themen geht. Daher ist diese Anerkennung als Organisation, die die Interessen der Jugend vertritt schon wichtig.

Sie sind selbst 29 Jahre alt. Wie lange ist man jugendlich bzw. bis wohin reicht Ihre Interessensvertretung?

Es gibt in den verschiedenen Ländern und Institutionen unterschiedliche Altersdefinitionen. In Österreich ist es gesetzlich bis 30 Jahre, in meiner Organisation bis 35 Jahre. Auf UN-Ebene wiederum geht es beispielsweise bis 24 Jahre. Die Definition, die wir üblicherweise verwenden, ist der Übergang zwischen Kindheit und Erwachsenwerden und verschiebt sich immer weiter nach hinten. Weil man mit dem Studium später anfängt, oder weil es einfach zu teuer ist, eine eigene Wohnung zu finden und man länger bei den Eltern wohnt. Da gibt es viele Einflussfaktoren.

Was können Gemeinden tun um, die jungen Leute im Ort zu halten?

Ich komme selbst aus St. Oswald bei Haslach, einer kleinen Gemeinde mit 500 EinwohnerInnen im Bezirk Rohrbach in Oberösterreich.



FOTO/Ministry of Foreign Affairs - Andreea Tanase



GEMEINDEN SOLLTEN DAS POTENZIAL VIEL MEHR NUTZEN, **NEUE POLITIKEN AUSZUPROBIEREN.**“



FOTO/EU - Nina Paulkovic

Es ist besonders wichtig, dass man auch junge Menschen in die Angelegenheiten der Gemeinde oder in politische Prozesse auf lokaler Ebene miteinbezieht. Einerseits schafft man dadurch ein politisches Verständnis, was eine Gemeinde tun kann, aber auch was eine Gemeinde nicht tun kann; wo Verantwortungen enden, wo der Bund oder das Land gefragt sind, Veränderungen zu bringen. Da gibt es ganz konkrete Beispiele wie das aussehen kann. Eines könnte etwa sein, dass man ein partizipatives Budget für Jugend schafft, bei dem man dann auch junge Menschen miteinbezieht. Soll die Gemeinde in einen Parkplatz investieren oder beauftragt man das lokale Busunternehmen drei mal am Tag in die nächste Gemeinde zu fahren, wo es vielleicht einen Supermarkt gibt? Oder Ähnliches. Junge Menschen sollen bei solchen Themen auch mitreden können, damit man mitbekommt, was wichtige Themen sind, die junge Menschen betreffen. Die Jugendlichen, die da mitbestimmen dürften, würden dann bei einem Treffen entscheiden.

Sie sprechen nicht von Jungpolitikern sondern von der Bevölkerung?

Genau. Man könnte einen Ausschuss einrichten, der beispielsweise aus drei gewählten GemeinderätInnen, einer Person von der Gemeindeverwaltung, aus RepräsentantInnen von Jugendorganisationen, MultiplikatorInnen aus der Schule,

Carina Autengruber vertritt als Präsidentin des Europäischen Jugendforums die Interessen von Jugendorganisationen aus ganz Europa – auch gegenüber der EU (auf dem Bild oben rechts mit AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz).

und ein paar individuellen jungen Menschen zusammengesetzt ist – um ein bisschen Diversität zu haben. Ideal wäre es natürlich, wenn so etwas regelmäßig stattfindet. Nicht nur einmal im Jahr, sondern vielleicht drei- oder viermal, sodass eine richtige Struktur dahinter erkennbar wird. Die jungen Menschen werden merken, dass sie sich darauf verlassen können, und gleichzeitig miterleben, dass die Dinge, die sie miteinbeziehen haben, auch tatsächlich passieren. Sie erfahren, dass sie ihren Heimatort aktiv verändern und verbessern können, anstatt den Status quo entweder zu akzeptieren oder wegzuziehen.

Welche Botschaft haben Sie an Österreichs Bürgermeister?

Ich denke, dass gerade auch Gemeinden das Potenzial viel mehr nutzen sollten, neue Politiken auszuprobieren. Im Kleinen kann man oft auch rasch die direkte Wirkung sehen. Mir fällt da das Beispiel „Wählen ab 16“ ein. Da ist Österreich noch immer ein Vorreiterland in Europa, wie auch weltweit. Zuerst wurde das in Wien umgesetzt. Jetzt ist Wien zwar alles andere als eine kleine Gemeinde, aber selbst in diesem Fall hat man kleinere Entitäten verwendet, um Politikprozesse zu testen, zu untersuchen und zu schauen, ob sie funktionieren. Ich würde mir wünschen, dass Gemeinden in dieser Hinsicht noch viel mehr tun, um Beteiligungsprozesse für junge Menschen auszuprobieren. ●



DIE „KOMMUNALEN SOMMERGESPRÄCHE 2019“

„DAS RICHTIGE ZUERST TUN“

„Die Gemeinden schaffen Lebenswelten. Sie sind immer dran, und die Arbeit hört nie auf.“ Mit dieser offensichtlichen Wahrheit grenzte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl den „Arbeitsauftrag“ der Sommergespräche ein. Ein Rückblick.

TEXT // SOTIRIA PEISCHL / ANDREAS STEINER / HANS BRAUN

Die 14. Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee, dem „Zentrum Österreichs“, waren von einigen Veränderungen gekennzeichnet. So brachten die Experten und Vortragenden weitaus mehr internationale Expertise ein. Und es gab einen signifikant höheren Anteil an hochrangigen Vertretern aus der Bankenwelt, der von den Gemeindevandataren anfangs skeptisch beäugt wurde. Aber spätestens auf der Blaa-Alm, dem inoffiziellen Höhepunkt des Netzwerkes, fanden die verschiedenen Gruppen zu einer intensiven Phase des Gespräches und des Ideenaustausches. Dass der Ablauf leicht verändert wurde – strafferes Zeitmanagement, mehr Workshops –, wurde gut aufgenommen. Nur der Zeitpunkt – die Sommergespräche waren nicht mehr wie gewohnt Ende Juli, sondern eben Mitte September – war für zahlreicheres Erscheinen der Bürgermeister nicht eben förderlich.

Zum Start der wichtigsten Denkwerkstatt der österreichischen Kommunen gaben Gastgeber Alfred Riedl und Kommunalkredit-Vorstand Bernd Fislage einen ersten Überblick über das Thema der Sommergespräche.

Im Zentrum stand die Frage nach den Bereichen einer leistungsstarken Infrastruktur. Grundtenor der Experten Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), und Sabine Seidler, Rektorin der TU Wien, war, dass eine leistungsfähige Infrastruktur essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit und den Wirtschaftsstandort ist. „Gerade auch ländliche und

strukturschwächere Regionen müssten gefördert werden, damit ein starkes nationales und internationales Netzwerk entstehen kann, so dass Unternehmen im zunehmenden globalen Wettbewerb bestehen können. Hierfür braucht die Politik neue und innovative Ansätze“, so Marcel Fratzscher. Große Herausforderungen sieht Fratzscher auch bei der Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturen. Ein Blick in strukturschwache Regionen zeigt, dass Menschen gerade dort abwandern, wo Wirtschaft und Unternehmen fehlen. Er hob auch die Bedeutung gleichwertiger Lebensverhältnisse hervor: „Nicht jede Kommune wird erfolgreich sein, aber jede Kommune muss alle Chancen dazu haben.“

Im Anschluss ging es in den Diskussionen mit dem Publikum auch um die „drei P“ – um die Politikrisiken Populismus, Protektionismus und Paralyse. Zwar sei es der Populismus, der aktuell auf Grund von medialen Negativbeispielen am stärksten diskutiert und gefürchtet werde, doch die Experten betonten, dass es die Paralyse sei, von der die größte Gefahr für Gesellschaft und Wirtschaft ausgehe. Zur Paralyse gehören die Angst vor Veränderungen, die Unfähigkeit zur Anpassung und dadurch letztlich auch der Kontrollverlust.

Wirtschaftswissenschaftler Fratzscher gab auch eine Liste an Vorschlägen für die Stärkung strukturschwacher Regionen mit auf den Weg: Bessere Umverteilung bzw. Aufteilung der Finanzmittel, Entschuldung der Kommunen (Stichwort Schuldenschnitt), ein Strukturfonds für den Aufbau bzw. die Sanierung von Infra-



MEHR ZUM THEMA

www.kommunal.de

Mehr über den Vortrag und ein Interview mit Marcel Fratzscher lesen Sie demnächst in Kommunal.de, der deutschen Tochter von KOMMUNAL.



Landeshauptfrau
Johanna Mikl-Leitner,
Gemeindebund-Chef
Alfred Riedl, EFSI-
Direktor Willi Molte-
rer, Kommunalkredit-
Chef Bernd Fislage
– wie immer waren
bei den Sommerge-
sprächen der Gemein-
den viele prominente
Namen zu hören.



Rund 250 Teilnehmer
waren zu den 14. Kom-
munalen Sommergesprä-
chen nach Bad Aussee
gekommen.

» Der politische Druck auf die Bürgermeister steigt. Immer öfter müssen Gemeinden als Ausfallshafter einspringen.«

Alfred Riedl über die realen Bedingungen, mit denen die österreichischen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen klar kommen müssen.

strukturen und Investitionen in die Wissenschaft.

Fratzcher gab auch ganz konkret an, mit welchen Mitteln gegen die Paralyse gearbeitet werden solle. Technologie, Talente, Toleranz – diese drei Ts seien der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg und Stabilität. „Die Politik müsse sich endlich zu Offenheit und Toleranz bekennen, sonst droht ein wirtschaftlicher Abstieg. Zu diesen zählen politische und strukturelle Reformen – insbesondere auch in den EU-Institutionen – sowie fiskalpolitische Maßnahmen“, war die Quintessenz des ersten Tages der Sommergespräche.

Infrastruktur ist Herz der Gesellschaft. Sowohl Alfred Riedl als auch Bernd Fislage betonten eindringlich, dass alle Regionen und Gemeinden gleiche Chancen haben müssten und Infrastrukturinvestitionen wichtig für die Zukunft sind.

Die Gemeinden, die Länder und der Bund sind heute mehr denn je gefordert, die Infrastrukturen von morgen schon heute zu planen und die richtigen Weichen zu stellen. Starke Regionen und Gemeinden gibt es nur mit einer starken und zukunftsweisenden technischen sowie sozialen Infrastruktur. Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl betonte in seinem Impulsreferat, dass die Gemeinden verantwortlich für die Lebenswelten der Menschen sind. Obwohl sie viele Aufgaben haben, schaffen sie einen ausgeglichenen Haushalt und sind auch die größten öffentlichen Investoren. „Der politische Druck auf die Bürgermeister steigt. Immer öfter müssen Gemeinden als Ausfallshafter einspringen. Ob

Arzt, Mobilität, Bankomat oder Post – immer öfter müssen Gemeinden für andere Ebenen einspringen, weil es die direkten Lebenswelten der Menschen trifft“, betonte Riedl.

Mit der Veränderung der Arbeitswelt ergeben sich auch für die Regionen und Gemeinden viele neue Chancen, aber nur, wenn es auch eine brauchbare digitale Infrastruktur gibt. „Die Menschen wollen dort arbeiten, wo sie leben, und mit einer guten technischen und sozialen Infrastruktur sowie mit Mut und neuen Ideen haben auch strukturschwache Regionen eine Chance“, so Riedl.

„Infrastruktur ist das Herz einer jeden Gesellschaft“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Kommunalkredit, Bernd Fislage, zu Beginn seines Referates und forderte auch den Mut zum Handeln ein, in Zukunftstechnologien zu investieren. Wenn man über Infrastruktur spricht, müsse man die gesamte Breite denken, vom Flughafen, über Straßen, bis hin zum öffentlichen Nahverkehr und der Nahversorgung. Mit der Finanzierung in eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur würde der Grundstein für den Wohlstand der nächsten Generationen gelegt werden.

Die Macht der Vernetzung. Einen Einblick von Übersee auf die Veränderungen unseres Lebens durch die Digitalisierung lieferte Prof. Carlo Ratti, Direktor des Senseable City Lab im Massachusetts Institute of Technology (MIT), mit seinem Impulsvortrag zum Thema „Die Macht der Vernetzung – wie das Real Time Village unser Leben verändert.“

» DIE NUTZUNG VON SENSOREN IST NICHT NUR EINE IDEE FÜR DIE GROSSE STADT, SONDERN HAT VOR ALLEM IN KLEINEN GEMEINDEN GROSSE AUSWIRKUNG.«

Prof. Carlo Ratti, MIT

In seinem Vortrag ging der Italiener auf die rasche Veränderung der Bedürfnisse durch die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen ein, indem er anhand von Beispielen aus den Bereichen Verkehr, Mobilität, Architektur, Umwelt und Klima eine Reise in die Zukunft unternahm, die mancherorts längst begonnen hat. Konkret sprach Carlo Ratti von „shareability of networks“, mittels derer viele Prozesse wie gleiche Verkehrswege (beleuchtet u. a. am Verkehrsverhalten in New York) und das Kommunikationsverhalten via Internet (ausgewertet anhand des Verhaltens der User an den WLAN-Zonen am MIS-Gelände) effizienter genutzt werden können.

Einen Schwerpunkt des MIT ([Massachusetts Institute of Technology](https://www.mit.edu)) unter der Leitung von Carlo Ratti bilden die Forschungsprojekte im Bereich des autonomen Fahrens. In New York hat ein Forschungsprojekt zum Thema Intelligente Stadt des MIT ergeben, dass Taxifahrten durch den Einsatz von autonomen Autos eine viel effizientere und kontinuierlichere Nutzung

ermöglichen würden. „Dazu kommt, dass man mit Hilfe der Sensoren, die über das Mobiltelefon übertragen werden, auch eine Menge an Daten zu Straßennutzung, Bremsvorgängen, Unfallprognosen oder sogar zur meteorologischen Entwicklung bzw. zum Klimawandel erfahren kann. Das ist übrigens nicht nur eine Idee für die große Stadt, sondern hat vor allem in kleinen Gemeinden eine große Auswirkung“, macht Ratti den Gemeindevertretern Mut.

Anhand eines weiteren Forschungsprojektes im Bereich der Bauinfrastruktur ging Ratti auf den Einsatz Intelligenter Systeme (Sensoren) für die Überwachung von Brücken ein. „Klassische Inspektion von Brücken ist nicht nur zeit-, sondern auch kostenintensiv. Durch den Einsatz von Sensoren können wir diese teuren und langwierigen Verfahren künftig durch Schwingungsinformationen intelligent beobachten und rechtzeitig Brückeneinstürzen vorbeugen bzw. Sanierungsarbeiten einleiten“, berichtet Carlo Ratti von einem weiteren Forschungsprojekt.

Ein enormes Effizienzpotenzial sieht Carlo Ratti künftig im Bereich der intelligenten Parkraum-, Immobilien- und Verkehrsnutzung. „Derzeit parken unsere Autos 95 Prozent der Zeit. Nur fünf Prozent der Zeit nutzen wir unsere Autos – noch dazu meist nur alleine und nicht effizient mit fünf Personen. Das birgt große Potenziale auch für die Gemeinden, konkret bei der Errichtung von Parkplätzen beispielsweise bei Bahnhöfen etc.“, so Ratti.

Neben den Forschungen im Bereich der Straße, dem Verkehr und der Immobilien befasst



MEHR ZUM THEMA

senseable.mit.edu

Auf den Seiten des MIT sind Visualisierungen der „Intelligenten Stadt“ mit Taxi-Sensoren mit jeder Menge Daten online.

» Wenn man über Infrastruktur spricht, muss man die gesamte Breite denken, vom Flughafen bis hin zum öffentlichen Nahverkehr und Nahversorgung.«

Bernd Fislage mahnt Weitsicht und das „Denken in größeren Zusammenhängen“ ein



Carlo Ratti, Professor am MIT: „Sensoren bringen große Potenziale für Gemeinden, besonders in der Parkraumbewirtschaftung.“



Die Redner und Diskutanten waren diesmal deutlich internationaler als früher. So sprach am Freitag Andreas Dombret von der Columbia University in New York, früher deutsche Bundesbank, mit den Kommunalvertretern.



Marcel Fratzscher, Präsident des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, bezeichnete eine leistungsstarke Infrastruktur als essenziell für den Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit. Dafür müssten gerade ländliche Regionen gefördert werden.



„Wie wird die Infrastruktur der Zukunft fixiert?“ lautete das Thema der abschließenden Diskussionsrunde.

sich Carlo Ratti auch mit Untersuchungen auf dem Wasser. „Auch auf Flüssen bzw. Kanälen, wie beispielsweise in Amsterdam, haben wir durch intelligenten Drohneneinsatz autonomer Boote auf dem Wasser erforscht, wie Menschen künftig transportiert, Müll aus dem Wasser entfernt oder auch Daten durch die Beschaffenheit von Böden für Versicherungen erhoben werden können“, sagt der Direktor des MIT.

Generell sei für die künftigen Infrastrukturplanungen und -entwicklungen ratsam: „Wir sollten bei unseren künftigen Projekten darauf abzielen, für die nächsten 50 bis 100 Jahre zu planen. Der Zeithorizont muss ein anderer werden. Wir sollten uns davon verabschieden, Dinge, die in 20 Jahren unbrauchbar sind, überhaupt anzudenken“, empfiehlt der Experte.

Die „Progressive Provinz“ oder das Zusammenspiel von „Stadt“, „Land“ und „Dorf“. Mit Zukunftsforscher Matthias Horx starteten die Sommergespräche am Freitagmorgen in den Abschlussstag. Horx' Impuls handelte von der progressiven Provinz und warum Regionen, Städte und Gemeinden eine Zukunft haben. Trends der Urbanisierung und der Lokalisierung verbinden sich und bedingen neue Wohnformen und urbanisierte Dörfer und Regionen. Über seinen Vortrag hat KOMMUNAL mit dem Zukunftsforscher gesprochen – den Bericht lesen Sie auf der anschließenden Doppelseite.

Gemeinde-Potenziale aus der Klimakrise. Er kennt die politische Seite wie kaum ein anderer.

» Für Lösungen wie Haushalte, Kapitalmärkte und Public-Private-Partnership-Modelle **braucht es ein klares Regelwerk und eine klare politische Bereitschaft.**«

Wilhelm Molterer, Direktor des EFSI, schlägt ein Kompetenzzentrum für Infrastrukturfinanzierung vor.



MAN UNTERSCHÄTZT OFT DIE WICHTIGKEIT DES LÄNDLICHEN RAUMS.◀

Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau von Niederösterreich, sprach die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit an

Als langjähriger Kommunalpolitiker in Wien ist Christoph Chorherr eine schillernde Persönlichkeit in Österreich. In seinem Blog zum Thema Klimakrise stand vor kurzem: „Was kann Politik wirklich tun, um Klimakrise zu entschärfen? Viel. Das Wichtigste: die Dimension begreifen!“

In seinem Impulsvortrag gab er konkrete Antworten, welche Lösungen er auf die Fragen des Klimawandels hat. Der beste Vergleich sei für Chorherr dabei der Brutalokapitalismus, wie Friedrich Engels in seinem Werk „Lage der arbeitenden Klasse in England“ beschrieben hat. Wer hätte sich 1845 vorstellen können, von einem 8-Stunden-Tag zu reden, ein Recht auf bezahlten Urlaub und Karenz und bezahlte Krankenauszeit zu haben, ein Verbot der Kinderarbeit vorzufinden, eine Arbeitslosenversicherung oder gar eine bezahlte Pension zu haben. All das sei in gut 120 Jahren gelungen. „Jetzt muss es gelingen, eine vergleichbare – heute noch unvorstellbare und tiefere – Umgestaltung in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu erreichen. Denn was heute unvorstellbar ist, wird in zehn Jahren selbstverständlich sein. Und unsere Kinder werden uns schon bald fragen, wieso habt ihr nichts getan, obwohl ihr gewusst habt, wie schlimm es um die ▶▶



weltweite Klimawirtschaft bestellt ist“, mahnt der Familienvater von drei Kindern.

Enormes Potenzial, den Weg der Veränderung zu gehen, sieht Chorherr in der Kommunalpolitik und bei den Bürgermeister: „Keine andere politische Ebene, kann so schnell und unmittelbar Dinge verändern wie die kommunale Ebene“, so Chorherr, der in seinem Vortrag auch einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen durch klimarelevante Maßnahmen wagte. „Schon sehr bald müssen und werden wir auf dem Weg in Richtung Stromwende 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbarer Energie gewinnen.“

Im Bereich der Verkehrswende braucht es aus Sicht des ehemaligen Grün-Politikers eine massive Verstärkung öffentlicher Verkehrssysteme in und zu Ballungsräumen. „Wir werden uns damit anfreunden müssen, dass Autos die Ausnahme sein werden und wie Gasthäuser benutzt werden: Man nutzt sie gelegentlich dann, wenn man sie braucht, besitzt sie aber nicht. Dadurch wird massiv öffentlicher Raum zurückgewonnen. Das heißt, Reduktion der Zahl der Autos um 75-90 Prozent; diese werden völlig abgasfrei betrieben“, so Chorherr.

Hinsichtlich der Landwirtschaftswende werden „die Erkenntnisse und Erfahrungen der ökologischen Landwirtschaft zur Regel werden. Wie es heute unverständlich ist, dass in Sitzungen geraucht wird, wird es ‚no-go‘ sein, mit Chemikalien den Boden, das Grundwasser oder die Insekten zu vergiften“, so Chorherr.

Zusammenfassend gibt Chorherr den Kommunalpolitikern mit auf den Weg: „Gerade in den Gemeinden sollten wir das Potenzial des schnellen und raschen Handelns für den Weg aus der Klimakrise nutzen und auch die Jugend bei ihrem Tatendrang abholen. Das sollten wir uns gemeinsam zum Ziel setzen, weil wir dafür von unseren Kindern zur Verantwortung gezogen werden und weil es auch unser Anspruch sein sollte, alles versucht zu haben.“

Finanzierung der Infrastruktur der Zukunft

Abschließend diskutierte Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit Impulsgebern über die Finanzierungsmaßnahmen, um Österreich fit für die Infrastruktur von morgen zu machen. Zentrale Frage: Wie wird Infrastruktur in Zukunft finanziert werden?

Moderator Meinrad Knapp diskutierte mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, dem ehemaligen Landtags- und Gemeinderat in Wien, Christoph Chorherr, dem Direktor des Eu-



Der Name „Blaa“-Alm könnte auch für „besser locker alles abklären“ stehen. In der amikalen Umgebung einer Bad Ausseer Almhütte lassen sich auch sperrige Themen wie die „Gestaltung kommunaler Infrastruktur der Zukunft“ bereden. Nach dem anfänglich skeptischen „Beschnuppern“ fanden auch so unterschiedliche Gruppen wie internationale Banker und österreichische Kommunalpolitiker zusammen.





MEHR BILDER AUF

[flickr.com/photos/
149585870@N05/albums/
with/72157710685788712](https://www.flickr.com/photos/149585870@N05/albums/with/72157710685788712)

**Auf den Internetseiten des
Gemeindebundes finden Sie
unter *sommergespraeche*.
at ein große Auswahl an
Fotos sowie Berichte und
Video-Streams, wo Sie alle
Vorträge und Diskussionen
nachlesen und nachsehen
können.**

ropäischen Fonds für Strategische Investitionen, Wilhelm Molterer, und den beiden Managern Andreas Dombret und Nikolaus Lang. Große Frage war die Finanzierung der Infrastruktur. Molterer betonte gleich zu Beginn „Die Verschuldung der öffentlichen Hand ist in großem Ausmaß durch konsumtive Ausgaben entstanden. Ohne privates Kapital sind die Investitionen nicht schaffbar.“ Wichtig sind die Haushalte, die Kapitalmärkte und auch Public-Private-Partnership, Modelle. „Für all diese Lösungen braucht es ein klares Regelwerk und eine klare politische Bereitschaft“, so Molterer, der auch vorschlägt, ein Kompetenzzentrum für kommunale Infrastrukturfinanzierung zu schaffen.

Das flächenmäßig größte Bundesland Niederösterreich ist bezüglich Glasfaser-Ausbau besonders gefordert. „Man unterschätzt oft die Wichtigkeit des ländlichen Raums“, betonte Landeshauptfrau Mikl-Leitner und ergänzt weiter: „Je schneller Breitband in ganz Europa verlegt werden kann, desto schneller sind wir natürlich auch im Wettbewerb mit anderen Kontinenten.“ Bei der Frage der digitalen Infrastruktur braucht es laut Mikl-Leitner auch regionale Digitalbeauftragte, die digitale Kompetenzen vermitteln und die Digitalisierung vorantreiben.

Christoph Chorherr brachte auch die Herausforderung des Klimawandels in die Debatte ein. Es sei nicht nur Aufgabe des Staats, sondern aller Bürgerinnen und Bürger, sowie besonders der Gemeinden, deren Leistungen man loben müsse. Laut Nikolaus Lang von der Boston Consulting Group müssen in den nächsten zehn Jahren weltweit 45 Billionen Dollar in die Infrastrukturen investiert werden. Geplant und finanziert sind bisher „nur“ 35 Billionen, womit pro Jahr 1 Billion Dollar für die Infrastrukturen fehlen. „Wir müssen uns die Frage stellen wie wir diese Lücke schließen können“, erklärte Nikolaus Lang und beschrieb dabei neue Bauverfahren, wie autonomes Bauen, 3D-Druck usw. Wilhelm Molterer meinte dazu, es gäbe tatsächlich riesige Potenziale viele Dinge effizienter zu gestalten. Viele Konzepte werden regional entwickelt werden und man müsse die Privatwirtschaft einladen, sich zu beteiligen. „Geld ist genug da, aber wir müssen einen klugen Weg finden, die Geldmittel auch richtig einzusetzen“, so Molterer.

Zum Abschluss schlug Molterer noch vor, das „N“ aus der NÖGIG (NÖ Glasfaser-Infrastruktur-Gesellschaft) zu streichen und daraus eine ÖGIG zu machen, die Erfahrungen und Finanzen bündelt. ●

DIE „PROGRESSIVE PROVINZ“

WARUM REGIONEN, STÄDTE UND GEMEINDEN ZUKUNFT HABEN

Zukunftsforscher Matthias Horx referierte bei den Sommergesprächen 2019 über sich verbindende Trends der Urbanisierung und der Lokalisierung.

TEXT // HANS BRAUN

Horx erläuterte zu Beginn der Sommergespräche die großen Megatrends unserer Zeit. Aber, „jeder Megatrend erzeugt auch einen Gegentrend, woraus neue Möglichkeiten entstehen“, wie Matthias Horx betonte. Bestes Beispiel sind die Versuche, ökologisch vertretbare Mobilitätskonzepte mit Elektroautos umzusetzen. „Und dann schauen Sie mal, was auf den Titelblättern so gut wie jeder Automobilzeitung ist: Amerikanische Muscle-Cars oder italienische Supersportwagen mit Hubraum ohne Ende und 500 PS. Aber das ist das Spiel von Trend und Gegentrend“, so Horx und verwies auf den wachsenden Trend der „Glokalisierung“, also die Verbindung von globalem und lokalem Denken und Handeln. Für ihn gibt es deswegen auch nicht den Widerspruch Stadt gegen Land, sondern nur die Frage, wie beide voneinander profitieren können, wie er auch in seinem Werk „Futopolis“ schreibt.

Für KOMMUNAL nahm sich Matthias Horx Zeit für ein paar ergänzende Fragen.

Das Beispiel „Flexitarismus“, das flexible Reagieren auf Trends, aus Ihrem Vortrag ist aus meiner Sicht auch eine Frage der Bildung. Ist Bildung der Angelpunkt, um mit Veränderungen besser umgehen zu können?

HORX: Immer. Aber wir müssen uns auch bewusst sein, dass das ein Allgemeinplatz ist. Auf vielen Reden, die ich kenne, sagt man ‚Bildung‘, wenn einem nichts mehr einfällt.

Bildung ist ja nicht nur Abschlüsse und Spezialisierungen, sondern ist letzten Endes auch Herzensbildung, ist Weltverständnis und vieles, was man unter menschlicher Kompetenz versteht. Das haben wir aber oft zu sehr formalisiert. Bildung muss man heute neu denken. ...

Diese Art der Wesens- oder Herzensbildung kann man aber nicht an Schulen auslagern.

Eine gute Schule kann das. Die kann auch Problematiken, die aus dem Elternhaus kommen, kompensieren. Unser Bildungssystem ist stark geprägt von der Idee der Ausbildung für den späteren Beruf. Aber das menschliche Wesen braucht auch sowas wie Werte, wie Haltung, wie Verankerung und mehr.

Die von Ihnen angesprochene Systematik von „Trend und Gegentrend“ wird bei jenen, die sich für „benachteiligt“ halten, vermutlich eine Menge Angst auslösen. Und wenn Angst Gewalt erzeugt, steigt auch das Konfliktpotenzial.

Eben, aber das war nie anders. In unserer Zeit, wo alles nach dem Aufbau des materiellen Wohlstands strebt, da sind die Dinge einfach. Nach den 30, 40 Jahren des Aufbaus kommen wir in eine Phase der notwendigen Irritation. Es ist einfach nicht mehr sicher, dass uns die weitere Steigerung des Bruttosozialproduktes eine höhere Lebensqualität verschafft. Auf der anderen Seite ist es eine Chance, unsere Wertigkeiten zu überdenken. Das spiegelt sich auch in der Kommunalpolitik. Wenn man früher



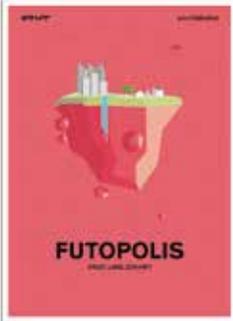
LINKS ZUM THEMA

Der Vortrag von Matthias Horx ist auf

[gemeindebund.at/ksg-fotos-berichte/](https://www.gemeindebund.at/ksg-fotos-berichte/)

als Videostream nachzulesen. Hier finden Sie auch alle Berichte, Fotos und Videos von den Kommunalen Sommergesprächen 2019

Matthias Horx bei den Kommunalen Sommergesprächen 2019.



„Städte sind mehr als Orte. Durch neue Formen der Vernetzung und Mobilität wird Urbanität vor allem zu einer neuen Lebens- und Denkweise.“ Und „das urbanisierte Dorf lebt von ruralem Charme und städtischer Denke.“ Zwei Kernaussagen von Matthias Horx in seinem Werk „Futopolis – Stadt, Land, Zukunft“, in dem er aufzeigt, dass ein gesunder ländlicher Raum für die Stadt essentiell ist – und umgekehrt. Zu beziehen bei [zukunftsinstitut.at](http://www.zukunftsinstitut.at)

dachte, man muss was tun, hieß es, wir brauchen ein neues Gewerbegebiet. Heute fängt man langsam an, darüber nachzudenken, dass es auch sowas wie die Seele eines Ortes, ihre Bewohner und die Kommunikation untereinander gibt. Die Frage des Verhältnisses zu den Bewohnern stellt sich heute auch oft – und oft mit der Conclusio, dass wir eine neue Form von Demokratie brauchen.

Wir nennen das „Design Democracy“ – wir brauchen eine neue Form der Demokratie, eine, die tatsächlich funktioniert, um nicht nur Unmut, Protest und eine „wir wollen mehr Subvention-Stimmung“ zu schüren, sondern mehr Partizipation zu generieren. Hier kann man sich aber Beispiele aus den angelsächsischen oder aus skandinavischen Ländern ansehen, die sind teils viel weiter als wir.

Reicht die Zeit, dass wir die von Ihnen angesprochene „notwendige Irritation“ auch erleben?

Die Rufe, dass wir „keine Zeit mehr hätten“, ist der übliche Alarmismus. Wir haben so viel Zeit, wie wir uns Zeit nehmen. Die Menschen sind immer schon adaptiv gewesen, haben sich angepasst und soziale Strukturen und Techniken entwickelt, um überall auf der Welt überleben zu können. Wir werden auch auf einem wärmeren Planeten überleben. Müssen. Oder können. Das ist aber gar nicht die Frage. Ich halte es für einen Trick, um Aufmerksamkeit zu erreichen. Im Moment werden alle Leute hektisch, um dann aber im nächsten Moment zu resignieren. Ich glaube auch nicht, dass es zu einem großen Zusammenbruch kommt. Das sind alles dystopische* Phantasien, die schon so alt sind wie die Religion.

Man muss aber wissen, dass die Möglichkeiten zur Weltgestaltung und die technischen Voraussetzungen – Nahrungsmittelproduktion, Bewässerung, Energie – zur Reaktion auf Entwicklungen heute unendlich viel höher sind als früher. Nur die geistigen Möglichkeiten hinken hinterher. Wenn aber beides zusammenkommt, die

* Eine Dystopie, auch Antiutopie, selten auch Kakotopie oder Mätopie genannt, ist ein Gegenbild zur positiven Utopie. Sie entwirft ein zukunfts pessimistisches Szenario von einer Gesellschaft, die sich zum Negativen entwickelt, und stellt somit einen Gegenentwurf zu Thomas Morus' Utopia dar. Häufig wollen die Autoren dystopischer Geschichten mit Hilfe eines pessimistischen Zukunftsbildes auf bedenkliche Entwicklungen der Gegenwart aufmerksam machen und vor deren Folgen warnen.

geistigen und technischen Möglichkeiten, sind wir als Spezies in der Lage, großartige Dinge zu bauen. Wir haben großartige Städte, wir leben in Komfortabilitätszonen, die wir gar nicht schätzen können.

Die Welt war auch noch nie so friedlich wie heute, auch wenn es immer heißt, die Welt wird brutaler. Das stimmt nicht – und es ist auch unwahrscheinlich, dass die brutale Zeit von früher wieder zurückkommt.

Was ist die Aufgabe der kleinen Gemeinden? Einfach nur gute Beispiele bringen?

Die Aufgabe einer Gemeinde ist immer, eine Lebensqualität für ihre Bewohner zu garantieren, die Bewohner zu halten. Ich plädiere dafür, auch hier eine Form höherer Gelassenheit walten zu lassen. Es wird viele Gemeinden geben, die weiterhin Bevölkerung verlieren werden, weil die Verstädterung ein Megatrend ist. Aber es gibt auch Chancen für eine Renaissance, für Wiederkehr der Menschen. Viele kommen ja auch wieder zurück in ihren Heimatort.

Aber dann heißt es letzten Endes, die nächste Gemeinde zu erfinden. Also die Zukunftsgemeinde. Dort geht es um Positionierung, was ist mein Lagenvorteil, wo kann ich Dinge machen, die andere noch nicht gemacht haben, wo kann ich nach außen sichtbar werden. Auch das, was „Provinzia“ immer war, nämlich Langeweile, zu überwinden.

Es gibt ja den Verein Zukunftsorte schon genauso wie es ein Projekt für die Heimkehrer (das Konzept nennt sich „Ausheimische“) schon gibt.

Ich kann Ihnen Hunderte von Beispielen geben, wie sich Dörfer, Kleinstädte und Regionen neu erfinden, die tolle Storys und tolle Projekte machen. Nur sind diese Geschichten oft nicht bekannt. Die beschämen uns dann ja auch oft, weil man ja wie in der ganzen Zukunftsdebatte die positiven Beispiele oft nicht wissen will. Es gibt auch sowas wie Zukunftsneid – der macht sich dann in Jammerei und Kritizismus bemerkbar. Diese Art von konservativer Gemeinde, die sich in die Jammerei und die Negativität einschließen, die haben ihre Zukunft tatsächlich verspielt. ●

REDAKTIONELL gekürzt. Das ganze Interview lesen Sie auf <https://kommunal.at/artikel/die-progressive-provinz>

BUNDESKONFERENZ DER FREIEN BERUFE ÖSTERREICHS (BUKO)

FÜR WOHNORTNAHE ÄRZTLICHE VERSORGUNG



Eine IMAS-Studie, die die Österreichische Ärztekammer durchgeführt hat, zeigt: Wohnortnahe medizinische Versorgung ist den Österreichern äußerst wichtig. Österreicher wollen ihren Hausarzt in der unmittelbaren Umgebung, gefolgt vom Facharzt und vom Krankenhaus. Diese Versorgung sicherzustellen, ist eine der künftigen Hauptaufgaben.

Österreicherinnen und Österreicher ab 16 Jahren legen großen Wert auf die medizinische Versorgung in der eigenen Wohnortgegend, lautet eine der Kernaussagen der 2018 durchgeführten IMAS-Studie. Dabei spielen Hausärzte und die wohnortnahe Medikamentenversorgung eine wesentliche Rolle für die Gesundheitsversorgung. Der Facharzt und das Krankenhaus in der unmittelbaren Umgebung sind für mehr als die Hälfte der befragten Österreicherinnen und Österreicher sehr wichtig. Zudem, so das Ergebnis einer diesjährigen Umfrage, vertrauen die Österreicherinnen und Österreicher niemandem so sehr wie ihrem Hausarzt: 48 Prozent vertrauen „ihrem“ Allgemeinmediziner „voll und ganz“, weitere 42 Prozent vertrauen ihm „überwiegend“.

Versorgung gefährdet. Doch die wohnortnahe Versorgung ist durch den aktuellen Ärztemangel deutlich gefährdet. Vor allem in ländlichen Regionen, aber mittlerweile auch schon in Wien und

„ Wir brauchen Investitionen, wenn wir unser gutes Gesundheitssystem **auch in Zukunft auf dem gewohnten und verdienten Niveau halten wollen.**“

Umgebung, wird es immer schwieriger, Kassenstellen zu besetzen. Früher war es undenkbar, dass eine Kassenstelle mehrfach ausgeschrieben werden musste, heute ist es fast an der Tagesordnung. Besonders bei den Allgemeinmedizinerinnen, Gynäkologen und Kinderärzten spitzt sich die Lage immer weiter zu. Viele Gemeinden sorgen sich bereits um die ärztliche Versorgung ihrer Bürger. „Andere Gemeinden leisten sich ein Schwimmbad, wir leisten uns einen Arzt“, erzählte ein niederösterreichischer Bürgermeister unlängst im ORF.

„In einzelnen Fächern sind schon jetzt mehr als zehn Prozent der Ärzte über 65 Jahre alt und könnten daher jederzeit in Pension gehen. Nur weil Ärzte generell länger arbeiten als die meisten anderen Berufsgruppen, kann die Versorgung noch aufrechterhalten werden“, sagt Johannes Steinhart, Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer und Bundeskurienobmann der niedergelassenen Ärzte. Ohne diese besondere Hingabe an den Beruf gäbe es schon jetzt

FOTOS // Ärztekammer / shutterstock

**BU
KO**

A ÖSTERREICHISCHE APOTHEKERKAMMER

NOTAR.AT

VET

zt ZUSAMMENHANG DER ZULASSUNGSBEREICHEN (AÖZB)

ÖSTERREICHISCHE ZAHNÄRZTEKAMMER

ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWÄLTE

ÖFZ ÖSTERREICHISCHE FACHZÄHNERKAMMER

DIE ÖSTERREICHISCHEN RECHTSANWÄLTE

ÖSTERREICHISCHE ZAHNÄRZTEKAMMER

**Bundeskonzferenz
der Freien Berufe
Österreichs**

KONTAKT

Österreichische Ärztekammer
Weihburggasse 10-12
1010 Wien
Telefon: +43 1 51406-3000
Mail: post@aerztekammer.at
Web: aerztekammer.at





Menschen, die jahrzehntlang Beiträge geleistet haben, müssen sich auch im Alter **auf ein soziales Gesundheitssystem und qualitative Versorgung verlassen können.**“

Thomas Szekeres,
Präsident der Österreichischen Ärztekammer.

in vielen Fächern substanzielle Probleme. „Das unterstreicht einmal mehr unsere Forderungen, dass die kassenärztliche Tätigkeit deutlich attraktiver werden muss. Das heißt unter anderem weniger Bürokratie, ersatzlose Streichung von Deckel und Degressionen sowie das Schaffen des Facharztes für Allgemeinmedizin. Den politischen Verantwortlich muss klar sein: Wenn man will, dass Ärzte in Österreich bleiben und nicht abwandern, dürfen die Rahmenbedingungen der ärztlichen Tätigkeit bei uns nicht schlechter sein als in anderen Ländern.“

1300 neue Kassenstellen gefordert. Angesichts der zu geringen Honorierung für Allgemeinmediziner als Kassenärzte müsse man sich nicht wundern, dass immer weniger Studierende erwägen, Allgemeinmediziner zu werden, obwohl sie grundsätzliches Interesse hätten, meint Thomas Szekeres, Präsident der Österreichischen Ärztekammer: „Die Arbeitsumstände erscheinen ihnen zu widrig, das Risiko teilweise zu hoch“.

**Top-Vertrauensindex:
90 Prozent der Österreicher und vertrauen „ihrem“ Hausarzt ‚voll und ganz‘ oder ‚überwiegend.**

Zur Attraktivierung von Kassenstellen werde es natürlich mehr Geld im Gesundheitssystem brauchen. „Ein reiches Land wie Österreich muss sich das leisten können. Wir brauchen Investitionen, wenn wir unser gutes Gesundheitssystem auch in Zukunft auf dem gewohnten und verdienten Niveau halten wollen“, sagt Szekeres: „Menschen, die jahrzehntlang Beiträge geleistet haben, müssen sich auch im Alter auf ein soziales Gesundheitssystem und qualitative Versorgung verlassen können.“ Zur Stärkung des niedergelassenen Kassenbereichs fordert die Österreichische Ärztekammer daher schon länger zusätzliche 1300 Kassenstellen, was kürzlich auch im ÖÄK-Forderungskatalog an die zukünftige Bundesregierung festgehalten wurde. Nur so können die Österreicherinnen und Österreicher auch in Zukunft auf „ihren“ Hausarzt vertrauen.

[Mehr Infos auf aerztekammer.at](http://aerztekammer.at)

DIE KAMMER

Die ÖÄK versteht sich stellvertretend für die Ärzteschaft als tragendes Element des österreichischen Gesundheitswesens. Sie setzt Initiativen, um das soziale österreichische Gesundheitssystem dynamisch an die sich ändernden Voraussetzungen in Staat und Gesellschaft anzupassen.

AUFGABEN

Die Österreichische Ärztekammer vertritt die wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Interessen der österreichischen Ärzteschaft. Sie ist zuständig sofern die Interessen von zwei oder mehreren Landesärztekammern betroffen sind. Darüber hinaus hat die ÖÄK auch eine Vielzahl behördlicher Aufgaben, wie etwa die Anerkennung von Ausbildungsstätten und Ausbildungsstellen, die Anerkennung von Ausbildungen oder die Eintragung in die Ärzteliste.

WIRTSCHAFTSFAKTOR ÄRZTE/ÄRZTINNEN

8085 Turnusärzte
14.805 Allgemeinmediziner
23.246 Fachärzte
201 Approbierte Ärzte

GENUSS REGION

ZURÜCK ZU DEN WURZELN

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) hat die AMA-Marketing mit 1. August 2019 mit der Verwaltung der Marke „Genuss Region Österreich“ beauftragt.

Unsere Bäuerinnen und Bauern liefern sichere, gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel in höchster Qualität. Die Konsumentinnen und Konsumenten wissen nachhaltige heimische Erzeugung zu schätzen: Immer mehr Menschen achten auf die Herkunft und setzen bewusst auf regionale und saisonale Produkte.

Um den Trend regionaler Lebensmittel gezielt zu verstärken, wird die Kraft der vielen kulinarischen und regionalen Initiativen Österreichs jetzt gebündelt und in eine gemeinsame Richtung weiterentwickelt.

Neue Kulinarik-Strategie: Im Jahr 2004 wurde die Initiative „Genuss Region Österreich“ vom damaligen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) und der AMA-Marketing gemeinsam gestartet.

Die Marke konnte sich rasch als Symbol für authentische, regionale und zugleich vielfältige Produkte, kurze Transportwege sowie nachhaltige Erzeugung etablieren. Im Rahmen der neuen Kulinarik-Strategie Österreich soll die Initiative zukunftsorientiert weiterentwickelt werden.

Neue Anlaufstelle. Im Auftrag des BMNT hat die AMA-Marketing mit 1. August 2019 die Verwaltung der Marke „Genuss Region Österreich“ übernommen. Dazu wurde der Vertrag mit dem Verein Genuss Region Österreich (Dachverband) bzw. der GenussRegionen Marketing GmbH (GRM) gekündigt. Dieser Schritt hat keine Auswirkungen auf die bestehenden Nutzungsvereinbarungen: Lizenznehmerinnen und Lizenznehmer können die Marke im Rahmen der abgeschlossenen Verträge weiterführen. Neue Projektanträge der Genuss Regionen vor Ort und Anfragen zu Nutzungsver-

einbarungen sind allerdings ausschließlich über die AMA-Marketing abzuwickeln.

Weitere Information unter:
www.bmnt.gv.at/land/lebensmittel/genuss-region-oesterreich

AMA-Marketing

Kontakt: **kulinarik@amainfo.at**
bzw. **050/3151 4852**

Anmeldung zum Newsletter über konkrete Aktivitäten im Zuge der Kulinarik-Strategie Österreich:
kulinarik@amainfo.at

BROSCHÜRE

Energieeffiziente Monitore und Drucker

Welche aktuellen Trends und neue Technologien gibt es am Markt? Wie wähle ich ein passendes Gerät für meinen Bedarf? Welche Labels sagen mir etwas über den Energiebedarf und damit über die laufenden Kosten? Was kann ich bei der Nutzung beachten, um ohne Komfortverlust Strom und Verbrauchsmaterial zu sparen? Wo finden auch professionelle Beschafferinnen und Beschaffer die besten energiesparenden, aktuell in Österreich erhältlichen Geräte und Produkte? Nützliche Tipps finden Sie auf topprodukte.at bzw. in der neuen klimaaktiv Broschüre „Effiziente TV-Geräte, Monitore und Drucker“ unter www.klimaaktiv.at/service/publikationen/energiesparen

SERVICEPLATTFORM

So einfach geht Klimaschutz

Von E-Auto-Förderungen über Energiesparen bis zum richtigen Heizen – auf der neuen Plattform tipps.klimaaktiv.at gibt es immer aktuelle Informationen, Tipps und Tricks für einen klimafreundlichen Lebensstil.

Viele Menschen stellen sich die Frage, was sie konkret tun können, um eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für sich und die nachfolgenden Generationen zu sichern. Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) bietet im Rahmen seiner Klimaschutzinitiative klimaaktiv eine neue service-

orientierte Informationsplattform für einen klimafreundlichen Lebensstil.

Infomails und Blogbeiträge mit nützlichen Klimaschutz-Tipps. Neben Blogbeiträgen auf tipps.klimaaktiv.at, die in verschiedenen Themenschwerpunkten über klimafreundliche Aktivitäten und Alternativen informieren, werden vom Nachhaltig-besser-Team des BMNT regelmäßig Infomails mit Tipps und Tricks zum nachhaltigen Lebensstil versandt. So sollen in den Bereichen Mobilität, Bauen und Sanieren, Energiesparen und

erneuerbare Energien Möglichkeiten aufgezeigt werden, den eigenen ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Der erste Themenschwerpunkt E-Mobilität gibt zum Beispiel Auskunft über die Vorteile, Förderungen und Effizienzsteigerungen, die mit dem Umstieg auf elektrische Antriebe langfristig einhergehen.

INFOS

Alle Infos, Tipps und Tricks gibt es unter tipps.klimaaktiv.at



Volle Power für die Umwelt!

Jetzt 3.000 € für ein Elektro-Auto abholen!

 **Bundesministerium Nachhaltigkeit und Tourismus**

Steigen Sie jetzt mit Strom aus erneuerbarer Energie auf ein Elektro-Auto, Elektro-Moped oder Elektro-Transportrad um und holen Sie sich Ihren E-Mobilitätsbonus für Ihr neues Fahrzeug! Unter www.bmnt.gv.at/foerderungen finden Sie alle Details zur Förderung. Darüber hinaus bekommen Sie auf www.nachhaltigkeit.at nützliche Alltagstipps rund um einen nachhaltigen Lebensstil. **Denn wer bewusst lebt, lebt besser. Nachhaltig besser.**

GESTALTEN & ARBEITEN

„BRANDING“

Die Marke „Stadt“
einmal anders sehen
Seite 66

BETEILIGUNG I

Begleitetes Wohnen
deckt Bedürfnisse
Seite 68

BETEILIGUNG II

Wie Betroffene
mitentscheiden
Seite 76

SCHNEERÄUMEN IST (K)EINE WISSENSCHAFT



FOTOS // photoschmidt / shutterstock

Das Bild von Schneeräumfahrzeugen kennt jeder von uns. Seit der Kindheit. Welche Entwicklungen seit dieser Zeit im Winterdienst stattgefunden haben, erkennt der Laie beim Anblick eines Schneepfluges hingegen kaum. Dabei steckt heute eine Menge Technik und Know-how im immerwährenden Kampf gegen das Schneechaos.

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Schneeräumen ist keine Wissenschaft. Im Prinzip ist es höchst simpel: Der Schnee muss weg, und mit Schaufel oder Salz ist eigentlich jeder im Stande, den winterlichen Niederschlag zu beseitigen - im Kleinen wohlgemerkt. Denkt man eine Nummer größer, an öffentliche Straßen, scheint die Sache immer noch klar und einfach. Gut, man braucht maschinelle Unterstützung, um die Flächendimensionen zu bewältigen. Die Lösung dafür heißt Schneepflug, und dessen Funktionsweise ist simpel. Man sollte allerdings nicht den Fehler machen, in dieser Analogie weiterzudenken, denn der Winterdienst für eine ganze Kommune ist mehr als nur die Herausforderung, bei einsetzendem Schneefall möglichst schnell das gesamte Straßennetz mit räumenden Schwerverzeugen abzufahren. Um einen für die Bevölkerung zufriedenstellenden Straßenzustand herzustellen und aufrecht zu erhalten, gleichzeitig aber auch wirtschaftlich und umweltschonend zu arbeiten, ist eine Menge an spezifischem Wissen notwendig.

Organisation, Logistik, Technik oder Chemie, sind nur einige der Themenfelder, in denen seit Jahrzehnten Forschungsprojekte und Entwicklungen rein für die Verbesserung des Winterdienstes vorangetrieben werden. Für Otto Normalverbraucher sind die Fortschritte, die in den vergangenen Jahren im Winterdienst stattgefunden haben, nicht unbedingt ersichtlich. »

Die großen Räumfahrzeuge sehen nicht wesentlich anders aus als vor 40 Jahren, als Autofahrer sind sie einem noch immer zu langsam unterwegs, und als Fußgänger viel zu laut. Dennoch, die technologischen Fortschritte im Winterdienst sind bemerkenswert.

Besonders viele Untersuchungen wurden auf dem Gebiet des Streuguts angestellt. Streustoffe sind neben dem Schneeräumen die wichtigste Maßnahme gegen Winterglätte. Sie müssen dabei vielfältige und teils gegensätzliche Anforderungen erfüllen. Im Grunde teilen sie sich in zwei Gruppen: solche mit abstumpfender Wirkung, wie zum Beispiel Splitt oder Asche, und solche mit tauender Wirkung, in der Regel Metall-Chloride, also Salze. Durch zahlreiche wissenschaftliche Versuche hat man versucht, das optimale Streugut zu finden. Natürlich gibt es nicht das eine, ideale Streumittel. Vielmehr hängt es von den jeweiligen Parametern ab, welcher Stoff am geeignetsten ist, um gestreut zu werden.

Ein Faktor ist etwa die Temperatur. Üblicherweise ist Natriumchlorid das gängigste Tau-mittel. Bei Temperaturen unter minus 15 °C hingegen sind Magnesiumchlorid und Calciumchlorid wirksamer. Eine anderer Faktor ist die Schnee-/Eislage. Salz kann nur Schneemengen bis maximal 1 cm Höhe tauen. Ohne Räumung ergibt das Salzstreuen bei Schneelage also nur manchmal Sinn. Selbst wenn die Fahrbahn schnee- und eisfrei ist, kann gestreut werden müssen. Bei der Präventivstreuung wird heutzutage üblicherweise reine Sole (Salzlösung) ausgebracht. Damit wird ein Salzfilm auf die Fahrbahnoberfläche gelegt, der Glatteis vorbeugen kann. Die Sole hat den Vorteil, dass sie im Gegensatz zum Salz oder Splitt nicht durch Wind bzw. Autoreifen vertragen wird. Zwischen dem trockenen Salz und der flüssigen Sole gibt es zudem noch variable Feuchtsalzgemische, die das Trockensalz als Streumittel seit den 80er-Jahren sukzessive verdrängt haben. Bewährt hat sich das „FS30“, wobei FS für Feuchtsalz steht und dreißig den prozentualen Soleanteil des Gemisches beschreibt. Reine Sole trägt demnach die Bezeichnung FS100, da der Soleanteil hundert Prozent beträgt. In den letzten Jahren wird zudem vermehrt auch FS5 und FS50 eingesetzt. Egal welches Streumittel in welchem Verhältnis oder Zustand verwendet wird – beim modernen Winterdienst wird immer zuvor ermittelt,



WAS IST DER EUTEKTISCHE PUNKT?

Der eutektische Punkt gibt die theoretische Einsatzgrenze eines tauenden Streustoffs an.

Natriumchlorid

-21 °C

Magnesiumchlorid

-33 °C

Calciumchlorid

-55 °C

welches Streugut für die aktuelle Straßenlage und die prognostizierten Wetterereignisse am geeignetsten ist. Übrigens auch im Hinblick auf die Umweltverträglichkeit. Auch wenn nach wie vor Salze die dominierenden Streumittel sind, konnte durch neue Streutechniken ihre Effektivität signifikant erhöht werden. Die Menge an Salz, die beispielsweise zur Präventivstreuung verwendet wird, beträgt heute nur mehr 5 bis 10 Gramm pro Quadratmeter. Das ist etwa so viel wie ein gestrichener Teelöffel Salz. Die Verantwortlichen nehmen es mit der Auswahl des Streuguts sehr genau, ermitteln penibel mithilfe von Gefrier- und Lösungskurven, Streudichte-Berechnungsmodellen die optimale Art und Menge. Die Dosiergenauigkeitsprüfungen, denen die hochverschleißenden Winterdienstmaschinen regelmäßig unterzogen werden, sind ebenso Standard.

Die größten Probleme für Tiere und Pflanzen verursacht im Jahr 2019 übrigens nicht das Salz der professionellen Winterdienste, sondern jenes, das Privatpersonen beim Gehsteigstreuen vor ihren Häusern in rauen Mengen verteilen, nach dem Motto „Besser zuviel als zuwenig“ und in der Hoffnung, dadurch länger Ruhe vor einem neuerlichen Räumeeinsatz zu haben.

Nicht nur bei den Streustoffen gab es Innovationen. Die gesamte Winterdiensttechnik hat in den letzten Jahrzehnten einen hohen technischen Stand erreicht. In den 80er-Jahren war



die schon erwähnte Feuchtsalztechnologie die wentslichste Neuerung. Die 90er-Jahre waren durch Verbesserungen des Bedienkomforts und der Dosiergenauigkeit gekennzeichnet, und in den Jahren ab 2000 fand die automatische Erfassung von Betriebsdaten in Verbindung mit der Ortsbestimmung mittels GPS immer weitere Verbreitung. Außenstehenden blieben diese Entwicklungen eher verborgen. Am ehesten sichtbar wurden sie bei den Streugeräten, denn das Feuchtsalz erforderte auch Anpassungen der Gerätschaften, speziell deren Streuteller. Das sind jene rotierenden Scheiben, die das Streugut hinter dem Fahrzeug gleichmäßig verteilen. Bei einer Feuchtsalzstreuung werden Sole und Trockensalz einzeln auf den Streuteller gespritzt, das Salz erst dort angefeuchtet und unmittelbar ausgebracht. Doppelteller, Kombistreuer und Sprühsysteme sind die offensichtlichsten Veränderungen, aber bei weitem nicht die einzigen.

Die Palette an einsetzbaren, teils hochspezialisierten Räum- und Streumaschinen wächst stetig an, auch weil sich die Anforderungen an den Winterdienst im Laufe der Zeit verändert haben. Extremwetterereignisse nehmen zu, und insbesondere in Städten gibt es ein immer größeres Aufkommen an Fahrradverkehr und damit einhergehend die Qualitätsansprüche an den Winterdienst. Lange Jahre wurden auf Radwegen ausschließlich abstumpfende Streustoffe ausgebracht, mittlerweile gibt es eigene Sprühschmaschinen für den Rad- und Gehsteigbereich.

Rund 71 Prozent aller österreichischen Straßen fallen unter die Zuständigkeit von kommunalen Winterdiensten.

Der Winterdienst erschöpft sich nicht nur im Einsatz von Räum- und Streugerätschaften.

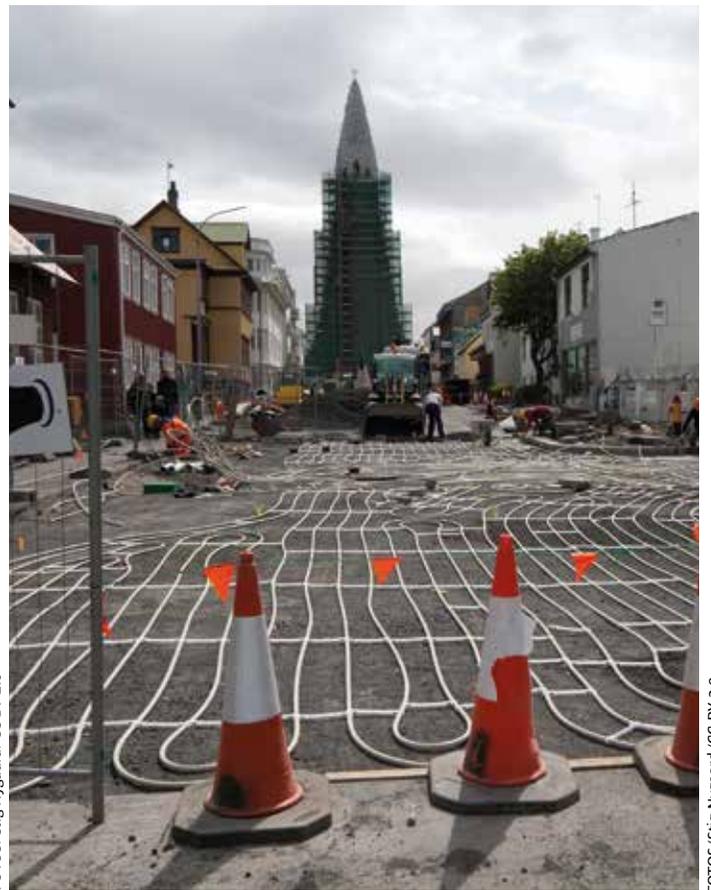
Ein ganz wesentlicher Anteil eines erfolgreichen Winterdienstes liegt in der genauen Vorbereitung, denn eines ist klar: Setzt der Schneefall ein und Glätte tritt auf, muss bereits alles bestmöglich geplant und organisiert sein.

Vom letztendlich nie präzise vorhersehbaren Wetter abhängig sind im Einsatzfall sämtliche Kräfte mit der Akutsituation beschäftigt. Deshalb ist alles, was irgendwie möglich ist, im Vorfeld zu erledigen. Das reicht von der Erhebung des Straßenzustandes (mittlerweile digital und fallweise automatisiert) über die Berechnung der einzulagernden Streumittel, das Erstellen von Räumplänen bis hin zur Schulung der Mitarbeiter. Die ist nicht zu unterschätzen, denn ein Schneepflugfahrer sollte im Idealfall jeden Kanaldeckel kennen und auch bei durchgängiger Schneedecke noch wissen, wo darunter problematische Stellen auf der Route liegen. Mit Ausnahme vielleicht des Mitarbeitertrainings werden die genannten Aufgaben heute alle mithilfe moderner Technik bewältigt. Hochrechnungsprogramme, Analysetools, und die GPS-gestützte Routenoptimierung erfordern von den Mitarbeitern des Winterdienstes weitaus höhere und umfangreiche Kenntnisse als früher.

Die jahrzehntelangen Bemühungen, den Winterdienst effizienter, sparsamer und umweltfreundlicher zu machen, haben zwar enorme Verbesserungen gebracht. Die grund-»



FOTOS/ Stig Nygaard / CC BY 2.0



FOTOS/ Stig Nygaard / CC BY 2.0

sätzliche Herangehensweise von Räumen und Streuen ist im Prinzip jedoch gleich geblieben. Bis jetzt. Dass das in Zukunft nicht immer so bleiben muss, oder besser gesagt nicht nur so bleiben muss, zeigen alternative Methoden wie etwa Straßen- oder Fahrbahnheizungen. Solche werden entweder mit Strom oder mit Erdwärme beheizt.

Die Straßenheizung mittels Strom ist wahrlich keine neue Idee. Schon seit Jahrzehnten gibt es immer wieder Ambitionen, solche zu realisieren. Das Erwärmen der Heizdrähte verbraucht allerdings 400 Watt pro Quadratmeter. Anders gesagt, um eine Fläche von 300 m² einen Tag lang zu heizen, benötigt man den Jahresstrombedarf einer Familie. Das belegt der Verbrauch einer derartigen Heizung in Berlin. Die Straßenheizung weist also eine äußerst schlechte Umweltbilanz auf und ist ähnlich sinnvoll wie die Heizschwammerl für Schanigärten im Winter. Auch in Österreich gab es Bestrebungen für den Bau derartiger Freiflächenheizungen, wie sie sonst nur unter Fußballfeldern oder Start- und Landebahnen üblich sind. In den 90er-Jahren überlegte man ein Areal rund um die Wirtschaftsuniversität in Wien zu beheizen, doch verwarf man den Gedanken letztendlich ebenso wie die Frohnleitner ihre Idee, den Hauptplatz zu beheizen. Vor sechs Jahren wünschte sich der Kitzbüheler Tourismusverband einen beheizten Stadtplatz. Im US-amerikanischen Nobelskiort

Links: In der Stadt Holland (Michigan, USA) werden 4,9 Meilen Gehweg beheizt. Die Jogger freut's!

Rechts: Baustelle in Islands Hauptstadt Reykjavík: Hier wird eine Straßenheizung verlegt, die künftig den Winterdienst obsolet machen und die Lebensdauer der Straße verlängern soll.

gibt es das schließlich auch. Die Politik erteilte der Tourismusobfrau eine Absage, die für die Heizung unter anderem mit durch Schneematsch verschmutzten Geschäften argumentierte. Eine Parallele zur US-Stadt Holland. In der war nicht die Einsparung des Winterdienstes oder irgendein Umweltgedanke die treibende Kraft, das größte gemeindeeigene Straßenheizsystem Nordamerikas zu bauen, und mit „Snowmelt“ knapp acht Kilometer Gehwege zu beheizen. Das Stadtzentrum und dessen Geschäfte gegenüber der Konkurrenz an Shopping-Malls aufzuwerten, war vielmehr die eigentliche Motivation.

Das Heizen der Straße mit Geothermie hingegen hat Zukunft, besonders in Regionen, in denen Erdwärme bereits in geringerer Tiefe erreichbar ist. Das eigentliche Heizen funktioniert also mit erneuerbarer Energie vor Ort, die die Flüssigkeit, die durch Schläuche unter der Straßendecke fließt, temperiert. Nur die Waspumpen benötigen noch Strom, der natürlich auch wieder lokal und erneuerbar gewonnen werden könnte. In Skandinavien und besonders auf Island sind Straßenheizungen schon länger üblich. In Island wird sogar Abwasser in Straßenheizungen eingeleitet, das mit 30–40 °C immer noch ausreichend Restwärme hat. Pilotprojekte in Deutschland verliefen ebenso vielversprechend. Eine 135 m lange Straßenheizung auf einer Gefällsstrecke in Bayern soll



eVito Kastenwagen lang
85 kW (116 PS), Vorderradantrieb,
2 Sitze

ab **€ 41.990,-¹**
exkl. MwSt.

eVito Tourer lang
85 kW (116 PS), Vorderradantrieb,
8 Sitze

ab **€ 41.200,-¹**
exkl. MwSt.

4 Jahre
Service
inklusive



Betriebsklimafreundlich.

Der neue eVito. Unser Transporter mit Elektroantrieb und geringen Emissionen.
www.mercedes-benz.at/evans

Voll förderfähig!²

Profitieren Sie von der staatlichen E-Mobilitätsoffensive:

bis zu **€ 10.000,-**
beim eVito Kastenwagen

bis zu **€ 3.000,-**
beim eVito Tourer

Stromverbrauch kombiniert: 20,5–25,0 kWh/100 km³,
elektrische Reichweite kombiniert: 150–186 km^{3,4}, CO₂-Ausstoß: 0 g/km,
Batteriekapazität (installiert) 41 kWh, Batteriekapazität (nutzbar) 35 kWh

¹ Preise gültig bis 31.12.2019. ² Nähere Infos zu den aktuellen Förderungen finden Sie unter: www.umweltfoerderung.at ³ Stromverbrauch und Reichweite wurden auf der Grundlage der VO 692/2008/EG ermittelt. Stromverbrauch und Reichweite sind abhängig von der Fahrzeugkonfiguration, insb. von der Auswahl der Höchstgeschwindigkeitsbegrenzung. ⁴ Die tatsächliche Reichweite ist zudem abhängig von der individuellen Fahrweise, Straßen- und Verkehrsbedingungen, Außentemperatur, Nutzung von Klimaanlage/Heizung etc. und kann ggf. abweichen.

Mercedes-Benz
Vans. Born to run.



„SPUR FREI!“ DANK AKKU-LAUBBLÄSERN VON HUSQVARNA

Der ÖSV nutzt auch in der kommenden Skisprungsaison Akku-Laubbläser und das dazugehörige Equipment von Husqvarna für das Reinigen der Anlaufspuren der Skisprungschanzen – und das mit äußerst positiver Resonanz von Funktionären, Athleten und Veranstaltern.

Frischer Schnee, der in der Anlaufspur zum Schanzentisch liegen bleibt, verlangsamt den Anlauf der Skispringer. In der Vergangenheit versuchte man mit Besen den trockenen Schnee aus der Spur zu bringen.

Der Vorteil von Akku-Blasgeräten liegt klar auf der Hand: Sie sind leise und extrem leistungsstark. Das niedrige Gewicht, der gut ausbalancierte Körper und das effiziente Antivibrationssystem ermöglichen einen Dauereinsatz und ein ermüdungsfreies Arbeiten. Und das Wichtigste: Sie verursachen keine Emissionen.

In den vergangenen Saisonen waren bereits über 30 Husqvarna Akkublasgeräte bei zahlreichen Skisprungbewerben in Österreich im Einsatz. Je nach Schanzengröße sind bis zu 30 Personen für das Freihalten der Anlaufspur beschäftigt. „Die Akku-Laubbläser von Husqvarna haben ihren Test auf den Skisprungschanzen mit Bravour bestanden. Wir freuen uns, dass wir die Kooperation mit Husqvarna verlängern konnten“, freut sich ÖSV Marketingfachmann Rupert Steger.



DAS GANZE JAHR IM EINSATZ EGAL WELCHE AUFGABE ODER JAHRESZEIT.

Unsere Frontmäher können weit mehr als nur Rasen mähen. Dank eines breiten Sortiments an Anbaugeräten sind sie vielseitige Werkzeuge für unterschiedliche Aufgaben im Bereich Boden- und Landschaftspflege. Und wenn Sie sich für eine Version mit Kabine entscheiden, können Sie sogar bei jedem Wetter das ganze Jahr über arbeiten.

HUSQVARNA P 525D MIT KABINE

Leistungsstarker Diesel-Frontmäher mit montierter Fahrerkabine.

Hinterachslenkung und Allradantrieb.

Kubota D1105, hydrostatischer Allradantrieb, optionale Mähdecks: Combi 132X, Combi 132, Combi 155X, Combi 155. Servolenkung.



Stangl

Rein aus Prinzip.

STANGL KOMMUNALTECHNIK

Sicher MIT STANGL REIN AUS PRINZIP.

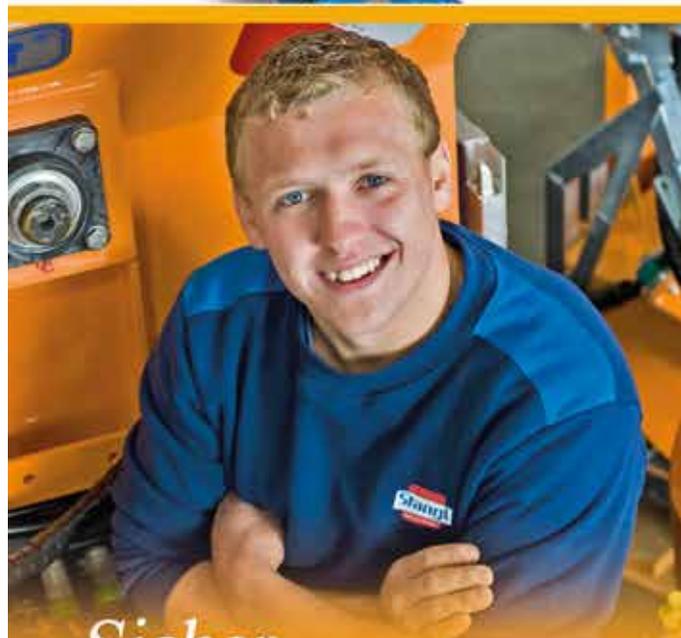


sich nach neun Jahren durch die geringeren Unterhaltskosten der Straße amortisiert haben. Eine Studie im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen kommt zu dem Schluss, dass beispielsweise geschlossene Erdwärmesonden, die in der Regel 50 bis 250 Meter tief in den Untergrund reichen und das Gestein direkt als Wärmequelle nutzen, für die Straßenbeheizung sehr gut geeignet wären. Ebenso wie offene Brunnenanlagen, die Grundwasser als Quelle erschließen, da dessen Temperatur bereits ab einer Tiefe von zwanzig Metern auch im Winter sieben bis zwölf Grad Celsius beträgt.

Neben dem Beheizen von Fahrbahnen im Winter ist es überdies in der heißen Jahreszeit umgekehrt möglich, Sonnenenergie über die Verkehrsfläche zu absorbieren und im Untergrund zu speichern. Durch die Belagskühlung wird der Asphalt nicht mehr so stark erweicht und das Bilden von Spurrillen verringert. Ähnliche Positiveffekte gelten für den Winter. Durch die gleichbleibende „Wärme“ (minimal über dem Gefrierpunkt) werden Fahrbahnschäden vermieden. Kein Aufplatzen des Asphalts, keine Schlaglöcher im Frühling. Die Lebensdauer der Straße wird merklich erhöht, die Instandhaltungskosten gleichzeitig gesenkt.

Die Vorteile, wie die verbesserte Verkehrssicherheit oder die Einsparungen des Winterdienstes sind da noch gar nicht berücksichtigt - angefangen bei der Herstellung und dem Transport des Streuguts, den zahlreichen Räum- und Streufahrten, dem Wiedereinkehren des Splitts bis hin zur Belags- und Umweltbelastung durch Salz und Splitt, den Personalkosten etc.

Ganz besonders angesichts der Klimapolitik wird Geothermik, auch zum Temperaturausgleich der Straße, künftig an Bedeutung gewinnen. Und wieso sollte bei allem Smart City, Smart Country, Smart Lightning, Smart Driving und so weiter, die Straße nicht auch zur Smart Road werden? Es ist durchaus denkbar und sogar wahrscheinlich, dass beheizte Verkehrsflächen in Zukunft den Winterdienst entlasten und zumindest teilweise ersetzen bzw. überflüssig machen. Bis es allerdings soweit ist, tut man gut daran, den gemeindeeigenen Winterdienst auf dem neuesten Stand der Technik zu halten, denn der nächste Schneefall kommt bestimmt! Und bestimmt schneller, als die Straßenheizung. 🍷



Sicher DURCH KUNDENDIENST

STANGL IST BEKANNT FÜR SEINEN STARKEN KUNDENDIENST. UNSERE SERVICE-TECHNIKER - VIELE MIT LANGJÄHRIGER ZUGEHÖRIGKEIT ZU STANGL - WERDEN REGELMÄSSIG GESCHULT UND VERFÜGEN ÜBER OPTIMAL AUSGESTATTETE SERVICE-FAHRZEUGE. SIE SIND SPEZIALISTEN IN IHREM FACH UND MIT EINSATZFREUDE TÄGLICH FÜR SIE IM EINSATZ.

WENN ES SEIN MUSS,
AUCH AM WOCHENENDE.



STANGL REINIGUNGSTECHNIK GMBH.

5204 Straßwalchen
8772 Traboch | 2334 Vösendorf

www.kommunalmaschinen.at

***Ihre verlässliche Stimme
im Insolvenzverfahren***



akv  **EUROPA**
ALPENLÄNDISCHER KREDITORENVERBAND

Auf Kompetenz Vertrauen ...

// INKASSO SERVICE

**WIRTSCHAFTSAUSKÜNFTE
RISIKOBEGRENZUNG
ÜBERWACHUNG/MONITORING**

// Telefon: 05 04 1000 // www.akv.at



MASCHINENRING

7000 HELDEN DES WINTERS

Von Vorarlberg bis ins Burgenland schaufeln, fräsen und räumen tausende Maschinenring-Winterdienstleister jeden Winter den Schnee von Straßen, Parkplätzen und Gebäuden.

In besonders schweren Zeiten wie etwa im Jänner 2019 hilft sich die Maschinenring-Familie gegenseitig mit Arbeitskräften aus. Damit die Kundinnen und Kunden immer sicher ihres Weges gehen und fahren können.

Extremwinter gemeinsam bewältigt. Anfang Jänner begann es zu schneien, und es hörte nicht auf. In Salzburg, in Teilen Tirols, Oberösterreichs, der Steiermark und Niederösterreichs fräste der Maschinenring Wege frei, räumte Straßen und schaufelte Dächer ab. Als klar war, dass die von den starken Schneefällen betroffenen Maschinenringe zusätzliche Unterstützung bei der Bewältigung der Schneemassen brauchten, konnten sie auf die Hilfe von Kollegen in ganz Österreich und darüber hinaus zählen.

Schon am 9. Jänner kamen die ersten Hilfsteams aus Kärnten. 18 Mitarbeiter halfen im Pongau und Tennengau aus. Weitere Kärntner rückten an, Niederösterreicher, Oberösterreicher, Tiroler und auch Südtiroler. Allein in Salzburg

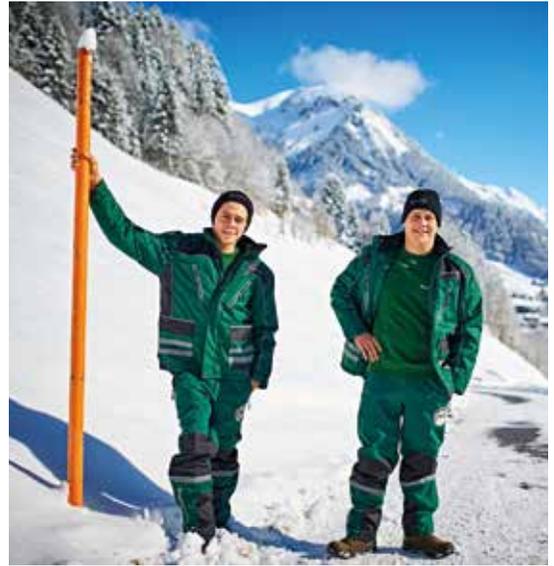


Der Neuschnee brachte im Jänner 2019 viele Dächer an die Belastungsgrenze. Sie wurden vom Maschinenring händisch freigeschaufelt, wie hier vom Team des Maschinenrings Kremstal-Windischgarsten. Unterstützung dafür wurde in ganz Österreich organisiert.

und Tirol – etwa in Kitzbühel und Kufstein – hielten über 1100 Maschinenring-Dienstleister die Straßen, Gehwege, Bahnsteige und Parkplätze frei und gewährleisteten so ein sicheres Vorankommen.

Lokal und überregional. In dieser Extremsituation bewährte sich die lokale Verankerung mit mehr als 70 Maschinenring-Standorten in ganz Österreich. Die Mitarbeiter vor Ort wussten, wo die Brennpunkte in ihrer Heimat

sind, und teilten die Teams entsprechend ein. Gleichzeitig konnte überregionale Hilfe angefordert werden, denn es sind nicht immer alle Regionen Österreichs gleich stark von Extremwetterereignissen betroffen. Bei einem Pool aus mehr als 7000 Winterdienstleistern und entsprechendem Büropersonal lässt es sich gut jonglieren. Sie sind 24 Stunden am Tag für mehr als 17.000 Kunden österreichweit im Einsatz, darunter mehr als 1100 Gemeinden.

**WINTERDIENSTLEISTUNGEN
DES MASCHINENRINGS**

Die Winterdienstleister des Maschinenrings übernehmen alle Aufgaben im Winter:

- Den Räumdienst für Straßen, Gehsteige und Parkflächen,
- Streudienste ebenso wie
- Spezialleistungen. Dazu zählen
- Tauwetterkontrolle,
- Dachräumungen,
- Schneefräsarbeiten oder die
- Verhängung der Schneekettenpflicht.

Dazu arbeitet der Maschinenring mit lokalen Landwirten und Personal vom Land, die die Gegebenheiten und neuralgischen Punkte vor Ort kennen.

Mehr Infos unter maschinenring.at



BESCHAFFUNG

WERDEN SIE WINTERFIT MIT DER BBG!

Der letzte Winter hatte es in sich. An der Nordseite der Alpen schneite es um 50 bis 200 Prozent mehr als in einem durchschnittlichen Winter. Die Bilder der eingeschneiten Gemeinden gingen durch die Medien.

Im Portfolio der BBG finden Sie zahlreiche Produkte und Dienstleistungen, mit denen Sie sich vorbereiten können: Von Auftausalz über Kehrmaschinen bis zu kompletten Winterdienstleitungen – das Angebot ist so individuell wie die Bedürfnisse der Gemeinden.

„Das Preis-Leistungs-Verhältnis und die Abwicklung durch die BBG war für Achenkirch von Vorteil bei der Beschaffung unseres Traktors für die Schneeräumung, insbesondere da **keine eigene Ausschreibung erforderlich** war.“

Hubert Rainer,
Bauhofleiter in Achenkirch

TIPP

Nützen Sie den e-Shop der BBG und besuchen Sie die Themenwelt „Kommunalbetriebe“. Mehr Informationen unter www.bbg.gv.at und www.e-shop.gv.at.



In der Tiroler Gemeinde Achenkirch war man bei der Beschaffung eines Schneeräum-Traktors mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis und der Abwicklung durch die BBG sehr zufrieden.



cloudya

cloudya

Die Cloud-Telefonanlage
für immer und überall.

Die neue Freiheit der Businesskommunikation.

Befreien Sie sich von kompliziert. Mit Cloudya, der einfach zu bedienenden und ausfallsicheren Cloud-Telefonanlage von NFON. Kommunizieren Sie mit nur einer Nummer über alle Geräte hinweg und das zu kostengünstigen Preisen, da nur exakt die Nebenstellen abgerechnet werden, die Sie tatsächlich nutzen. Darauf verlassen sich schon mehr als 30.000 Unternehmen europaweit. Hört sich doch gut an, oder? nfon.com



AUF EINEN KLICK**ALLES FÜR DIE SAUBERE GEMEINDE**

O b Rathaus, Kindergarten oder Bauhof – Reinigung, Desinfektion und Personalhygiene sind für jede Gemeinde ein Thema. Vor allem gehören sie zu jenen kommunalen Aufgaben, die – obwohl Fach- und Produktwissen erforderlich sind – ohne viel Aufwand funktionieren müssen. Die Beschaffung von optimal abgestimmtem Reinigungs-

und Hygienezubehör ist für Gemeinden jetzt tatsächlich kinderleicht.

kommunalbedarf.at:
Einfach. Hygiene. Beschaffen.
Die Hygienespezialisten der Firma Sigron bieten die gepaarte Kompetenz ihrer jahrelangen, erfolgreichen Kooperation mit Schülke & Mayr (kurz schülke) nun auch im Kommunalbereich an.

Auf www.kommunalbedarf.at, dem Online-Marktplatz für Gemeinden, kann ab sofort einfach ausgewählt werden, was für Reinigung & Personalhygiene benötigt wird. Das System merkt sich frühere Käufe. So wird auch die Nachbestellung zum Kinderspiel.

Sigron & schülke: Eine saubere Lösung. Sigron ist seit über 40 Jahren als

Großhandel im Dienst der professionellen Reinigung und Hygiene tätig. Knapp 100 Mitarbeiter auf insgesamt fünf Standorten in ganz Österreich garantieren bestes Service und Know-how. schülke ist seit 130 Jahren eine nicht wegzudenkende Säule der Infektionsprävention und Betriebshygiene in Gesundheitseinrichtungen, der Industrie und im öffentlichen Bereich.

**ZENTRALE WIEN**

Rautenweg 7
1220 Wien
Tel 01/259 46 32
Fax 01/259 46 32-30
office@sigron.at

DORNBIRN

Hallerstrasse 72
6850 Dornbirn
Tel 05572/23 1 21
Fax 05572/23 1 21-85
office.dornbirn@sigron.at

GRAZ

Harterstrasse 96
8053 Graz
Tel 0316/26 20 10
Fax 0316/26 10 60
office.graz@sigron.at

ENNS

Forstbergstrasse 1a
4470 Enns
Tel 07223/82 8 45
Fax 07223/82 9 10
office.enns@sigron.at

SALZBURG-BERGHEIM

Radeckerweg 10
5101 Bergheim
Tel 0662/90 90 00
Fax 0662/90 90 01
office.salzburg@sigron.at

**DAS STUFENLOS
PROGRAMM VON
LINDNER**



*„Danke für 30 Jahre KOMMUNAL
als Sprachrohr zu den Gemeinden!“*

* Lindner gewährt auf Nachfahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 90 & Untrac 112 L Drive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie



HELDENREISE FÜR STÄDTE?

DIE MARKE „STADT“ EINMAL ANDERS

Elysium – Tartarus – Elysium: Keine Zugfahrkarte in die Antike. Vielmehr die Kürzestfassung der campbell’schen Heldenreise, die in der Kommunikation eine überragende Rolle spielt. Und ja, das klappt für Individuen wie für Organisationen. Vorzüglich.

TEXT // KLAUS FELDKIRCHER

Worauf wir hinauswollen? Dazu müssen wir ein bisschen ausholen, um zum Kern der Frage vorzustoßen: Was ist „die Heldenreise“? Das sind zuallererst die Erlebnisse und Taten unseres Helden – und das kann in unserem Fall auch eine Organisation, ja sogar eine Stadt sein –, die sich auf seiner Reise ereignen und durch typische Situationsabfolgen und Figuren gekennzeichnet sind.

So weit, so gut. Um diese graue Theorie aber mit einer Geschichte – wir wollen es Storytelling nennen – zu untermauern, sei auf die Heldenreise von Odysseus verwiesen. Sie kennen ihn sicher, den wackeren Helden aus dem Epos Homers, der den Kampf um Troja schlussendlich durch eine geniale Idee entscheidet. Sein Abenteuer beginnt mit dem Aufbruch von Troja, von wo er nach Hause segeln will. Aber nein, die Götter haben etwas dagegen, weil Odysseus sich nicht immer gottesfürchtig gezeigt hat. Unser armer Protagonist durchstreift das Mittelmeer, schlittert von einer Prüfung in die nächste, bis er nach langen zehn Jahren endlich wieder zu Hause an Land gehen darf und nach einer finalen Prüfung seine geliebte Penelope in die Arme schließt. Ende gut, alles gut, will man meinen.

Star Wars und Stadtentwicklung. Der amerikanische Mythenforscher Joseph Campbell hat nun diese exemplarische Geschichte in eine allgemeingültige Heldenreise mit vielen Stationen umgedeutet. Christopher Vogler, der US-ameri-

„ Von zentraler Bedeutung ist, die Kerngeschichte zu eruieren. Den Schatz zu heben: **Jede Geschichte ist ein Schatz.**“



KLAUS FELDKIRCHER
IST FREIER JOURNALIST
UND BETREIBT DIE
KOMMUNIKATIONSBÜRO
TRIALOG UND ALTHAUS7

kanische Drehbuchautor und Publizist, brachte sie nach Hollywood, wo ein Genie namens George Lucas eine epochale Heldenreise – Star Wars – erschuf. Soviel dazu.

Was aber hat das alles mit der Markenpositionierung eines Unternehmens oder einer Stadt zu tun? Sehr viel, wie wir meinen. Aber dazu gehört natürlich ein ganzheitlicher Ansatz: Es ist immer schön zu wissen, wo man im Grunde steht und wohin man eventuell will. Um hier Klarheit zu erlangen, gibt es ja die Positionierung. Ganz im Sinne der Marke. Um aber die Marke zu verstehen, ist es unabdingbar, sich mit der jüngeren, besonders aber auch mit der älteren Historie der Organisation zu beschäftigen.

Storylistening und Storytelling. Und jetzt geht’s los. Nehmen wir den konkreten Fall an: Wir wollen die Marke einer Stadt entwickeln. Alle sind neugierig, was es mit dieser Entwicklung, die am Schluss in einer Positionierung gipfeln soll, auf sich hat. Zu Beginn sind die Storylistener gefragt. Sie gehen der Geschichte der Stadt auf den Grund. Denn es ist von zentraler Bedeutung, die Kerngeschichte zu eruieren, den Schatz zu heben: Jede Geschichte ist ein Schatz, glauben Sie uns. Und jedes Individuum hat – wie auch jede Organisation – DIE eigene Geschichte. Und die ist spannend. Überlegen Sie einmal: Wie gerne hören Sie Geschichten von anderen. Und warum sollten diese spannender sein als die Ihre? Na also.



Die neue Marktstraße in Hohenems – ein Ort der Begegnung und Ideen.

Hohenems inspiriert. Die Stadt, von der wir reden, ist Hohenems, die jüngste ihrer Art in Vorarlberg: Hohenems ist ein Ort mit einer bewegten Geschichte. Erwähnt ist sie ab dem 12. Jahrhundert. In der Folge war Hohenems immer wieder ein wichtiges Rädchen in Europas Geschichte, im 17. Jhd. wurde der Grundstein für die Ansiedlung jüdischer Familien gelegt, was bis heute eine besondere Atmosphäre zeitigt. Darüber hinaus wurden hier zwei Handschriften des Nibelungenliedes gefunden. Ein Meilenstein für die deutschsprachige Literatur.

Noch ein paar Inspirationen gefällig? Salomon Sulzers Kompositionen aus dem 19. Jhd. beeinflussen noch heute die Gottesdienste in zahlreichen Synagogen. Herz Lämmle Brettauer hatte Ende des 18. Jhds. das erste Bankhaus in Vorarlberg gegründet. Nicht zu vergessen das erste Kaffeehaus Vorarlbergs, das im Jahr 1797 von Herz Jakob Kitzinger eröffnet wurde. Und übrigens: Im Jahr 1616 nahm in Hohenems die erste Buchdruckerei auf dem Gebiet des heutigen Vorarlbergs ihren Betrieb auf.

Hohenems hat also bis heute eine innovative, markante Geschichte. Diese Historie ist aber auch eine wechselvolle, die geprägt ist von Höhen und Tiefen, aus denen sich die Menschen immer wieder befreien. Wie es sich für einen Helden gehört. Und wie es durch das neue Logo – die Leiter im Namen – symbolisiert wird. Mehr dazu später.



DAS NEUE LOGO

Die gelbe Leiter im Namen Hohenems symbolisiert die Kraft und den Innovationswillen des Kollektivs. Sich immer neu zu erfinden, aus Schwierigkeiten gestärkt hervorzugehen, die Sprossen zur Glückseligkeit zu erklimmen – das ist das Bild, das das neue Logo vermitteln soll. Jede einzelne Sprosse stellt eine Station in der wechselvollen Geschichte dar. Sie ist Teil des Prozesses, der Hohenems zu dem gemacht hat, was es heute ist: eine junge, innovative Stadt.

Markenwert und Markenkern. Jetzt ist die Organisation am Zug: Was erwarten wir von der Marke? Im Prozess wurden – wenig überraschend – folgende Punkte als essenziell herausgearbeitet:

- ⊙ Die Tradition der alten Grafenstadt ist heute noch spürbar: Die Familie Waldburg-Zeil, der Palast, der Schlossberg, Schloss Glopper und andere Zeichen sind der lebende Beweis.
- ⊙ Die jahrhundertelange Geschichte der jüdischen Gemeinde in Hohenems hat das Stadtbild ebenfalls geprägt. Erwähnt seien der jüdische Friedhof und das jüdische Museum.
- ⊙ In Anbetracht der lebendigen und wechselvollen Geschichte herrscht in Hohenems eine Kultur der offenen Diskussion in der Bevölkerung, die auch – als durchaus selbstbewusster Faktor – miteinbezogen wird.
- ⊙ Eine neue Marktstraße – im Geiste der Tradition – fördert Tourismus und Handel in Hohenems.
- ⊙ Hohenems verfügt heute – auch geschichtlich bedingt – über 12 Museen.

Damit hat sich die Stadt im Wettstreit mit den größeren Städten im Umfeld einen guten Startplatz verschafft:

- ⊙ Als Markenwerte wurden „fantasievoll, kultiviert, belegend, naturnah, spannend“ definiert. Auf dem Hintergrund der Heldenreise, die die Stadt bis dato hinter sich hat, eine gute, weil logische Entscheidung.
- ⊙ Der Claim: Hohenems inspiriert. Was, wenn nicht das: Immer wieder musste sich die Organisation mit dem Unwillen der Zeit auseinandersetzen. Die Lösung: Be inspired. Neue Wege, neues Glück.
- ⊙ Diesem zentralen Schritt folgte das Redesign des gesamten Corporate Designs und entsprechender Werbemittel aller städtischer Einrichtungen und Ressorts.
- ⊙ Die gesamte Stadtentwicklung und touristische Produktentwicklung orientiert sich heute an der Neuausrichtung der Marke.

Und wie das so ist in einer lebendigen Organisation: Der neue Markenauftritt führte und führt zu Diskussionen in der Stadt.

Mit zwei Worten: Die Stadt lebt. Let the Heldenreise begin again. 🍷

INNSBRUCKS WEG ZU EINEM INNOVATIVEN NEUEN STADTTEIL

BEGLEITETES WOHNEN DECKT BEDÜRFNISSE

Innsbruck reagiert auf den knappen Wohnraum mit großen Bauprogrammen. Doch wie sich immer mehr zeigt, ist es mit der Errichtung der reinen Infrastruktur nicht getan. Auch am „Miteinander“ der Bewohner muss „gebaut“ werden, um Konflikte zu vermeiden.

TEXT // HANS BRAUN

Auf dem Innsbrucker „Campagne“-Areal in der Reichenau werden nach mehreren Jahren interdisziplinärer Planung ab Herbst 2019 auf einer Fläche von zirka 83.000 m² rund 1100 Wohnungen für etwa 2500 Bewohner gebaut. Wobei die Größe des Areals gleichzeitig auch das Potenzial ist. Schließlich entstehen neben Wohnungen auch Grünflächen, Sportanlagen und Infrastruktur, was teilweise mit einer Absiedlung und Verlegung der bestehenden Sport- und Freizeitanlagen einhergeht. Die neuen Wohnungen sind nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit gebaut und nach dem neuesten Stand der Technik ausgestattet.

Im Grunde entsteht in Innsbruck so ein neuer Stadtteil. Dieser Umstand wirft allerdings auch neue Probleme auf: So sind die Bewohner, die in die neuen Wohnungen einziehen, oft nicht in der Lage, die Technik sinnvoll einzusetzen und nutzen das Potenzial der Energieeinsparung in einem Passivhaus zu wenig.

Elisabeth Meze, Leiterin der Geschäftsstelle für Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung der Stadt Innsbruck und eine der Vortragenden auf der Urban Future Global Conference 2019 Ende Mai in Oslo (UFGC, [siehe auch urbanfuture.org](http://siehe.auch.urbanfuture.org)), ist diesem Umstand mit einer einfachen Lösung zu Leibe gerückt: „Wir wollen die Bewohner zusammenbringen. In mehrmaligen Treffen soll der Zusammenhalt innerhalb der Wohnanlagen gestärkt und ein Gefühl für gemeinsame Verantwortung geschaffen werden. Dies umfasst Themen wie Sauberkeit der Anlage, Mülltrennung, Brandschutz oder die



» Das hat den Menschen nicht nur eine Aufgabe gegeben, sondern auch neue Treffpunkte.«

Elisabeth Meze, Leiterin der Geschäftsstelle für Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung der Stadt Innsbruck, zum Konzept der „Essbaren Stadt“

Einhaltung der Hausordnung. Außerdem geht es uns aber auch darum, den BewohnerInnen die Möglichkeiten aufzuzeigen, die sie in ihrer Wohnanlage bzw. im Umfeld vorfinden – wie etwa Mobilitäts- und Freizeitangebote, Vereine oder schlicht die nutzbare Infrastruktur ihrer Anlage. Das gibt gleich mehrere Synergien. Nicht zuletzt lernen sich die Menschen von Anfang an kennen, was die Wertschätzung für die neue Umgebung deutlich erhöht.“

Gerade Städte und größere Gemeinden haben oft das Problem, dass die Bürger sich nicht in dem Ausmaß freiwillig engagieren wollen, in dem sie es in kleineren Gemeinden tun. Woraus gleich mehrere Probleme folgen. Vereinsamung vor allem älterer Mitbürgerinnen und -bürger und eine Ghettoisierung sind nur zwei davon.

Die Lösung heißt Beteiligung von Anfang an. Dadurch, dass Innsbruck Anrainer und künftige Bewohner von Anfang an auch schon in die Planung involviert, können diese ihre Bedürfnisse definieren. „Wir sind so weit, dass wir am Campagne zwei der Vertreter der Anrainer als beratende Mitglieder in die Jury für den Freiraumwettbewerb nehmen werden“, so Meze. Für Innsbruck ist dies die konsequente Fortsetzung eines kooperativen Planungsprozesses und ein wichtiger Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung.

Auch das gemeinsame Einrichten von Gemeinschaftsräumen mit den Mietern wird in Innsbruck praktiziert, allerdings ist es wichtig, „gemeinsam vorher die Nutzungsregeln zu klären“, wie Meze meint.





Die Visualisierung des geplanten „neuen Stadtteils“ auf dem Campagne-Areal gibt einen Eindruck der neuen Anlage (oben).

Frei nach dem Prinzip der „Essbaren Stadt“ werden von den Bewohnern Beerensträucher und Obstbäume gepflanzt. Hochbeet-Schulung in einem Innenhof städtischer Mietwohnungen (links).

In einem weiteren Schritt werden in Wohnanlagen und in Innsbruck generell – frei nach dem Prinzip der „Essbaren Stadt“ – Beerensträucher und Obstbäume gepflanzt, deren Früchte von den Bewohnern auch gepflückt werden können. „Das hat den Menschen nicht nur eine Aufgabe gegeben, sondern auch neue Treffpunkte und die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen“, erzählt Meze. Allerdings muss man die Leute auch darauf vorbereiten, dass es vorkommen kann, dass eines Morgens die Bäume leergepflückt sein können. „So eine Initiative hängt stark an der Kommunikation“, weiß Meze.

Übrigens: Eine ausgeklügelte „Durchmischung“ ist für die Stadt Innsbruck der Schlüssel zu einem funktionierenden Miteinander. Junge Familien und ältere Menschen, MieterInnen mit und ohne Migrationshintergrund, Mittelstandsbewohner und sozial schwächere Personen sowie Menschen mit und ohne Behinderung sollen einander die Waage halten.

Unterstützung auch bei der Sanierung alter Bauten. Mieter auf neue Gebäude und eine neue Umgebung vorzubereiten ist eines, Bestandsgebäude zu sanieren ein anderes. In Innsbruck wurde mit Unterstützung der EU durch das Projekt „Sinfonia“ (www.sinfonia-smartcities.eu) in die hochwertige und energieeffiziente Sanierung von Wohn- und Schulgebäuden sowie in die Optimierung von Wärme- und Stromnetze investiert. Meze: „Aber trotz technischer Maßnahmen können Klimaziele nur erreicht werden, wenn die Mieter und Schüler mit ins Boot geholt werden. Dies geschieht durch Schulworkshops und (Einzel-)Beratungen in Haushalten zum Thema richtiges Heizen und Lüften, samt Schimmelberatung. Letzteres erledigen Freiwillige und ein Vollzeit-Klima- und Energiecoach aus der Aktion 20.000 innerhalb des Projekts „Doppelplus“ vom Klimabündnis Tirol: Bekämpfung von Energiearmut bei gleichzeitiger Ressourceneinsparung.

Unter dem Strich bleibt über, dass die Bürger das wichtigste Kapital jeder Kommune sind. Sich um sie zu kümmern, ein bisschen mehr das Prinzip „Teilen statt Haben“ wirken zu lassen, sie in Planungen mehr einzubeziehen ist das Um und Auf einer modernen kommunalen Verwaltung. 

BEHÖRDEN UND DIGITALISIERUNG

ES TRIFFT JEDE BRANCHE – AUCH DIE VERWALTUNG

Die LSZ-Behördenkonferenz Mitte September in Wien brachte viele neue Einblicke in das Thema Digitalisierung. Einer der offensichtlichen: Digitalisierung ist viel, viel mehr als nur Breitbandausbau.

TEXT // HANS BRAUN

Wenn Sie an den Weg zu neuen Ideen denken, werden Sie draufkommen, dass vorne immer da ist, wo sich keiner mehr auskennt“, so Markus Petzl, Managing Partner von „disruptive“, einer der Vordenker des digitalen Wandels. Er öffnete den Blick auf die simple Tatsache, dass die meisten Menschen schon zumindest zwei Disruptionen miterlebt



IMPULS-AWARD

kommunal-impuls.at

Hier finden Sie alle Preisträger von heuer mit den Siegerprojekten

haben. Zum einen die von den analogen Musikfachgeschäften zur YouTube-Musikplattform und zum anderen die von den kleinen Lebensmittelfachgeschäften zum Amazons-Lieferservice.

Dass die österreichische Verwaltung und vor allem die Gemeinden hier ganz weit vorne mitmischen, machte Christoph Stockinger, Amtsleiter von Gampern, klar, als er zwei Beispiele



Raum zum Wohlfühlen!



Ihre Vorteile:

- Flexible Raumlösungen für Kindergärten/ Schulen/ Sportvereine/Jugendzentren
- Wärmedämmung mit modernsten Materialien
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Anwendungsbeispiele:

- Gruppenräume
- Aufenthalts- und Sozialräume
- Umkleieräume und Garderoben



Kontaktieren Sie uns

Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com

www.containex.com





Rund 200 Teilnehmer bevölkerten die LSZ-Behördenkonferenz.

» **Disruption erhöht Leistung immer, allein weil mehr Menschen Zugriff haben.**

Markus Petzl,
Managing Direktor von „disruptive“



aus seiner Gemeinde brachte. Zum einen die Effizienzsteigerung beim Sitzungsmanagement im Gemeinderat und zum anderen die neue Bürgerbeteiligungsplattform, die Entscheidungen wesentlich leichter macht. Gampern hat nicht umsonst dem **IMPULS-Award 2019** gewonnen.

Aber auch Bund und Länder unternehmen große Anstrengungen, die Digitalisierung voranzutreiben. Sei es durch die Bereitstellung einer Plattform wie dem „Digitalen Amt“, der Abhaltung von „Senioren-Cafés“, in dem die älteren Mitmenschen die Scheu vor der Digitalisierung verlieren oder das Format „fit für internet“, das Jugendliche an das Thema heranzuführt.

„Mut zur Veränderung“ auch von den Ländern forderte Rudolf Krejsa vom Amt der Salzburger Landesregierung, der feststellte, dass die Verwaltung „die Umstände vielleicht etwas einfacher machen müssten“. „Wir können auch schauen, was ein anderes Land macht, und passende Ideen einfach übernehmen“, so Krejsa. Stockinger griff den Ball auf und meinte, dass es vielleicht einen Weg gäbe, die „Gesetze an die »

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

**BESTE FINANZIELLE
LÖSUNGEN FÜR
IHRE GEMEINDE:
ICH BIN FÜR SIE DA.**



christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at



Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3900 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 1/2019. **Werbung** Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG.

Umstände anzupassen“. Und er brachte abschließend einen Vorschlag ein: „Vielleicht gibt’s ja auch einen Weg, wo die Gemeinden mitreden könnten, welche Gesetz wann und wie auf das Ziel Digitalisierung abgestimmt werden.“

Die Notwendigkeit, „Digitalisierung auch zu ermöglichen“, betonten auch Gerhard Popp vom Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaft (BMDW), Heidrun Strohmeyer vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) und Martin Hackl vom Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ). Während Hackl meinte, dass „die Verfahren auf dem Weg zur Digitalisierung“ (Verhandlungen ohne Papier) seien, lag für Popp eine der größten Herausforderungen an der „Aus- und Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter“. In ihnen müsse man Verständnis für die Digitalisierung wecken. Strohmeyer wies darauf hin, dass die Themen Bildung, Lehren und Lernen von der Digitalisierung stark betroffen seien. Und ähnlich wie der Zahlungsverkehr zunehmend nicht



DER LINK ZUR LSZ

[lsz-consulting.at/
events/
branchenkonzferenz-
behoerden-2019](https://lsz-consulting.at/events/branchenkonzferenz-behoerden-2019)

Auf der Website von LSZ-Consulting finden sich weitere Infos sowie die Termine für folgende Veranstaltungen.

mehr auf Bargeld basieren würde, müsse man auf Entwicklungen auch reagieren. „Aber das Fach ‚Digitale Bildung‘ kann nicht der alleinige Zugang sein“, so Strohmeyer. Sie meinte, dass die Verwaltung schauen muss, was sie braucht – und dann „Anleihen“ auch in der Privatwirtschaft nehmen könne.

Das viel zitierte Beispiel Dänemark greife für Österreich nicht, so Popp. Während Dänemark sich für ein Modell entschlossen habe, in dem gelte, dass, was digital geht, auch ohne Ausnahme für alle Bürgerinnen und Bürger zu gelten habe, es also auf Anordnung von oben geschieht. „In Österreich haben wir uns für den freiwilligen Zugang entschieden.“ Am Beispiel finanz-online sei das gut zu sehen. Vor zehn Jahren hat es gestartet und wurde anfangs nicht so aufgenommen, heute gebe eine Durchdringung von mehr als 70 Prozent.

Breites Angebot aus der Wirtschaft. Welche vielen verschiedenen Wege in Richtung Digitalisierung der Verwaltung führen, zeigten die vielen Kooperationspartner der **LSZ-Behörden-**

ALLE FOTOS // ©Jenia Symonds

**Intelligentes Bauen verbindet.
Seit 150 Jahren.**





» Es gibt einen Unterschied **zwischen populär und populistisch.**“

Kathrin Stainer-Hämmerle

zur Ratlosigkeit im Umgang mit Populismus (das ganz Interview mit der Politikwissenschaftlerin lesen Sie auf <https://kommunal.at/artikel/mobilisieren-kann-man-vor-allem-mit-angst>



konferenz auf, die ihre Angebote präsentierten. Und von „normaler Hard- und Software“ über den richtigen und vor allem sicheren Umgang mit Cloud-Lösungen bis hin zum „Weg hin zur KI-gesteuerten Behörde“ fanden sich zahlreiche innovative Zugänge. Die deutsche „Bundesagentur für Arbeit“ stellte sogar die „Bargeldlösung des 21. Jahrhunderts – bürgerfreundlich, digital und sicher“ vor.

„Vielleicht gibt es einen Weg, die ‚Gesetze auf die Umstände‘ anzupassen.“ Gampers Amtsleiter Christoph Stockinger griff einen Ball auf und meinte, dass man vor Entscheidungen vielleicht auch die Gemeinden an Bord holt.

Und nur zur Klarstellung: Die KI-gesteuerte Behörde ist kein seelenloser Roboterverband, der Menschen ablöst, sondern meint Chat-Bots im Amt, die sprachlich an die jeweilige Region angepasst sind und die den Mitarbeitern die Beantwortung immer wiederkehrender Anfragen abnehmen. 🗣️

schülke ➔

Auch in Ihrer Gemeinde sauber bleiben mit Sigron & schülke.

Ihre starken Partner für Reinigung und Hygiene. Ab sofort einfach bestellen unter www.kommunalbedarf.at

www.sigron.at | www.schuelke.at | www.mein-desinfektionsplan.at

Für Ihre Erstbestellung bis 31.12.2019 erhalten Sie zusätzlich 5 % Rabatt



the plus of pure performance



ENERGIEAUTARKE BUSWARTEHÄUSCHEN-STATION BY FONATSCH

LEUCHTENDE INNOVATIONEN AUS MELK

Licht spielt eine wichtige Rolle in unserem Leben. Lichtmasten bestimmen jedes Ortsbild. Doch das Angebot zum Thema Licht wird immer komplexer. Vom Rohling zum individuell gefertigten Mast ist es ein komplexer Prozess, bis er im gewünschten Design und Finish dann seinen Platz findet. Ein Spezialist auf diesem Gebiet ist die Fonatsch GmbH. Seit Jahrzehnten spezialisiert auf Masten mit Technik und Design, erlaubt man sich aber seit einigen Jahren auch einen Blick über den Tellerrand.

Der heutige Lifestyle fordert neue, innovative Produkte und Ideen. Die Herausforderungen wurden angenommen und unter der Produktlinie BY FONATSCH gebündelt.

„Wir setzen auf zukunfts-

taugliche Ideen wie dem energieautarken Buswarthehäuschen station BY FONATSCH, dem energieautonomen Meetingpoint und Designstadtmobiliar see u BY FONATSCH sowie auf unser multifunktionales Tragwerk mast have BY FONATSCH“ so Marie-Luise Fonatsch, die

Eigentümerin des gleichnamigen Familienunternehmens.

Das durchdachte Konzept setzt bei den BY FONATSCH Produkten auf modernes, ansprechendes Design und besticht durch die eingesetzte Technik. Die station BY FONATSCH beispielsweise ist dank Photovoltaik und

Speicher energieautark, bietet Wartenden Handy- und E-Bike-Ladestation und verfügt über integrierte Beleuchtung und Sicherheitsfeatures. Das Gesamtpaket überzeugt mittlerweile NutzerInnen in ganz Österreich und prägt so manches Erscheinungsbild einer Kommune nachhaltig. Sie möchten auch Ihre Kommune zukunftsfit machen? Schauen Sie vorbei und tauchen Sie ein in die Produktwelt der Fonatsch GmbH, denn Licht verbindet Menschen.



Stift Melk – Innovative Technik für historische Städte.

KONTAKT
 Fonatsch GmbH
 Industriestraße 6
 3390 Melk
 Tel.: 02752 52723-0
office@fonatsch.at
www.fonatsch.at

FUHRPARKMANAGEMENT

RAIFFEISEN-LEASING SETZT AUF PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIPS

Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement unterstützt seine Kunden bei der Erneuerung, Erhaltung und beim Management von Fuhrparks und ist verlässlicher Partner bei Zukunftsprojekten im Bereich Public Private Partnerships. Als Pionier im Bereich E-Mobilität und Ökoflottenmanagement setzt es sich für die Förderung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein.

Flexibilität & Sicherheit

Um beim Fuhrparkmanagement maximale Flexibilität zu

ermöglichen, bietet Raiffeisen-Leasing verschiedene Module an, die miteinander kombiniert werden können. Kernleistung ist dabei das Operatingleasing. Bei diesem Abrechnungsmodell trägt Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement das Risiko des tatsächlichen Kostenverlaufs.

PPP – Nachhaltige Zukunftsprojekte

Als nachhaltige Zukunftsprojekte sieht Raiffeisen-Leasing Public Private Partnerships (PPP). Der Vorteil bei Großprojekten der öffentlichen Hand

liegt hierbei in der vollen Kostentransparenz und professionellen Abwicklung.

PPP-Modelle geben allen beteiligten Partnern die Möglichkeit, ihre spezielle Expertise einzubringen – so geschehen beim Bildungscampus Nordbahnhof, zusammen mit Granit und Siemens, oder beim nö. Landeskindergarten „Mistelbach NORD“. Das Kindergartengebäude wurde in Zusammenarbeit der Stadtgemeinde Mistelbach, dem Land Niederösterreich, WRS Energie- und Baumanagement



Der Bildungscampus Nordbahnhof ist ein PPP-Modell mit Beteiligung von Raiffeisen-Leasing.

GmbH und Raiffeisen-Leasing errichtet. Raiffeisen-Leasing war Finanzierungspartner für das Projekt und hat der Stadtgemeinde Mistelbach Kosten- und Termingarantie geboten.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



Maschinen für jeden Einsatz



Zeppelin Österreich GmbH

bietet mit den drei Marken Caterpillar, Thwaites und Weber MT eine breite Produktpalette für Kommunen an.

Profitieren Sie von unseren umfassenden Serviceleistungen!



zeppelin-cat.at



BÜRGERBETEILIGUNGSMODELL

WIE BETROFFENE MITENTSCHEIDEN

Solange sich alle einig sind, ist es einfach, Entscheidungen zu treffen. Wenn die Themen konfliktreicher, die Beteiligten zahlreicher sind, beziehungsweise die Anzahl der Wahlmöglichkeiten wächst, dann wird es zunehmend schwieriger, zu einer Lösung zu finden.

Klassische Mehrheitsentscheidungen erzeugen zudem häufig „Gewinner“ und „Verlierer“. Das führt manchmal dazu, dass sich die Überstimmten von der Gruppe abwenden und für die weitere Arbeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Um diese Personen und ihr Know-how nicht zu verlieren, braucht es neue Modelle zur Entscheidungsfindung. Doch wie kann eine Gemeinde, gemeinsam mit ihren Bürger/innen, auf andere Weise zu tragfähigen Entscheidungen finden? Welche Möglichkeiten gibt es, zukunftsweisende (Projekt-) Entscheidungen gemeinsam mit den Bürger/innen zu fällen?

Die oberösterreichische Gemeinde Munderfing hat ihre Bürgerinnen und Bürger eingeladen, dem Gemeinderat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie künftig in Munderfing die innovative Entscheidungsmethode „Systemisches Konsensieren“ (SK-Prinzip) in der Bürgerbeteiligung eingesetzt werden kann. Munderfing ist nun weltweit die erste Gemeinde, die „Systemisches Konsensieren“ als Werkzeug für Bürgerbeteiligung in die Leitlinien ihrer Gemeindepolitik aufgenommen hat.

Diese Methode soll in Munderfing aber nicht nur in der Gemeindepolitik eingesetzt werden, sondern soll auch für Entscheidungen in Schulen, Gruppen und Gemeinschaften Verwendung finden. Zusammen wird eine Entscheidungskultur geschaffen, die in privaten Lebensbereichen ebenso Platz hat wie in politischen Gremien, Unternehmen und Organisationen, Bildungseinrichtungen oder Vereinen.

Bürgerentscheid zur Schließung eines Bahnübergangs. SK wurde in Munderfing zum



» Wichtig ist dabei, dass durch die SK-Methode **jede Rivalität oder Spaltung in Bevorzugte und Benachteiligte vermieden wird.**“

Erwin Moser,
Geschäftsführer der
regioHELPe GmbH
(regiohelp.eu) –
und zum Zeitpunkt der
Abstimmung Amtsleiter
von Munderfing

Beispiel bei der schwierigen Entscheidung betreffend Schließung einer Eisenbahnkreuzung eingesetzt, wo es sich bestens bewährt hat.

Der Gemeinderat könnte natürlich alleine beschließen, welche Eisenbahnkreuzungen zu schließen sind, ohne dies mit den Betroffenen abzuklären. Doch bei einer Entscheidung des Gemeinderates ohne Einbeziehung von Betroffenen wird deren Konfliktpotenzial nicht erhoben. Daher weiß man vor der Entscheidung nicht, mit welchen Schwierigkeiten nachher gerechnet werden muss. Es entsteht eine Spaltung, in der sich ein Teil der Bürger und

PRINZIPIEN UND WERTE DES SK-PRINZIPS:

- Freiwilligkeit
- Gleichwertigkeit
- Achtung vor den Wünschen und dem Nein von Bürgern und Bürgerinnen
- Berücksichtigung der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen und Gemeindeordnung
- Gemeinsames Entscheiden der betroffenen Bürger und Bürgerinnen
- Iteratives Vorgehen. Wünschen und Träumen, Planen, Handeln, Reflektieren und Lernen als Zyklus anwenden
- Trennung zwischen Prozess- und Inhaltsebene
- Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen auch auf der Prozess- und Vorgehensebene
- Praxis und Theorie verknüpfen, Partizipation an Realfällen erlernen
- Gemeinsames Lernen auf beiden Ebenen, Prozess- und Inhaltsebene; Bürgerbeteiligung als kollektiven Lernprozess verstehen

Weitere Informationen zum SK-Prinzip finden Sie auf www.businesskonsens.eu



Lageplan der aufzulassenden Eisenbahnkreuzung. Die Bewohner am Waldrand müssen künftig auf einer neu zu errichtenden Straße bis zur nächsten Kreuzung (siehe gelbe Markierung) fahren.

Bürgerinnen benachteiligt fühlen könnte. Diese Polarisierung und der Verdacht der Begünstigung eines bestimmten Personenkreises kann vermieden werden, indem die Betroffenen selbst nach der Lösung suchen, die sie gemeinsam am besten akzeptieren.

In der Bürgerversammlung wurden die möglichen Optionen von Schließungen mit Vor- und Nachteilen durch Bürger und Verkehrsplanungsexperten erörtert. Mit dabei auch die Option, den Gemeinderat alleine entscheiden zu lassen, was von den Anwesenden mit 96 Prozent abgelehnt wurde.

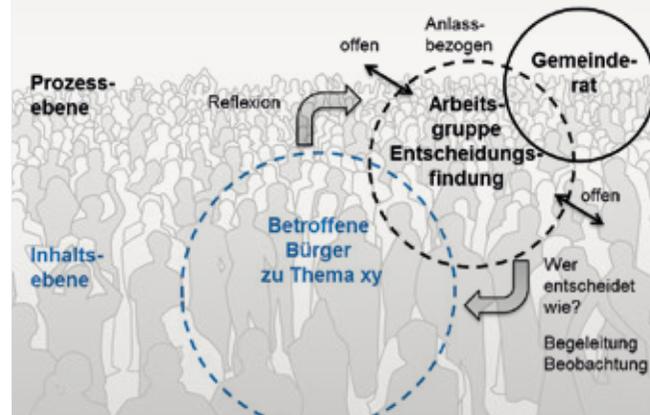
Im Anschluss wurden alle Optionen mit Widerstand anonym von 42 betroffenen Menschen bewertet. Der Vorschlag, die Eisenbahnkreuzung Waldstraße aufzulassen und die betroffenen Bewohner der Waldstraße künftig über die Eisenbahnkreuzung im Katzthal und der zu errichtenden Verbindungsstraße zu erschließen, fand mit 40 Prozent den geringsten Gruppenwiderstand! 📍

Kontakt: Gemeinde Munderfing
erwin.moser@munderfing.ooe.gv.at

De Bürger haben entschieden: Die Eisenbahnkreuzung mit dem geringsten Gruppenwiderstand wurde aufgelassen.

MUNDERFINGER BÜRGERBETEILIGUNGSMODELL

Blaupause für andere Gemeinden



Wie sieht nun eine aus dem Projektverlauf abgeleitete Blaupause als mögliche Vorgehensweise für andere Gemeinden (aus dem Agenda 21-Netzwerk) aus:

- 📍 Die Gemeinde definiert ein Projekt (idealerweise mit externer SK-Moderator-Begleitung oder bildet ein Begleitungsteam in SK-Moderation aus).
- 📍 Die Gemeinde bildet eine Arbeitsgruppe Entscheidungsfindung aus Freiwilligen (beispielsweise freiwillig Engagierte aus Agenda 21-Prozessen/ Aktivitäten).
- 📍 Die Arbeitsgruppe baut Know-how zum Thema Entscheidungsfindung in Gruppen und Partizipation auf, um selbst entscheidungsfähig zu sein.
- 📍 Die Arbeitsgruppe stellt sich einem realen Lehrbeispiel, um unter anderem die Methodik des systemischen Konsensierens zunächst auf einer Inhaltsebene zu erleben.
- 📍 Die Arbeitsgruppe erarbeitet für ein reales Beispiel einen Prozess und eine Vorgehensweise entlang der 25 Fragen einer Entscheidung.
- 📍 Die Arbeitsgruppe setzt den Plan um (wenn nötig, mit Unterstützung externer SK-Moderatoren, die die Bürgerversammlung moderieren).
- 📍 Die Arbeitsgruppe reflektiert den Prozess und das Ergebnis. Sie beschreibt das daraus für die Gemeinde entstehende Modell, welches für weitere reale Entscheidungssituationen Anwendung findet.
- 📍 Bei jeder weiteren Anwendung wird auch das Modell bestätigt, erweitert oder angepasst.
- 📍 Danach wird situativ und anlassbezogen die Arbeitsgruppe Entscheidungsfindung einberufen und für weitere Interessierte geöffnet.

Die neue teambasierte Primärversorgung

Die erste Anlaufstelle für Ihre Gesundheit

Aus eins mach vier – Hausarzt, Pflege, Therapie und Sozialarbeit



Kompetente Betreuung

Längere Öffnungszeiten von Mo.–Fr.

Mehr Zeit für Patienten

Hausärzte und Hausärztinnen sind die ersten Ansprechpartner für gesundheitliche Belange. In der teambasierten Primärversorgung erfährt diese Aufgabe nun eine Erweiterung durch die neue Primärversorgungseinheit (PVE). Dort arbeiten mehrere Hausärztinnen und Hausärzte mit anderen Gesundheits- und Sozialberufen eng zusammen, sei es in einem Zentrum oder in einem Ordinationsnetzwerk. Es wird dadurch eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit erweiterten Öffnungszeiten geboten. Teamarbeit und gemeinsame Patientenbetreuung wird groß geschrieben. Die Aufgaben der PVE reichen von der Akutversorgung bis hin zu Versorgung chronisch Kranker, sowie von psychosozialer Betreuung bis zu gesundheitsfördernden Maßnahmen und Prävention. Bis 2021 sollen insgesamt 75 solcher Einheiten in ganz Österreich entstehen und damit auch die Spitalsambulanzen entlasten.

Weitere Infos unter www.sv-primarversorgung.at



www.sozialversicherung.at



DIE E-MAIL-VERSCHLÜSSELUNGSLÖSUNG VON SEPPMAIL

E86BFDFD11937CD9A5F- 1379CF63460B5

Sie können den aus Zahlen und Buchstaben bestehenden Titel nicht entziffern? Dies liegt an keinem Druckfehler, sondern daran, dass er mit AES-256 verschlüsselt ist. Entschlüsselt man ihn, so stünde dort die Überschrift „Secure Mail“. Denn manche Daten sollten eben nicht wie eine Postkarte über das Internet versendet werden und von jedem lesbar sein.

Sie versenden nach wie vor Meldeauskünfte oder Kontoauszüge von Gemeindesteuern unverschlüsselt per E-Mail? Wichtige Nachrichten zu übermitteln stellte schon zu Zeiten eine Herausforderung dar, in denen Kuriere postalische, teils geheime Schreiben überbrachten. Bereits damals gab es das Problem, dass die Nachricht in falsche Hände geraten konnte oder Kuriere sich bestechen ließen. Unerwünschte Parteien kamen so an sensible Informationen, die sie beispielsweise zur Erpressung einsetzten oder allgemein zu ihren Gunsten ausnützten.

Diese Problematik hat sich nach wie vor nicht geändert, nur findet der Informationsaustausch heute häufig auf elektronischem Wege statt. Die E-Mail ist zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel überhaupt avanciert und im Arbeitsalltag präsenter denn je.

Wie lassen sich diese Probleme lösen? Durch Verschlüsselung! Wird eine

E-Mail verschlüsselt verschickt, kann jede Person, die die Nachricht unerlaubt erhält und keinen passenden Schlüssel besitzt, nichts mit dem Inhalt anfangen. Auf diese Weise ist es möglich, die Mitteilung auch über öffentliche Kanäle zu verbreiten. Das Gute daran ist: Lediglich die Person mit dem richtigen Schlüssel vermag etwas damit anzufangen.

Verschlüsselung leicht gemacht. Inzwischen gibt es benutzerfreundliche Lösungen, die es den Anwendern im laufenden Prozess erlauben, E-Mails einfach zu verschlüsseln.

Die E-Mail-Verschlüsselungslösung von SEPPmail unterstützt alle gängigen Standards wie S/MIME, TLS, OpenPGP und Domainverschlüsselung. Beim Versand einer E-Mail wird zunächst geprüft, ob der Empfänger bereits mit eigenem Schlüsselmaterial ausgestattet ist. Wenn ja, kommt die jeweils beste Methode automatisch zum Einsatz. Verwendet der Adressat selbst

keine Verschlüsselungslösung, setzt die GINA-Technologie ein. Das patentierte Verfahren verschlüsselt die ausgehende E-Mail mit einem sehr langen symmetrischen AES-Schlüssel und benötigt keine weitere Software-Installation – weder beim Absender noch beim Empfänger. Der Anwender kann wie gewohnt alle elektronischen Nachrichten im E-Mail-Programm empfangen und sie nach einer kurzen Passworteingabe entschlüsseln. Das Verfahren gewährleistet einen sicheren, vertraulichen und unkomplizierten Informationsaustausch – und das sogar bidirektional.

PSC (Public Software & Consulting), ein führender IT-Ausstatter für die öffentliche Verwaltung Österreichs, setzt bei der Umsetzung seiner Kundenprojekte auf die Verschlüsselungslösung des Herstellerpartners SEPPmail. „Wir empfehlen unseren Kunden immer wieder gerne den Einsatz von SEPPmail und bieten die Lösung entweder

on-premises oder gehosted als ‚Secure Mail as a Service‘ an“, sagt Josef Aßmayr, Leiter Software Consulting Geoinformationssysteme & Verfahren bei PSC. „Gerade im öffentlichen Bereich ist es wichtig, die meist sensiblen Informationen vor Cyberkriminellen abzusichern.“

PSC
Public Software &
Consulting

MEHR INFOS

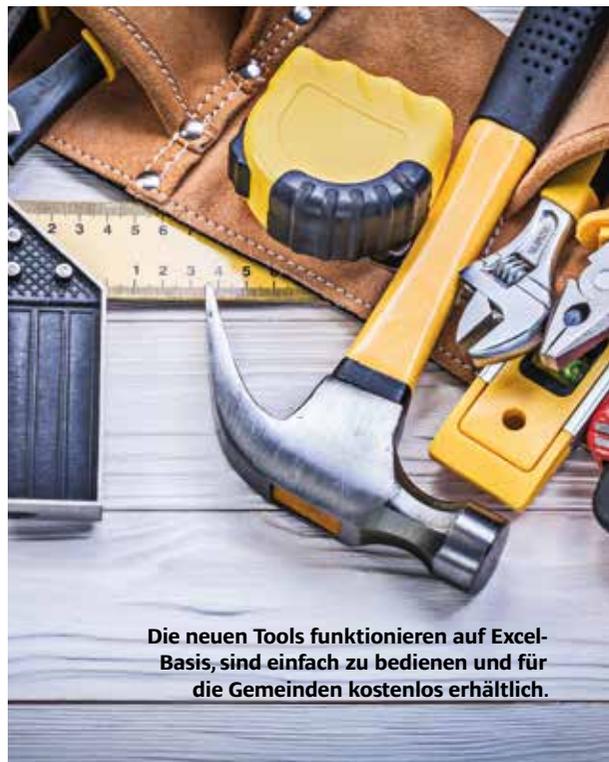
PSC Public Software & Consulting GmbH
Dr.-Auner-Straße 20
8074 Raaba
Tel.: +43 316 67 33 00
Mail: info@psc.at
Web: www.psc.at

In der nächsten Ausgabe von Kommunal erfahren Sie mehr zum Thema Verschlüsselung von E-Mails und Erfahrungsberichte aus Gemeinden.

NEUES HAUSHALTSRECHT

HILFREICHE TOOLS FÜR GEMEINDEN

Der Countdown läuft: Nur noch wenige Monate, dann muss der erste Voranschlag nach der neuen Drei-Komponenten-Rechnung erstellt und beschlossen werden. In bewährter Kooperation mit dem KDZ steht die UniCredit Bank Austria den Kommunen mit Tipps und Tools zur Seite.



Die neuen Tools funktionieren auf Excel-Basis, sind einfach zu bedienen und für die Gemeinden kostenlos erhältlich.

Für viele Gemeinden ist die Umsetzung des neuen Haushaltsrechts kein einfaches Unterfangen, umso mehr ist Unterstützung willkommen. Die UniCredit Bank Austria hat daher in Zusammenarbeit mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung hilfreiche Tools entwickelt. Sie funktionieren auf Excel-Basis, sind einfach zu bedienen und für die Gemeinden kostenlos erhältlich.

So steht zum Beispiel ein aussagekräftiger Managementbericht zur Verfügung. Auf knapp sieben Seiten erfasst er übersichtlich und gut verständlich die zentralen Ergebnisse des Voranschlags und Rechnungsabschlusses, die nach dem neuen Buchhaltungssystem erforderlich

sind. „In dieser Kurzform ist der Managementbericht ein praktisches Informations- und Kommunikationstool – sowohl gegenüber dem Gemeinderat als auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern“, sagt Wolfgang Figl, Leiter des Bereichs Public Sector bei der UniCredit Bank Austria.

Ein weiteres, vom KDZ speziell entwickeltes Tool unterstützt die Kommunen bei der Überleitung ihrer aktuellen

Haushaltsdaten in den neuen Voranschlag und Rechnungsabschluss.

Figl: „Das erspart zeitaufwändiges Übertragen und Umrechnen.“ Sämtliche Tools zur Vermögensbewertung, zum ersten Voranschlag und zum Managementbericht inklusive erklärender Leitfäden und Checklisten sind auf der Plattform **praxisplaner.at** kostenlos zugänglich.

» In dieser Kurzform ist der Managementbericht ein praktisches Informations- und Kommunikationstool.“

Wolfgang Figl,

Leiter des Bereichs Public Sector bei der UniCredit Bank Austria



GLEICH VORMERKEN!

**BANK AUSTRIA
KOMMUNALFORUM**

**6. 11. 2019 in Ansfelden
13. 11. 2019 in Gleisdorf**

AUF **PRAXISPLANER.AT** FINDEN SICH FOLGENDE UMSETZUNGSHILFEN



MEHR INFOS
Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrer Gemeindebetreuerin bzw. Ihrem Gemeindebetreuer, auf publicsector.bankaustria.at auf unternehmer.bankaustria.at oder unter **Tel. +43(0)5 05 05-41691**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Digitalisierung, die Ihre Arbeit erleichtert.

Die zukunftssichere Softwarelösung zur professionellen Personalsuche und einem DSGVO-konformen Auswahlprozess – speziell für Kommunen. Überzeugen Sie sich selbst und testen Sie die kostenlose Basisversion unter kommunos.at

JETZT
KOSTENLOS
TESTEN



WALDFRIEDHOF – IM TREND DER ZEIT

EIN NEUER WIRTSCHAFTS- ZWEIG FÜR KOMMUNEN

Unsere Bestattungskultur ändert sich. Einäscherungen nehmen stetig zu. Viele Menschen suchen nach würdevollen Alternativen und pflegefreien Gräbern.

Insbesondere in Ballungsräumen ist die steigende Nachfrage zu beobachten. Eine Beisetzung in einem Waldfriedhof wird dabei als besonders stimmungsvoll und tröstlich empfunden. Auch innerhalb der Kirche hat ein Umdenken stattgefunden. Sie hat sich der Naturbestattung geöffnet und betreibt selbst Waldfriedhöfe.

Vorteile eines Waldfriedhofs für Gemeinden

Als Verpächter der Fläche lukriert die Kommune Zusatzeinnahmen. Ist die Gemeinde auch Betreiber der Fläche, abhängig vom jeweiligen Bundesland, besteht die Möglichkeit für weitere Gebühreneinnahmen. Dabei entsteht kein Aufwand für die Gemeinde, denn paxnatura übernimmt Verwaltung und Pflege des Waldfriedhofs.

Die Naturbestattung versteht sich nicht als Konkurrenz zum örtlichen Friedhof, sondern als zusätzliches Angebot. Es ist eine positive Reaktion der Gemeinde auf die geänderten Bedürfnisse der Menschen. Das Angebot ist zudem flächen-

und ressourcenschonend, da keine Inanspruchnahme von potenziellem Bauland als Friedhof erforderlich ist.

Die Fläche bleibt frei begehbar und damit auch für die Naherholung erhalten. Idealerweise handelt es sich bei der Fläche um einen Laub- oder Mischwald mit älterem Baumbestand (ggf. mit angrenzender parkähnlicher Wiese) und einer Größe von ca. 3 ha. Durch die extensive Bewirtschaftung der Fläche profitiert zudem auch die Natur, denn der Lebensraum für seltene Pflanzen und Tiere bleibt erhalten.

Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen werden auch die ortsansässigen Betriebe belebt. Nicht nur Trauergäste, auch Besucher der Fläche suchen oft eine Einkehrmöglichkeit vor Ort.

Positive Erfahrungen der Gemeinden

Wie eine Gemeinde von einem Naturfriedhof profitiert, zeigt die Stadtgemeinde Purkersdorf. Dort betreibt die Gemeinde gemeinsam mit paxnatura den Waldfriedhof Feihlerhö-



Eine Beisetzung in der Natur wird von vielen Menschen als besonders stimmungsvoll und tröstlich empfunden.

Nicht nur Bürger aus Purkersdorf schätzen die Möglichkeit der Naturbestattung, sondern auch Menschen aus den angrenzenden Gemeinden. Insbesondere von Wienern und Wienerinnen wird diese Art der Beisetzung an den Wurzeln eines Baumes mitten im Wienerwald als würdevolle Alternative nachgefragt.

Kommunen als Partner

paxnatura, entstanden aus dem Forstbetrieb Mayr Melnhof, bietet seit 2010 Naturfriedhöfe in Salzburg und im Wienerwald. Weitere Flächen sind geplant. Eine gute Zusammenarbeit mit der jeweiligen Gemeinde steht dabei im Fokus. Dazu sucht

paxnatura Gemeinden, die selbst über geeignete Wald-/Wiesenflächen in der Nähe zu Ballungsräumen verfügen und Interesse an dem Angebot eines Waldfriedhofs in ihrer Gemeinde haben.



MEHR INFOS

paxnatura Naturbestattungs GmbH & Co KG
Glanegg 2, 5082 Grödig
Tel. 06246-73541
office@paxnatura.at

www.paxnatura.at

VERKEHRSZEICHEN VON EBINGER**WIE SIE IHRE STRASSEN SICHER MACHEN**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



Die GET UP BOY KIDS für die effiziente Schulwegabsicherung lassen sich auch individuell gestalten.

Seit über 80 Jahren werden bei Ebinger Verkehrszeichen für Österreichs Straßen hergestellt und weiterentwickelt. Als Gründungsmitglied der Ausschussgruppe Verkehrszeichen in der Forschungsgesellschaft Straße war Ebinger von Anfang an dabei und macht es sich noch heute zur Aufgabe, Akzente zur Verbesserung der Sicherheit auf unseren Straßen zu setzen: Die Firma Ebinger hat sich die Sicherheit auf den Straßen zur Aufgabe gemacht!

Neue Technologien waren immer eine Herausforderung, und so wurde mit der Einführung des Digitaldrucks ein weiteres Geschäftsfeld erschlossen. Dies ermöglicht

eine Vielzahl von kreativen Produktmöglichkeiten, sowohl für die Werbewirtschaft als auch für Klein- und Mittelbetriebe. Seit sechs Jahren bietet Ebinger außerdem erfolgreich Kfz-Folierungen an.

Die langjährige Erfahrung nutzt das Unternehmen zur kompetenten Beratung der Kunden und erfreut sich über einen modernen Maschinenpark in der internen Digitaldruckerei und die vielen Möglichkeiten, die dadurch den Kunden geboten werden können.

Im Hause Ebinger erhalten Gemeinden nicht nur die „basics“, sondern ein Komplettpaket: Von Verkehrsspiegeln, Leitkegeln, Leitpflöcken,

Klapp-Baken, Baustellenleuchten, Absperrbändern, Schilderabdeckbändern, Faltdreiecken bis hin zu Sandsäcken – Ebinger bietet Ihnen alle Materialien verbunden mit der besten Qualität.



Für die attraktive und effiziente Schulwegabsicherung können Sie sich unsere GET-UP-BOY-Serie jetzt sichern. Gestalten Sie individuell Ihren eigenen GET UP BOY auf www.ebinger.co.at.

AS MOTOR **PELLENC** **METESIA** **ECHO** **EGO**

Pellenc Rasion 2

NEU

Etesia Buffalo



EGO LBX 6000E



Der Spezialist für innovative Maschinen zur professionellen Grünpflege.

www.hochfilzer.com


GENERALVERTRETUNG: 6250 Kundl, Weinberg 18
T +43 5338 8405, F -32 | info@hochfilzer.com

Hochfilzer

WIR SIND IHR PARTNER

WEGWEISENDE NEUHEIT AUF DER INTERPÄDAGOGICA 2019

ERSTER BILDUNGS- INFRASTRUKTURTAG

Im Rahmen von Österreichs wichtigster Bildungsfachmesse für Lehrmittel, Ausstattung, Kultur und Sport, der Interpädagogica, findet am 8. November 2019 in der Messe Wien Österreichs 1. BildungsInfrastrukturTag statt. Im Mittelpunkt stehen die Herausforderungen, denen sich Schulerhalter heute stellen müssen.

Österreichs Kommunen kommen für die Erhaltung von rund 4300 Pflichtschulen auf. Sie sorgen für die Errichtung, Einrichtung und Erhaltung der Schulgebäude. Zu den klassischen Investitionsaufgaben sind neue hinzugekommen: Digitalisierung, Ganztageschulen, Tagesbetreuung oder die Forderungen nach „bewegter Schule“ und nach Ferienbetreuung. Das sind zum Teil neue organisatorische und infrastrukturelle Herausforderungen, die den Gemeinden erhebliche zusätzliche finanzielle Verpflichtungen aufbürden. Entsprechend hoch sind der Bedarf an Informationen und Erfahrungsaustausch, die Kenntnis von Best-Practice-Beispielen und die Vernetzung untereinander.

Dem trägt Veranstalter Reed Exhibitions auf der Interpädagogica, die vom 7. bis 9. November 2019 in der Messe Wien auf dem Programm steht, mit einer neuen Initiative Rechnung. Als führende Plattform rund um alle Themen der Bildung stellt sie

nicht nur die Trends und neuesten Produkte und Dienstleistungen in den Fokus, sondern greift im Rahmenprogramm brandaktuelle Fragestellungen auf, die bewegen. Am zweiten Messtags (8. November, 09:00 bis 13:00 h) wird somit zum ersten Mal der Österreichische BildungsInfrastrukturTag stattfinden, der den Fokus auf die Herausforderungen richtet, denen sich Schulerhalter heute und in Zukunft zu stellen haben. Die Adressaten der Tagung sind somit in erster Linie Bürgermeister, Vizebürgermeister, ressortzuständige Stadt- und Gemeinderäte und Amtsleiter.

Ihnen wird eine Agenda geboten, die alles rund um Bau, Erweiterung und Instandhaltung sowie die Errichtung neuer Schulen thematisiert. Als Key Note Speaker werden auf Schulbauten spezialisierte Architekten erwartet, weiters Profis zum Thema Digitalisierung an den Schulen, Bürgermeister mit Erfahrungsberichten nach Schulneu- und -umbauten, Vertreter des Gemeindebundes und des Städtebundes sowie der BIG (Bundes-Immobilien-gesellschaft).



Am 8. November findet auf der Interpädagogica Österreichs 1. Bildungs-InfrastrukturTag statt.

BILDUNGS INFRA STRUKTUR TAG

KOSTENLOSE TEILNAHME NACH ANMELDUNG

Eine kostenlose Teilnahme am 1. BildungsInfrastrukturTag ist nur nach vorheriger Anmeldung unter www.interpaedagogica.at/bildungsinfrastrukturtag möglich.

Kreislaufwirtschaft: „Taten folgen nicht“

Erstmals in Österreich wurden die Einstellungen zur Kreislaufwirtschaft (Circular Economy) sowohl von Unternehmen als auch von Konsumenten analysiert und die Ergebnisse verknüpft. „Das Bild ist vielschichtig. Insgesamt stehen die Zeichen für Circular Economy in Österreich auf Grün“, interpretiert Harald Hauke, Geschäftsführer von ARApus, die Ergebnisse.



Ursula Swoboda, GfK, und Harald Hauke, ARApus, haben die Meinung von Unternehmen und Konsumenten zur Kreislaufwirtschaft erhoben.

Drei von vier Unternehmen setzen bereits erste Kreislaufwirtschaftsschritte bzw. planen, dies zu tun. Dazu zählen sie in erster Linie die Reduktion von Abfällen, das Recycling von Gütern und Verpackungen sowie die Verbesserung des Abfallmanagements.

63 Prozent der befragten Unternehmen erachten es als wichtig für ihr Geschäft, sich als nachhaltiges Unternehmen zu positionieren. Fast 80 Prozent der befragten Konsumenten geben an, die Erhaltung der Natur sei ihnen wichtiger als weiteres Wirtschaftswachstum. Mehr als ein Drittel zeigt sich sogar bereit, für umweltfreundliche Verpackungen mehr Geld auszugeben. Doch nicht in allen Bereichen folgen die Taten den Einstellungen und den Worten.

Mehr Information unter: kommunal.at/artikel/kreislaufwirtschaft-es-wird-mehr-geredet-als-gegan

Mehr zur Studie auf araplus.at/aktuelles



„Mit Bundesrat im Bundesland geht die Länderkammer erstmals hinaus, um sich vor Ort anzusehen, **welche Fortschritte der ländliche Raum gemacht hat.**“

Karl Bader,
Bundesratspräsident

Karl Kernstock • Dölla 1 • 3661 Artstetten • 0664/3038750
07413/21405 • k.kernstock@bakom.at • www.bakom.at



Ökologische Unkrautvernichtung — einfach und effizient



Zacho Heißluftgerät

- für alle Oberflächen geeignet
- einfach zu bedienen
- sehr große Flächenleistung
- Antrieb: 0-6 km/h stufenlos
- preiswert



Elektro Dreirad mit Thermolanze

- für alle Oberflächen geeignet
- geringer Gasverbrauch
- sehr gut für Randbereiche
- Elektrodreirad vielfach verwendbar



Thermolanze mit Handwagen

BEST PRACTICE
IN ALLER KÜRZE

**Alternative
Arbeitsformen**

Die Arbeitswelt befindet sich weltweit im Umbruch – das macht auch vor Österreich nicht Halt. Eine aktuelle Deloitte Studie belegt: Neue Arbeitsformen gewinnen hierzulande an Bedeutung. Bereits fast die Hälfte der Befragten arbeitet mit alternativen Beschäftigungsformen. Besonders verbreitet sind bekannte Modelle wie Leiharbeit, Werkverträge oder Unternehmenskooperationen. Gig Work und Crowdsourcing sind hingegen noch weniger bekannt. Generell erschweren die rechtlichen Rahmenbedingungen den Einsatz in der Praxis. Der Gesetzgeber ist gefordert, hier Abhilfe zu schaffen.

Mehr unter www.deloitte.at.

Visualisierungstool erleichtert
Glasfaserausbau

Zwei Millionen Haushalte sollen in Deutschland 2021 via Glasfaser in den Genuss eines schnelleren Internets kommen. Das 3D-Visualisierungstool Fibre3D des Fraunhofer IGD erleichtert nun die notwendige Trassenplanung.

Der Ausbau einer flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur läuft nur schleppend. Schuld daran sind unter anderem die langen Planungsphasen. In etlichen Abstimmungsschleifen und Vor-Ort-Terminen wird diskutiert, wie die bestmögliche Lage der Glasfasertrasse aussehen könnte. Gerade im Bereich der Infrastrukturplanung hat sich gezeigt, dass sich Planungs- und Genehmigungsprozesse mittels interaktiver Visualisierungstechniken deutlich effizienter durchführen lassen als mit den herkömmlichen Systemen – ein Beispiel dafür ist Fibre3D, eine interaktive 3D-Anwendung des Fraunhofer-Instituts für Graphische Datenverarbeitung. Neben einer dreidimensionalen Kartenansicht erlaubt es den Planern, beliebige Ausbaugelände digital zu bearbeiten, weil verschiedene Mess- und Editierwerkzeuge zum Einsatz kommen, und ersetzt die bisher aufwändigen Messungen vor Ort.

Mehr auf www.igd.fraunhofer.de/webvisualisierung-von-geodaten



BECK CITYline A18 optional mit Hundekot-Beutelspender oder Ascher



Stets verfügbar dank moderner Lagerlogistik

STAUSBERG
S T A D T M Ö B E L



Lebensraum **Naturnacht**

Die durch den Menschen verursachte künstliche Aufhellung des Nachthimmels, aktuell als „Lichtverschmutzung“ diskutiert, hat weitreichende Auswirkungen auf nachtaktive Lebewesen und auch auf den Menschen. Die Herausforderungen, die durch den Verlust einer intakten natürlichen Nacht entstehen, betreffen alle Gebiete Österreichs und sollen im Rahmen des Projekts „Lebensraum Naturnacht“ umfassend thematisiert werden.

Das interdisziplinäre Projektteam wird auf Grundlage aktueller wissenschaftlicher Studien neue naturpädagogische Angebote zur bewussten Wahrnehmung der Nachtnatur entwickeln. Zudem werden Maßnahmen zur

Erhaltung der Nachtnatur konzipiert und eine Reduktion des vom Menschen verursachten Lichts angestrebt. Mit einer Reihe von Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit, einem Schulungsangebot für Gemeindeberaterinnen und -berater und weiteren öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen wird ein Beitrag zur Bewusstseinsbildung und Erhaltung ursprünglicher Nachtlebensräume sowie deren bedrohter Biodiversität geleistet.

Mehr Infos auf https://www.nhm-wien.ac.at/forschung/projekt_lebensraum_naturnacht



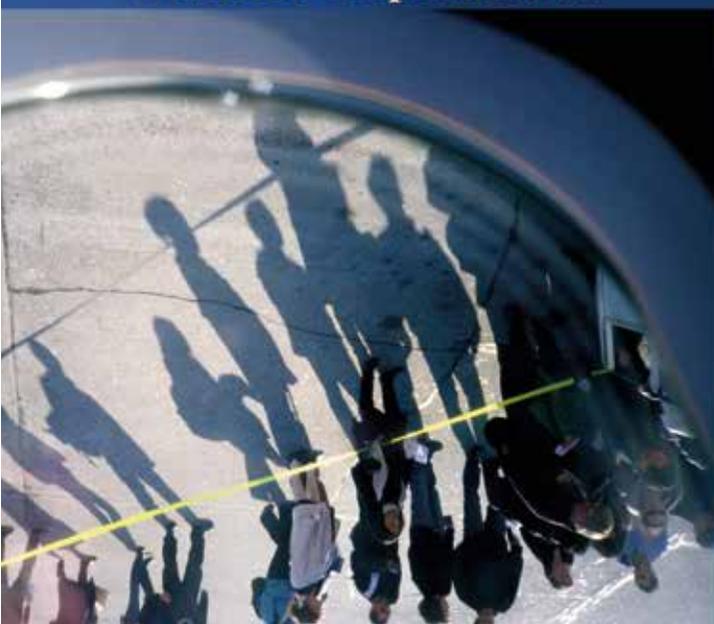
» In Zukunft werden wir **auch für den Arbeitsmarkt Österreich werben.**“

Elisabeth Udolf-Strobl,
Wirtschaftsministerin,
bei der Präsentation von
„Work in Austria“

141%

2018 betrug die Produktion tierischer Lebensmittel in Österreich insgesamt 4,91 Millionen Tonnen (plus drei Prozent). Es wurde um ein Prozent mehr Fleisch erzeugt, und der Fleischverbrauch (inklusive nicht von Menschen verzehrtem Fleisch) erhöhte sich um 0,9 kg pro Kopf. Österreichs Fleischproduktion deckte den heimischen Bedarf an Rind- bzw. Kalbfleisch zu 141 und an Schweinefleisch zu 101 Prozent.
QUELLE: Statistik Austria

Gestern: Kopfstand ...



Heute:

TeVIS [suite]

Das Besucherleitsystem!



<https://kommunix.de/tevis-besucher-leitsystem-demo/>

Kommunix
Software für Kommunen

LAND & LEUTE

INNOVATION

Das „Mitfahrbankerl“
ersetzt Autostoppen
Seite 92

BARGELDSERVICE

Die Tiroler Pilot-
Gemeinden
Seite 94

EINBRUCHSGEFAHR

Wahrnehmung vs.
Realität
Seite 96

Die erfahrene Familienpolitikerin und studierte Soziologin Kerstin Suchan-Mayr leitet seit bald einem Jahrzehnt die Geschicke von St. Valentin, das sich selbst als plastikfreie Dorfstadt definiert.

NAME: **KERSTIN SUCHAN-MAYR**

ALTER: **44**

GEMEINDE: **ST. VALENTIN**

EINWOHNERZAHL: **9314** (1. JÄNNER 2019)

BÜRGERMEISTERIN SEIT: **JÄNNER 2010**

PARTEI: **SPÖ**

NAHAUFNAHME KERSTIN SUCHAN-MAYR

ZU WENIG PLATZ, ZU VIEL PLASTIK

TEXT // ANDREAS HUSSAK

St. Valentin sagt den meisten etwas. Viele kennen die Stadt allerdings nur vom Durch- oder Vorbeifahren. Durch die Gemeinde verlaufen die wichtigsten Fernverkehrswege des Landes zwischen Ost und West. Die Westautobahn A1 krümmt sich in einem nordwestlichen Bogen unmittelbar um die Stadt, und der Bahnhof St. Valentin ist ein wichtiger Eisenbahn-Knotenpunkt an der Westbahnstrecke. Hier enden sowohl die Donauuferbahn als auch die Rudolfsbahn. Aber es zählt sich absolut aus, mehr von der Gemeinde zu sehen, als nur den weißen Ortsnamen auf einem blauen Schild.

Kerstin Suchan-Mayr ist die Bürgermeisterin von St. Valentin und das schon bald ein Jahrzehnt. Im Gespräch mit KOMMUNAL verrät die erfahrene Politikerin, warum St. Valentin so attraktiv ist, was es mit der plastikfreien Gemeinde auf sich hat und warum es ihr die Familienagenden besonders angetan haben.

Suchan-Mayrs Sozialkompetenz ist nicht nur menschlich, sondern auch akademisch.

Dass sie studieren würde, stand für sie grundsätzlich fest. Sie absolvierte die BAKIP und begann ein Jahr lang als Kindergärtnerin (und auf ein Stipendium hin) zu arbeiten. Politisch interessiert war sie immer schon, daher „wäre meine Vorzugsstudienwahl Geschichte und Politikwissenschaft gewesen. Mit den Fächern, hat man gesagt, hat man keine Berufsaussichten.“ Hinzu kam, dass sich die junge Kindergärtnerin keine Wohnung in Salzburg oder Wien leisten konnte. So wurde es schlussendlich Soziologie an der Uni in Linz: „Mich interessiert, was sich in der Gesellschaft tut, und ich konnte das

»
ALS BÜRGERMEISTERIN HAT MAN IN NIEDER-ÖSTERREICH KEINEN ANSPRUCH AUF KARENZZEIT ODER MUTTERSCHUTZ.“

Studium mit einigen geschichtsrelevanten Fächern kombinieren, und meinen Interessen entsprechen auslegen. Und das war eine sehr gute Wahl. „Ihre Diplomarbeit trug übrigens den Titel „Der einfache Arbeiter – immer wieder anfällig für rechtes Gedankengut? Mit besonderer Berücksichtigung der Freiheitlichen Partei Österreichs und einem internationalen Vergleich rechter Parteien.“

Weiteres politisch nützlich Wissen eignete sich Suchan-Mayr als Interviewabteilungsleiterin in der Markt- und Meinungsforschung sowie als Sozialpädagogin an. Parallel dazu lief ihre politische Karriere. 1999 kam sie in den Gemeinderat, ein Jahr später wurde sie Stadträtin für Jugend, Familie und Frauen. 2009 wurde sie schließlich Vizebürgermeisterin und kurz darauf Bürgermeisterin, nachdem ihr Vorgänger verstarb. „Die Phase, als ich das Amt übernommen habe, war auf alle Fälle die schwierigste. Mit dem Tod meines Vorgängers, der mit mir sehr eng zusammengearbeitet hat, und mit dem ich über Jahre – ja Jahrzehnte – eine intensive Freundschaft gehabt habe, dachte ich, die Welt rundherum bricht zusammen. Dazu ist es doch »



FOTO / Stadtgemeinde St. Valentin

St. Valentin ist die westlichste Stadt Niederösterreichs und die zweitgrößte im Bezirk Amstetten.

nochmals etwas anderes, wenn man genau dann selbst die Verantwortung zu tragen hat und wirklich selbst vorne steht, anstatt in der zweiten Reihe. Es war quasi ein Staatsbegräbnis zu organisieren und ich musste stark sein und jetzt diese Verantwortung übernehmen.“

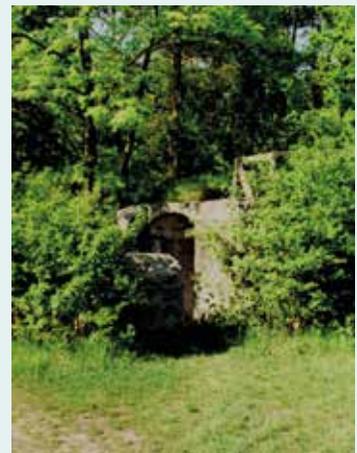
Die Neo-Bürgermeisterin wurde ihrer Rolle gerecht und nur zwei Monate später bei den Gemeinderatswahlen bestätigt. Mediale Aufmerksamkeit erregte Suchan-Mayr mit ihrer Schwangerschaft im Amt, da sie sich keine Auszeit nehmen konnte. „In Niederösterreich ist es so, dass man als Bürgermeisterin in dem Sinne keine Anstellung hat und somit auch keine Ansprüche auf Karenzzeit, Mutterschutz und so weiter. Ich war bis zum letzten Tag vor der Geburt im Amt. Das war ein Sonntag. Erst war ich noch bei einer Veranstaltung, und dann am Abend bin ich ins Krankenhaus gefahren. Heutzutage werden immer häufiger jüngere Kollegen Bürgermeister, die dann oft fragen, na wie war das bei dir? Sie würden nämlich auch vielleicht gerne einmal einige Wochen oder einige Zeit bei ihrem Kind bleiben wollen“, erzählt Suchan-Mayr. Dass das geändert wird, hat sie damals an verschiedenen Stellen thematisiert, denn „da die Funktion immer männlich besetzt war, war das früher nie Thema. Es gibt keine Lobby dafür, und der große Änderungsanlass ist nicht vorhanden“, bedauert die Bürgermeisterin der Dorfstadt.

Als Dorfstadt definiert sich St. Valentin selbst. Festgehalten wurde das im vor zwei Jahren erstellten Stadtkonzept. Die Stadt mit rund 9300 Einwohnern (10.000 mit Zweitwohnsitz) hat durchaus ländlichem Charakter. „Beispiel Hauptplatz – da haben wir das Gemeindeamt, die Kirche, die Bank, den Pfarrhof und dahinter ist schon ein Bauernhaus. Diesen Mix gibt es auch mitten in der Stadt.“ Gleichzeitig ist St. Valentin auch ein Industriestandort

und als solcher groß geworden. Als damals die Bahn gekommen ist, haben sich viele Arbeiter angesiedelt. Die Anlagen wurden im zweiten Weltkrieg zum „Nibelungenwerk“, der größten Panzerfabrik des Dritten Reichs, und markierten somit dunkelste Kapitel von St. Valentin. Nach der NS-Zeit wurden die Fabriken von Firmen übernommen und prägten auch weiterhin den Ort. In Herzogenrath, einem Ortsteil, in dem ca. ein Drittel der Bevölkerung wohnt, bieten allein drei große Betriebe rund 2500 Arbeitsplätze. „Da sind wir von der Industrie, den Betrieben und der Arbeitskraft sehr stark geprägt.“

St. Valentin bietet Arbeit, Stadt und doch Natur: „Es ziehen sehr viele her, weil sie auch die Nähe lieben – dass man gleich wo ist. Unsere Verkehrsanbindung ist sehr gut, und dennoch hat man die schöne Landschaft des Mostviertels und ist gleich im Grünen. Das ist ein guter Mix bei uns. Man hat noch das Gefühl, es kennt jeder jeden, wenn man auf der Straße geht, und wir haben ein sehr intensives Vereinsleben. Das ist auch eine ganz tolle Sache!“ beschreibt Suchan-Mayr ihre Heimat. Tatsächlich ist St. Valentin so populär, dass mehr Bauland gebraucht wird, als verfügbar ist. „Wir hätten viele junge Familien, die sich gerne in St. Valentin ansiedeln würden, aber leider sind wir dahingehend beschränkt“, bedauert die Bürgermeisterin.

Der Platzmangel ist nicht die einzige Herausforderung für Suchan-Mayr. Das größte Hochbauvorhaben der letzten Jahrzehnte in St. Valentin ist im Gange: Eine Veranstaltungshalle mit einer neuen Musikschule. „Aktuell sind wir in der Ausschreibung, Anfang nächsten Jahres ist Spatenstich, dann wird zwei Jahre gebaut“, schildert Suchan-Mayr. Davon abgesehen ist eine Umfahrungsstraße gerade das wichtigste Thema, da der gesamte Werks- und Wirtschaftsverkehr der ansässigen (Groß-)Betriebe durch die Orte rollt, unter anderem direkt an einer Schule vorbei.



Bunkerreste des KZ-Außenlagers St. Valentin: Im Nibelungenwerk wurden hunderte KZ-Häftlinge eingesetzt.

„Ich kann mich nicht jeden Tag stundenlang **nur mit diesem einen Thema beschäftigen.**“



Obwohl es an der 10.000-Einwohner-Marke kratzt, ist St. Valentin bis ins Zentrum hinein ländlich geprägt, daher rührt auch die Eigendefinition als „Dorfstadt“.
(Bild: der Hauptplatz)



St. Valentin ist ein wichtiger Bahnknotenpunkt. Mit der Eisenbahn siedelten sich schnell Arbeiter und Industrie an.

Ein Projekt, das auch in anderen Gemeinden großes Interesse hervorgerufen hat,

wurde vorgies Jahr im September initiiert. Da hat der Gemeinderat einen Beschluss gefasst, dass St. Valentin eine plastikfreie Stadt werden soll. „Wir wollen weg vom Einwegplastik und haben dazu verschiedene Maßnahmen definiert. Anlass war, dass das Müllsystem umgestellt worden ist. Statt der gelben Tonne kam der gelbe Sack. Plötzlich sah jeder, wieviel Plastikmüll im Haus anfällt. Beschwerden kamen, dass das nicht alles im Haushalt gelagert werden könne. Man bräuchte Lagerplätze. Doch wir können nicht noch zusätzlich Flächen schaffen. Also müssen wir Müll vermeiden und die Plastikmüllmenge reduzieren.“ So wurden alle Firmen angeschrieben und die Vereine mit ins Boot geholt. Die Schulen greifen das Thema auf, und im eigenen Wirkungsbereich stellt die Gemeinde um wo es nur geht. „Es ist auch ganz wichtig,

dass man regionale Produkte mit auf den Weg nimmt. Wir haben einen Unverpacktladen. Und es gibt eine eigene Arbeitsgruppe, wo man überlegt, was man noch umsetzen könnte“, zählt Suchan-Mayr auf. Freilich, durch Regularien kann die Gemeinde nichts forcieren. Alles beruht auf Freiwilligkeit. „Darum haben wir gesagt, wir brauchen als Stadt irgendeine verbindliche Sache, daher die Idee mit der Resolution. Wir wollen alle mit auf den Weg nehmen und das funktioniert eigentlich recht gut.“

Es funktioniert fast zu gut, denn das Interesse nahm fast überhand.

„Wir haben ganz viele Anrufe von anderen Gemeinden gehabt mit Fragen wie: Können wir das auch machen, oder - wie macht ihr das? Das Erklären hat anfänglich sehr viel meiner Zeit in Anspruch genommen. Doch ich kann mich nicht jeden Tag stundenlang nur mit diesem einen Thema beschäftigen.“ Der offensichtlich stark benötigte Erfahrungsaustausch für plastikfreie Gemeinden (und solche, die es werden wollen) wurde daher bald in Form eines österreichweiten Treffens organisiert mit laut Suchan-Mayr „sehr guter Resonanz“. „Bereits zwei andere Gemeinden würden selbst gerne im nächsten Jahr einladen. Wir wollen uns nämlich nicht immer am selben Ort treffen, sondern die Erfahrungen von anderen mehr mit einbringen.“

Langweilig wird der Bürgermeisterin bestimmt nicht, und zwar nicht nur weil

Bauprojekte, Platz und Plastik Dauerthemen sind. Seit eineinhalb Jahren sitzt Suchan-Mayr im niederösterreichischen Landtag, in dem sie für ihre Fraktion als Sprecherin für Budget und Finanzen, Familie, Kinder und Kinderbetreuung sowie kommunale Angelegenheiten fungiert. Und in der Gemeinde „rennt es auch nicht nach 08/15 ab. Jeden Tag etwas Neues, immer neue Herausforderungen und Menschen. Das macht eigentlich den Reiz aus.“

DAS AMT UND SEINE TRÄGER

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2098 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder macht-bewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? In Kooperation mit dem Verein Zukunftsorte porträtiert KOMMUNAL in einer losen Serie Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

MOBILITÄT

DAS „MITFAHRBANKERL“ ERSETZT AUTOSTOPPEN

Gute Ideen sind es immer wert, kopiert zu werden. An diese Binsenweisheit dachten eine Ternitzer Stadträtin und der Umweltbeauftragte und haben eine schlicht geniale Ergänzung für den örtlichen Nahverkehr umgesetzt.

TEXT // HANS BRAUN

Vor gar nicht allzu langer Zeit war es oft selbstverständlich, dass man jemanden, der an der Straße gestanden ist und gewunken hat, mit dem Auto mitgenommen hat. Das Autostoppen eben. In manchen Ländern Europas, zum Beispiel den dünn besiedelten Gegenden West-Irlands, ist das auch immer noch üblich. Bei uns ist es allerdings heute selten der Fall. „Das Projekt Mitfahrbankerl soll das Mitfahren wiederbeleben“, so die Ternitzer Umweltstadträtin Daniela Mohr.

Das moderne Autostoppen funktioniert so: An mehreren ausgesuchten Plätzen werden spezielle Mitfahrbankerl, in Ternitz erkennbar an der hellblauen Farbe, aufgestellt. Richtungstafeln, welche neben dem Bankerl befestigt sind, geben an, wohin man will. Man nimmt auf dem Bankerl Platz. Ein Autofahrer/eine Autofahrerin fährt in die gewünschte Richtung, möchte eine Mitfahrgelegenheit anbieten und bleibt stehen. Findet man sich gegenseitig vertrauenswürdig, kann die gemeinsame Fahrt beginnen. Aber üblicherweise kennen sich die Leute ja, die im selben Ortsteil wohnen, denn das ist keine Alternative zum öffentlichen Verkehr.

Ternitz möchte mit dem Mitfahrbankerl eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Verkehr anbieten und damit das „gemeinsam Fahren“ fördern. „Damit soll einerseits ein Beitrag zum Klimaschutz und andererseits zum Miteinander in der Mobilität beigetragen werden. Durch das Mitfahren soll der Besetzungsgrad der Autos erhöht und eine Ergänzung zum öffentlichen Verkehr geschaffen werden. Außerdem kom-



„Am Anfang war ich noch skeptisch, **aber mittlerweile bin ich voll überzeugt.**“

Rupert Dworak,
Bürgermeister von Ternitz
und Vizepräsident des
Österreichischen
Gemeindebundes



FOTO // Helmut Million

Das „Mitfahrbankerl“ ist eine Idee für den örtlichen Nahverkehr. Man nimmt auf der Bank Platz und wartet, bis jemand (ein Nachbar oder ein Anrainer) den selben Weg hat. Das weitere ergibt sich. Für die Rückfahrt gibt es in der Ortsmitte ein anderes Bankerl mit Taferln, die zum Wechseln sind – wie eine Ringmappe – und auf denen die einzelnen Ortsteile stehen.

men mit dem Mitfahren die Leute wieder ins Gespräch“, erörtert Helmut Million, Energiebeauftragter der Stadt Ternitz, der die Idee aus der Eifel (ein Landstrich in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen in Deutschland), ins südliche Niederösterreich gebracht hat.

Überrascht vom Hype. Der Ternitzer Bürgermeister Rupert Dworak gesteht im Gespräch mit KOMMUNAL, dass er anfangs skeptisch war. Aber die positive Reaktion der Menschen hat ihn schnell überzeugt. „Wir sind ja auch eine e5-Gemeinde und daher immer auf der Suche nach guten Vorbildwirkungen. Und die Umsetzung kostet nicht viel. Ein paar Bankerln aufstellen und Taferln kaufen, das ist alles.“

Die Menschen nicht nur in der Gemeinde sind von der Idee auch angetan, und in den Social-Media-Kanälen geht die Geschichte „viral“ – der Bürgermeister berichtet von mehr als 1,2 Millionen Klicks auf dem Video.

Ob Rupert Dworak das Mitfahrbankerl auch schon ausprobiert hat, wollen wir wissen. „Ich bin schon stehengeblieben und hab’ Leute mitgenommen. Die waren ganz verblüfft und haben gemeint, ‚sogar der Herr Bürgermeister nimmt an der Aktion teil.‘ Dann lacht er und fügt an, ‚aber ich muss mir noch genau überlegen, ob ich mich selbst hinsetze, nicht, dass ich dann sitzenbleib‘.“

Die Umsetzung ist einfach und vor allem kostengünstig: Ein paar Bänke und die Taferln kaufen, der Bauhof setzt um. Im Fall von Ternitz haben die Mitarbeiter an den Standorten Sieding, St. Johann, Raglitz, Flatz, Putzmannsdorf und Alt-Pottschach Mitfahrbänke mit fixen Taferln aufgestellt. Für die Rückfahrt stehen Bänke mit Klappschildern bei der Stadthalle Ternitz und in Pottschach Schulen.

Übrigens: Eine mitfahrende Person ist im Rahmen der Haftpflichtversicherung des Fahrzeugs mitversichert. 🚗



Unter diesem QR-Code kommen Sie direkt zum Video auf youtube – oder Sie gehen auf die Website und finden unter

<https://kommunal.at/artikel/das-mitfahrbankerl-ersetzt-autostoppen> auch den Link zum Video.

AKTIVE MOBILITÄT

GESUND UNTERWEGS!



Nähere Infos:
www.aktive-mobilitaet.at

Download der Broschüre unter:
www.fgoe.org/aktive-mobiliaet-gemeinden



Radfahren, Zufußgehen, Scooter- oder Skateboardfahren – aktive Mobilitätsformen zu fördern, hat für Gemeinden und Städte zahlreiche Vorteile: Die Lebensqualität in der Gemeinde/Stadt wird durch Reduktion von Stau, Lärm, Emissionen und Unfällen verbessert und die Gesundheit der Bevölkerung wird durch Bewegung gefördert.

Um die Gesundheit zu fördern und aufrechtzuerhalten, sollten sich Erwachsene 150 Minuten pro Woche mit mittlerer Intensität bewegen. Für Kinder und Jugendliche lautet die Empfehlung: mindestens 60 Minuten Bewegung pro Tag

Um diese Empfehlungen zu erreichen, spielt neben Bewegung und Sport vor allem auch die Alltagsmobilität (aktive Mobilität) eine wesentliche Rolle.

Mit der Broschüre „Aktive Mobilität – gesund unterwegs!“ werden Beispiele aus der Praxis zur Förderung aktiver Mobilitätsformen für Städte und Gemeinden vorgestellt, die sich gut bewährt haben und leicht umsetzen lassen. Lassen Sie sich inspirieren!

Nähere Infos:
www.aktive-mobilitaet.at



KONTAKT
Fonds Gesundes Österreich
Dr. Verena Zeuschner,
+43/1/8950400-730,
verena.zeuschner@goeg.at

BARGELD SERVICE

TIROLS PILOT-GEMEINDEN

Zwei Tiroler Gemeinden führten den Bargeld-Service für Wirte bereits im Mai 2019 ein.

Grins und Stanz machen's vor: die Bargeldbehebung im Gasthaus. Zwei Wirte in zwei Landecker Gemeinden testen bereits Bargeld-Service im Kleinen. In der dritten Augustwoche 2019 gaben Gemeindebund und Mastercard den offiziellen Startschuss des Bargeld-Services für kleine Händler und Gastronomen. Die zwei Tiroler Pilotgemeinden bieten den Service bereits seit Mai 2019 an.

Die Ausdünnung der ländlichen Infrastruktur durch Abwanderung und Budgetmangel stellt eine große Herausforderung für Gemeinden dar. Auch viele Bankfilialen fallen dem zum Opfer und nehmen ihre Bankomaten dabei gleich

mit. Wollen Gemeinden ihren Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Bargeld bewahren, müssen sie die Kosten dafür oft selbst mittragen. Um dem Abhilfe zu verschaffen, initiierten der Österreichische Gemeindebund und Mastercard die Ausweitung des Bargeld-Service auf Kleinbetriebe und Gasthäuser. So kann man an der Kassa beim Zahlen der Wurstsemmel, des neuen Haarschnitts oder des Spritzers mit Debit- oder Bankomatkarte gleich bis zu 200 Euro mit abheben.

Bargeld-Service ist „feine Sache“ für kleine Gemeinden. Die Raiffeisenbank Oberland



„Der Service wird von den Einwohnern **sehr gut angenommen.**“

Günter Zangerle,
Amtsleiter von Stanz

Alles
unter

Bäume sind ein wichtiger Bestandteil unseres Lebensraums. Besonders in Siedlungsgebieten sind regelmäßige Untersuchungen der Baumgesundheit unverzichtbar, um Schäden sowie Risiken für die Eigentümer zu minimieren. Für einen naturnahen und sicheren Lebensraum erstellen wir digitale Baumkataster sowie langfristige Baumgestaltungs- und Pflegekonzepte.

Mehr unter
www.bundesforste.at/baumbegutachtung



WO DIE NATUR ZU HAUSE IST

Kontrolle





Beim Dorfwirt in Stanz bei Landeck kann man seit Mai 2019 nicht nur Bargeld beheben, sondern auch regionale Produkte kaufen. Das kommt bei den Bewohnern sehr gut an.

machte bereits im Frühjahr 2019 den Vorstoß und verhalf gemeinsam mit SIX dem Dorfgasthaus Maultasch in Grins und dem Dorfwirt Stanz im Bezirk Landeck zur Einführung der Bargeldbehebung an der Kassa. Im 600 Einwohner starken Stanz zieht man eine sehr positive Bilanz. „Es ist eine feine Sache für uns, weil es in unserem Ort keine Bank gibt. Der Service wird von den Einwohnern sehr gut angenommen“, berichtet der Stanzer Amtsleiter Günter Zangerle.

Gasthaus, Lebensmittelladen und „Bankomat“ in einem. In Stanz gab es zwar einmal eine Zahlstelle, aber diese wurde bereits in den 1990er-Jahren geschlossen. Seither mussten sich die Stanzer Bürgerinnen und Bürger eine Viertelstunde ins Auto setzen, um an ihr Bares zu kommen. Als die Raiffeisenbank Oberland auf die Gemeinde Stanz mit der Idee des Bargeld-Services zuzug, holten diese freudig den Dorfwirt ins Boot. Im Zuge der Einführung dieser neuen Möglichkeit wurde im Gasthaus auch ein Dorfladen mit regionalen Produkten eingerichtet. „Dort wird eingekauft, gleichzeitig ein Kaffee getrunken und beim Zahlen auch gleich Geld abgehoben“, berichtet Zangerle erfreut. Für den Dorfwirt und die Bewohner also eine „Win-win-Situation“.

Mehr auf gemeindegund.at

STIHL HAT MAN(N) ODER NICHT



MS 500i
BENZIN-MOTORSÄGE

MEHR AUF STIHL.AT/PROFIPOWER

LEISTUNG
5,0 KW (6,8 PS)

HUBRAUM
79,2 CM³



STIHL

EINBRUCHSGEFAHR

ZWISCHEN WAHRNEHMUNG UND REALITÄT

Eine aktuelle Studie des KFV untersucht anhand des Beispiels Wohnraumeinbruch, inwieweit das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung mit den objektiven Sicherheitsrisiken übereinstimmt.

Im Zuge der repräsentativen Studie wurden zahlreiche Parameter rund um Wohnumgebung und Sicherheitsgefühl abgefragt – allen voran ging es um die Frage der Einschätzung einer potenziellen Einbruchgefährdung. Das Ergebnis: Die Mehrheit der Österreicher glaubt an eine gleichbleibende oder steigende Zahl an Wohnraumeinbrüchen. Tatsächlich ist die Zahl der Einbruchsanzeigen jedoch seit Jahren rückläufig.

Abwärtstrend bei Anzeigen. Ein besonders deutlicher Abwärtstrend ist seit dem Jahr 2014 zu beobachten: So ist die Zahl an angezeigten Einbruchsdiebstählen in Wohnungen und Wohnhäusern gemäß der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Bundeskriminalamts von 17.110 im Jahr 2014 auf 9784 im Jahr 2018 gesunken – das entspricht einem Rückgang von 43 Prozent innerhalb von 5 Jahren. Dennoch ist laut der aktuellen KFV-Befragung mehr als die Hälfte der Österreicher (53 Prozent) der Ansicht, dass es in ihrer Wohnumgebung in den vergangenen 5 Jahren keine nennenswerte Veränderung der Einbruchsraten gegeben hat. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Befragten geht sogar von einer Zunahme aus.



„In einer aufmerksamen Nachbarschaft haben Einbrecher, Diebe und Betrüger weniger Chancen.“

Armin Kaltenecker,
Leiter des Bereichs Eigentumsschutz im KFV

Betroffenheit erhöht Unsicherheitsgefühl. Personen, in deren privatem Umfeld es innerhalb der jüngeren Vergangenheit zu einem Einbruch gekommen ist, gehen doppelt so häufig von einer Zunahme der Einbruchsraten aus als jene, in deren Bekanntenkreis es keinen derartigen Vorfall gegeben hat. „Die Ergebnisse unserer Fokusgruppengespräche zeigen, dass es neben eigenen Erfahrungen und Berichten aus dem persönlichen sozialen Netzwerk vor allem die permanente Verfügbarkeit von Informationen über aktuelle Kriminalitätsdelikte ist, die zu einer Intensivierung des subjektiven Unsicherheitsgefühls beiträgt“, so Dr. Armin Kaltenecker, Leiter des Bereichs Eigentumsschutz im KFV.

Präventionsmaßnahmen trotz sinkender Einbruchszahlen sinnvoll. Auch wenn die Zahl an Wohnraumeinbrüchen abnimmt, ist es laut Experten wichtig und sinnvoll, entsprechende Präventionsmaßnahmen zum Schutz der eigenen vier Wände zu treffen. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik wurden im Jahr 2018 46,5 Prozent aller Einbrüche abgebrochen – ein deutlicher Indikator dafür, wie wichtig und effektiv die Investition in Einbruchschutz und die gegenseitige Hilfe unter Nachbarn ist. Denn

zusätzlich zu eigenen Präventionsmaßnahmen können auch aufmerksame Nachbarn Einbrüche verhindern – beispielsweise indem sie den Postkasten leeren oder die Position der Jalousien und Vorhänge verändern und so das Objekt bewohnt erscheinen lassen.

Gute Nachbarschaft als effektiver Einbruchschutz. Wie die Ergebnisse der KfV-Befragung zeigen, hat immerhin die Hälfte aller Österreicher innerhalb des letzten Jahres während der Abwesenheit eines Nachbarn auf dessen Wohnung aufgepasst. Dennoch scheinen die nachbarschaftlichen Beziehungen oftmals nicht über das Ausmaß flüchtiger Bekanntschaften hinauszugehen: Ein Viertel (25 Prozent) aller Befragten gibt an, mit ihren Nachbarn nie über persönliche Themen zu sprechen, ein Drittel (33 Prozent) hat noch niemals mit Nachbarn Kaffee getrunken oder zusammen gegessen. Dabei ist gute Nachbarschaft nicht nur in zwischenmenschlicher Hinsicht lohnenswert: „In einer aufmerksamen Nachbarschaft haben Einbrecher, Diebe und Betrüger weniger Chancen. Zögern Sie daher nicht, im Falle verdächtiger Beobachtungen in Ihrem Wohnumfeld die nächste Polizeidienststelle zu kontaktieren oder im Notfall 133 zu wählen“, rät Kaltenegger. 📍

Auch wenn die Zahl an Wohnraumeinbrüchen abnimmt, ist es laut Experten wichtig und sinnvoll, entsprechende Präventionsmaßnahmen zum Schutz der eigenen vier Wände zu treffen.

TIPPS ZUR EINBRUCHSPRÄVENTION

- ⊙ **Vermeiden Sie Zeichen der Abwesenheit wie übervolle Briefkästen**, aufgestellte Türmatten oder Werbesendungen vor der Tür. Bitten Sie Nachbarn oder Freunde, während Ihrer Abwesenheit nach dem Rechten zu sehen und den Postkasten zu leeren.
- ⊙ **Licht signalisiert, dass jemand zuhause sein könnte**, das schreckt Einbrecher ab. Verwenden Sie bei Abwesenheit in den Abendstunden Zeitschaltuhren oder installieren Sie eine Außenbeleuchtung.
- ⊙ **Kurze Abwesenheit – schneller Einbruch:** Ein Einbruch dauert nicht lange, darum auch bei kurzen Abwesenheiten das Haus immer vollständig verriegeln.
- ⊙ Vor dem Verlassen des Hauses **alle Fenster vollständig schließen**. Achtung: Steigt ein Einbrecher über ein gekipptes Fenster ein, ist der Schaden in der Regel nicht durch die Versicherung gedeckt.
- ⊙ Schlüsselverstecke: **Niemals einen Schlüssel im Außenbereich verstecken** – Einbrecher kennen alle beliebten Schlüsselverstecke.

📄 WEITERE WERTVOLLE TIPPS ZUR EINBRUCHSPRÄVENTION FINDEN SIE ONLINE UNTER:

<https://bewusst-sicher-zuhause.at/checkliste-einbruch/>

KOSTENGÜNSTIG VERSENDEN

GANZ BÜRGERNAH – DER E-BRIEF

Die Post übernimmt Ihre Dokumente und stellt sie E-Brief-Empfängerinnen und -Empfängern elektronisch zu. So sparen Sie ab der ersten Sendung.



Beim E-Brief fallen keine Fixkosten an, und jede Zustellung in den E-Briefkasten wird zum halben Briefporto verschickt.

Durch den Service der „Dualen Zustellung“ nimmt die Sendung automatisch den kostengünstigsten Weg zum Empfänger: Findet sich Ihr Adressat im E-Brief-Verzeichnis der Post, ergeht die Sendung elektronisch, andernfalls wird der Brief in gedruckter Form auf dem klassischen Postweg zugestellt. Die Vertraulichkeit der Daten wird durch die zuverlässige Informationsübermittlung per E-Brief garantiert.

E-Brief in der Gemeinde Mistelbach. Seit März 2018

setzt auch die Stadtgemeinde Mistelbach auf den E-Briefkasten der Österreichischen Post. Durch den Einsatz des E-Briefs finden Sendungen künftig immer den kostengünstigeren Weg zur Bürgerin bzw. zum Bürger. Beim E-Brief fallen keine Fixkosten an, und jede Zustellung in den E-Briefkasten wird zum halben Briefporto verschickt. Die eingesparten Druck- und Versandkosten machen sich bei einer Einwohnerzahl von 11.000 Personen positiv im Stadtbudget bemerkbar. „Seit der Anwendung konnten

wir mit dem E-Brief 3 Prozent der Sendungen elektronisch abwickeln und entsprechende Einsparungen lukrieren“, sagt Mag. Reinhard Gabauer, Stadtamtsdirektor in Mistelbach.

Ihre Vorteile

- Sofortige Kostenreduktion
- Garantierte Zustellung elektronisch oder physisch
- Hohe Trefferquote durch Identitätsmatch
- Signatur von Dokumenten mit Amtssignatur und durch den Bürger
- Integrierte Bezahlungsfunktion

MEHR INFOS

Mehr Informationen zum E-Brief der Post erhalten Sie bei der Business Hotline unter 0800 212 212 oder businessservice@post.at sowie unter e-brief.at



GRUNDBEDÜRFNIS WOHNEN

RAHMENBEDINGUNGEN MÜSSEN PASSEN!

Wohnen muss jeder – es ist ein Grundbedürfnis. Gerade dieser Umstand macht den Wohnungsmarkt so lukrativ. Wohnen wird heute vielfach als Finanzinstrument gesehen und nicht mehr als Menschenrecht.



Investoren (Pensionsfonds, Hedge-Fonds etc.) kaufen ganze Stadtteile auf, weil sie hohe Renditen erwarten. Die Spekulation heizt den Wohnungsmarkt an: Immobilien- und Bodenpreise explodieren. Während sich Vermögende über steigende Einnahmen aus ihren Investments freuen, verzweifeln andere an den horrenden Kosten. „Vor allem in den Städten wird es für viele, insbesondere auch für junge Menschen, immer schwieriger, sich ein Dach über dem Kopf zu leisten“, sagt dazu Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion_Die Daseinsgewerkschaft.

Wohnungskosten explodieren, jetzt muss gehandelt werden. Im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 sind in ganz Europa die Wohnkosten explodiert. Auch in Wien sind in den letzten zehn Jahren die Mieten um ein Drittel gestiegen. Ähnlich ist es in Salzburg, Linz, Graz und Innsbruck. Doch es ist nicht die wachsende Bevölkerung, die die Preise nach oben treibt. „Spekulationen am Immobilienmarkt sind der Grund,

warum Wohnen in der Stadt zum Luxus wird. Im Österreich-Durchschnitt werden 29 Prozent des Nettoeinkommens für Wohnen aufgewendet. Bisher galt als Faustregel, dass 20-25 Prozent des Einkommens reichen mussten. Diesen Wert sollten wir wieder erreichen beziehungsweise unterlaufen“, erklärt Kattinig (Bild). Maßnahmen wie etwa verstärkte Investitionen in sozialen Wohnungsbau, entsprechende Lohnerhöhungen und Mietpreisbremsen sollen helfen.

Jedoch sorgen europäische Regelungen auch hier für Hürden: Über das Beihilfen- und Wettbewerbsrecht sowie die fiskalpolitische Steuerung hat die Europäische Union großen Einfluss auf Investitionen in bezahlbares Wohnen – auch wenn das Thema Wohnen unmittelbar in der Kompetenz der Mitgliedstaaten und damit bei Ländern, Städten und Gemeinden liegt. Und die Immobilien-Lobby und konservative Regierungen nutzen das. So sollen Sozialwohnungen nur mehr ausschließlich sozial benachteiligten Gruppen, also Menschen in Armut

oder Obdachlosigkeit, zur Verfügung stehen.

Diese strenge Definition macht es umso schwieriger, einen sozialen Wohnbau, wie es ihn in Wien gibt, aufzubauen und zu gewährleisten. Eine soziale Durchmischung wird dadurch unmöglich. Es müssen auch investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für Länder, Städte und Gemeinden geschaffen werden, damit diese investieren können. Dafür muss die sog. „golden rule“ umgesetzt werden, damit für künftige Generationen leistbarer Wohnraum sichergestellt wird. Auch die Spekulation rund um Wohnbauprojekte und Baugründe muss aufhören, denn diese treiben die Mieten und die Grundstückspreise ins Unermessliche.

Europäische Bürgerinitiative „housing for all“ läuft bis März 2020. Die Forderungen der Europäischen Bürgerinitiative greifen genau diese Probleme auf:

- die Erleichterung des Zugangs für alle zu leistbarem und sozialem Wohnbau,
- keine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf

öffentliche Investitionen in leistbaren Wohnbau,

- besserer Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger,
- soziale und wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen sowie
- die statistische Erfassung des Wohnbedarfs in Europa.

Es braucht daher ein eindeutiges Bekenntnis zum sozialen Wohnungsbau sowie klare und günstige Rahmenbedingungen sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten, Städten und Kommunen. Hinter der Initiative steht eine Vielzahl an Organisationen, von Gewerkschaften über NGOs, Wohnungslosen-Netzwerke bis hin zu Studierenden- und Pensionistenverbänden.

MEHR INFOS

Die Initiative kann man unter www.housingforall.eu unterstützen.

younion
Die Daseinsgewerkschaft



BURGENLAND



Patrick Poten von der Taxiinnung, Gemeinderätin Edeltraud Mayer und Bürgermeister Ernst Edelmann von der Gemeinde Wimpassing an der Leitha, Raiffeisenlandesbank-Generaldirektor Rudolf Könighofer und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

Bereits 100 „60plusTaxi“-Gemeinden

Die burgenländischen Taxiunternehmen starteten 2008 mit Unterstützung der Landesregierung die Aktion „60plusTaxi“. Mit der Gemeinde Wimpassing an der Leitha sind mittlerweile 100 Gemeinden an diesem Projekt beteiligt. Als Zahlungsmittel für das Taxi-Angebot dienen so genannte „60plus-Schecks“, die mit fünf Euro dotiert sind und von der Gemeinde ausgegeben werden. Die

Gemeinden geben auch einen finanziellen Zuschuss zu den Taxifahrten. „Aktiviert werden die Schecks durch einen Gemeindestempel“, erklärt Patrick Poten von der Taxiinnung in der Wirtschaftskammer. Wie viele Schecks an die ältere Bevölkerung ausgegeben werden, liegt im Ermessen der Gemeinde, „ebenso ob und wie hoch ein Eigenanteil verrechnet wird“, so Poten.

Ordinationsförderung für Fachärzte

Zur besseren medizinischen Versorgung der Bevölkerung fördert das Burgenland jetzt auch die Errichtung von Facharztordinationen. Vor allem in Mangelfächern soll damit ein zusätzlicher Anreiz zur Schaffung

einer Facharzt-Ordination mit Kassenvertrag gesetzt werden. Gefördert werden Fachärztinnen und Fachärzte mit § 2-Kassenvertrag für eine Planstelle im Burgenland mit einer Verpflichtung, die Kassenvertragsstelle mindestens fünf Jahre aufrechtzuerhalten.



KÄRNTEN



FPÖ kritisierte neue Raumordnung

FPÖ-Bürgermeister kritisieren den Entwurf des neuen Kärntner Raumordnungsgesetzes. Befürchtet werden Eingriffe in die Gemeindeautonomie, weil im Gesetz vorgesehen ist, dass bereits als Bauland gewidmete Grundstücke rückgewidmet werden müssen, wenn sie nicht innerhalb von zehn Jahren bebaut werden. „Entmündigung, Enteignung und Entvölkerung drohen“, sagt

der Mühldorfer Bürgermeister Erwin Angerer. Kritisiert wird auch, dass die Bürgermeister nicht in die Überarbeitung des Raumordnungsgesetzes mit einbezogen wurden. Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) weist die Kritik zurück. Er sei bei jeder Bezirksitzung des Gemeindebundes dabei gewesen und habe die Anwesenden über das neue Raumordnungsgesetz informiert.



Blick vom Pyramidenkogel auf den Wörthersee.

Glasfaserkabel mitverlegen

Dank der kürzlich erteilten beihilfenrechtlichen Genehmigung der EU darf die Breitbandinitiative Kärnten (BIK) den Glasfaserausbau in Kärnten übernehmen. Der Startschuss fiel mit einem Mitverlegungsprojekt: Im Zuge der Revitalisierung des Ferlacher Hauptplatzes können auch gleich Glasfaserkabel verlegt werden.

650 Laufmeter Kabel wurden verlegt und damit der Umkreis rund um den Hauptplatz erschlossen. Peter Scharck, Geschäftsführer der BIK: „Mitverlegungs-Trassen sind eine wichtige Basis für das zu errichtende Gesamtnetz und darüber hinaus auch wirtschaftlich rentabler. Denn die Grabungsarbeiten, machen bei einem Glasfasernetz über 70 Prozent der Gesamtkosten aus.“



NIEDERÖSTERREICH



Bei der Montage der ersten Trixi-Spiegel in Korneuburg waren u. a. Bauamtsleiter Wolfgang Schenk, die Stadträte Hubert Holzer und Andreas Minnich sowie Landesrat Ludwig Schleritzko dabei.

Spiegel sollen Leben retten

Wenn Lastkraftwagen im Stadtverkehr rechts abbiegen müssen, kommt es bei parallel geführten Geh- und Radwegen immer wieder zu gefährlichen Situationen, die teilweise sogar schon tödlich endeten. Um für mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer zu sorgen, wurden nun die ersten sogenannten „Trixi-Spiegel“ in Korneuburg montiert. Die Zusatzspiegel können dazu beitragen, den toten

Winkel beim Rechtsabbiegen von großen Fahrzeugen zu reduzieren. In Korneuburg wurden nun vier sogenannte „Trixi-Spiegel“ montiert. Dabei handelt es sich um kleine Konvexspiegel, die im Bereich von Ampelanlagen angebracht sind. Der Spiegel ist nach der Tochter des Erfinders Ulrich Willburger benannt, die 1994 als Radfahrerin einen Abbiegeunfall schwer verletzt überlebt hat.

Die schönsten Blumenorte

Der Blumenschmuckwettbewerb „Blühendes NÖ“ wird seit 1969 jährlich mit dem Ziel durchgeführt, die schönsten blumengeschmückten Orte des Landes auszuzeichnen. Die heurigen Sieger:

- ⊙ Unter 250 Einwohner: Sallingstadt vor Nesselstauden-Geyersberg und

- Kleinwilfersdorf.
- ⊙ 251 bis 800 Einwohner: Bad Schönau vor Platt und Hollenstein/Ybbs.
- ⊙ 801 bis 3000 Einwohner: Euratsfeld vor Retz und Reisenberg.
- ⊙ über 3000 Einwohner: Baden vor Leobersdorf sowie Tulln und Wieselburg.
- ⊙ Ehrenpreise erhielten Hornsburg und Ungerbach



OBERÖSTERREICH



Ortsbildmesse in Ternberg

Bereits zum 28. Mal lud der Landesverband der Vereine für Dorf- und Stadtentwicklung zur Ortsbildmesse ein. 54. Gemeinden präsentierten Erfolgsbeispiele für Dorf- und Stadtentwicklung. Gastgeber der Ortsbildmesse war diesmal Ternberg. Die Gemeinde im Traunviertel zeichnet sich

schon seit Jahren durch eine sehr lebendige und aktive Dorfentwicklung aus. Im Museumsdorf und Bildungshaus Trattenbach wird etwa die Geschichte des untrennbar mit der Region verbundenen Taschenfeitels erlebbar gemacht. Nächstes Jahr wird die Messe in Freistadt stattfinden.



Landesrat Markus Achleitner beim Rundgang durch die Ortsbildmesse.

Wie geht es den Frauen auf dem Land?

Zur Umsetzung seiner Frauenstrategie ließ das Land Oberösterreich die Situation und Bedürfnisse von Frauen im ländlichen Raum erheben. Dabei zeigt sich, dass Frauen in ländlichen Regionen großteils mit ihrem Wohnumfeld zufrieden sind. Insbesondere die Gruppe der 16- bis 29-Jährigen weist hohe Zufriedenheitswerte auf. 61 Prozent der Befragten meinen, dass die Lebens-

bedingungen auf dem Land besser sind als in der Stadt. Nur 12 Prozent sehen diese in großen Städten gegeben. Bei den Zukunftsaussichten schneidet aber das städtische Umfeld besser ab. Hier sehen nur 23 Prozent der befragten Frauen den ländlichen Raum im Vorteil. „In dieses Thema spielen viele Themen hinein, von der Kinderbetreuung auf dem Land über die Jobchancen bis hin zur gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit“, meint Landesrat Max Hiegelsberger.



SALZBURG



Landesrätin Andrea Klambauer beim Wandertag mit Gemeinderätinnen in Untertauern.

Wandern in Richtung Gleichberechtigung

52 Prozent der Wahlberechtigten in Salzburg sind Frauen, doch in den 119 Gemeindevertretungen des Landes haben die Männer mit einem Anteil von knapp zwei Drittel immer noch deutlich die Nase vorn. Und nur acht Gemeinden werden von Frauen regiert. Um sich mit Gemeinderätinnen auszutauschen, veranstaltete Landesrätin

Andrea Klambauer eine gemeinsame Wanderung in Untertauern. „Dass sich Frauen politisch engagieren, ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung in allen anderen Lebensbereichen. Ich möchte sie ermutigen, sich einzubringen und aktiv mitzugestalten“, so Klambauer

So wuchsen die Salzburger Gemeinden

In Bürmoos leben heute 68-mal so viele Menschen wie bei der ersten Volkszählung im Jahr 1869. Damit ist die Flachgauer Gemeinde der Ort mit dem größten Bevölkerungszuwachs im Land Salzburg. Freilich starteten die Bürmooser ihre Entwicklung von einem sehr niedrigen Stand von 72 Einwohnern auf nun 4918.

Verzehnfachen konnten sich in diesen 150 Jahren Grödig (von 705 auf 7.314) und Wals-Siezenheim (von 1349 auf 13.213). Wie überhaupt der Flachgau der dynamischste Bezirk mit einer Steigerung der Bevölkerungszahl um 311,5 Prozent (von 37.004 auf 152.281) seit 1869 ist und im Vergleich nur hinter die Landeshauptstadt (plus 453,6 Prozent von 27.858 auf 154.211) zurückfällt.



STEIERMARK



Die schönsten Orte der Steiermark

Beim steirischen Blumen schmuckwettbewerb werden Gemeinden, die sich besonders für den Blumenschmuck engagieren, mit „Floras“ ausgezeichnet. Orte, die in den vergangenen fünf Jahren fünf Floras erhalten haben, wurden heuer mit der „Goldenen Flora“ ausgezeichnet. Es sind dies Semriach, St. Georgen am Kreischberg, Sankt Jakob am Walde,

Stralleg und Donnersbach. Neben den Ortsbewertungen „Schönste Stadt“, „Schönster Markt“, „Schönstes Dorf“, „Schönstes Gebirgsdorf“ und „Schönste Katastralgemeinde“ und „Besonderen Leistungen“ für Teilbereiche wurden insbesondere 77 „Kinder-, Jugend- und Gemeinschaftsprojekte“ aus 37 Gemeinden eingereicht.



Ferdinand Lienhart (Gärtnerei Lienhart), Bgm. Siegfried Nagl, Blumenkönigin Elisabeth Schweitzer, Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl und LH Hermann Schützenhöfer bei der Abschlussveranstaltung der „Flora 19“ in Graz.

Bürgerbeteiligung revisted

Seit März 2019 führt die Leitstelle LA 21 im Amt der Steiermärkischen Landesregierung eine laufende Evaluierung sämtlicher in dieser Programmperiode 2014 bis 2021 genehmigten und bisher abgeschlossenen LA 21-Projektvorhaben durch. Evaluieren werden

LA 21-BürgerInnenbeteiligungsprozesse, welche mit EU- und/oder Landesmitteln finanziert wurden. Seit 2015 wurden 41 Vorhaben bzw. Prozesse genehmigt. Die Gesamtprojektkosten belaufen sich auf aktuell 1,3 Mio. Euro. Ziel der Evaluierung ist es, die lokale und regionale Wirksamkeit der Maßnahmen beurteilen zu können.

**TIROL**

Die Arbeitsgruppe zum Projekt Klimawandel aus der Gemeinde Pfunds mit Vizebürgermeister Peter Wille (mit Plakat) und alps-Projektbetreuerin Hanna Krimm (links).

Zehn Pilotgemeinden werden **klimafit**

Zehn Pilotgemeinden bzw. Regionen haben in einem von der Tiroler Landesregierung mit 114.000 Euro unterstützten Projekt vorausschauende Anpassungsmaßnahmen zum Schutz des Lebens- und Wirtschaftsraums getroffen. In den Gemeinden Arzl im Pitztal, Brixlegg, Galtür, Gnadenwald, Innsbruck,

Karrösten, der Erlebnisregion Ried, Prutz und Pfunds, der Sonnenregion Hohe Tauern (mit Matrei, Prägraten und Virgen), Stams und Wörgl wurden in den vergangenen Monaten umfassende Risiko- und Klimafolgeanalysen angefertigt sowie zahlreiche Anpassungsvorkehrungen erarbeitet.

Wie man Boden bewahren will

Eine geordnete und bodensparende Bebauung von Grundstücken ist in Tirol aufgrund der Grundstücksformen sowie fehlender Wege und Straßen oftmals nicht möglich. Die Neuordnung von Grundstücken in Gebieten, die für die Entwicklung neuer Siedlungen vorgesehen sind, ist daher das wesentliche Ziel von Baulandumlegungen.

Das Baulandumlegungsverfahren ist seit dem Jahr 1972 – also seit dem Beginn der Raumordnung in Tirol – im Tiroler Raumordnungsgesetz verankert und wird stetig weiterentwickelt. Die Anzahl der bearbeiteten Verfahren hat sich in den letzten Jahren zwischen 40 und 50 eingependelt. Mit 25 von 44 bearbeiteten Verfahren im Jahr 2018 liegt das Gewicht bei der Verteilung auf die Bezirke klar im Oberland und Außerfern.

**VORARLBERG**

Wie man alle **Kinder auf das Leben vorbereitet**

In Nordrhein-Westfalen (NRW) bauen 40 Kommunen passgenaue Präventionsketten auf, um so positiv auf die individuellen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen einzuwirken – und zwar lückenlos

von der Schwangerschaft bis zum Eintritt ins Berufsleben. 16 Fachleute aus Vorarlberger Gemeinden und aus der Landesverwaltung machten nun eine Exkursion in das deutsche Bundesland, um das Projekt zu studieren.



Fachleute aus Vorarlberg machten eine Exkursion nach Nordrhein-Westfalen, um dort Jugendprojekte zu studieren.

Gutes Zeugnis für Wohnbauförderung

Die Vorarlberger Landesregierung hat 2014 eine große Wohnbauoffensive gestartet, um gemeinnützige Wohnungsangebote nicht nur in den Städten auszubauen, sondern verstärkt auch in den ländlichen Raum und in kleinere Gemeinden zu tragen. Eine Studie des Instituts für Immobilien, Bauen und Wohnen stellt der Vorarlberger Wohnbauförderung nun ein gutes Zeugnis aus. Die Neubauzahlen sind steil nach oben gegangen und

erreichten 2017 mit fast 4000 baubewilligten Wohneinheiten ein Allzeithoch. In den nächsten Jahren werden laut Schätzung rund 3000 Wohnungen jährlich gebraucht. Nach Fertigstellung der im Bau befindlichen bzw. schon zugesagten Projekte im Jahr 2019 werden mehr als drei Viertel aller Kommunen des Landes über ein integratives Wohnungsangebot verfügen. 97 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung werden dann ihren Wohnsitz in einer Gemeinde mit gemeinnützigem Wohnungsangebot haben.

PERSONALIA

Langzeit-Bürgermeister tritt ab

KOBLACH // Fast auf den Tag genau vor zwanzig Jahren trat Fritz Maierhofer das Bürgermeisteramt in Koblach an, am 5. September 2019 hat er es zurückgelegt. Der Langzeit-Bürgermeister der Gemeinde zwischen dem



Kummenberg und dem Rhein räumte den Chefsessel für seinen bisherigen Vizebürgermeister Gerd Hölzl. „Ich glaube es ist der Zeit-

punkt gekommen, meine politischen Ämter in jüngere Hände zu geben“, sagt der 62-Jährige. Bereits vor fast vierzig Jahren, im zarten Alter von 23, trat Fritz Maierhofer in die Gemeindepolitik ein. „Ich war schon seit meiner Jugend in den Koblacher Vereinen integriert, und habe mich dadurch schon früh für die Gemeindepolitik interessiert“, erzählt der Bürgermeister.

Besonders viel Freude bereitete den gebürtigen Koblacher das Projekt „Häuser der Generationen“. Die Sozialzentren wurden 2017 als Kooperation zwischen den beiden Kummenberg-Gemeinden Koblach und Götzis errichtet. Das „Haus Koblach“ beheimatet ein Pflegeheim und betreutes Wohnen sowie sämtliche Sozialvereine der Gemeinde. Das „Haus Götzis“ bietet außerdem Schülerbetreuung nachmittags und in den Ferien, offene Jugendarbeit und auch Elternberatung an. So konnten die Nachbargemeinden ihren Bürgerinnen und Bürgern in Zusammenarbeit zwei Kompetenzzentren im Bereich generationsübergreifender Beratung, Betreuung und Pflege bieten.

„Bürgermama“ tritt ab

SCHEIBBS // Zehn Jahre lang war Christine Dünwald-Specht Bürgermeisterin der Bezirkshauptstadt Scheibbs. Nach ihrem Rücktritt Ende August übernahm bis zur Neuwahl Vizebürgermeister Franz Aigner die Geschäfte. Die Entscheidung, zurückzutreten reifte bereits seit dem Sommer 2018 und wurde mit dem engeren Kreis der



Stadträte immer wieder besprochen. „Eine gute Bürgermeisterin zeichnet auch eine gute Übergabe aus“, weiß die 60-Jährige. Jetzt will sie erst einmal mit ihrem Mann einen Urlaub und einige ruhige Monate ihrer Pension genießen. „Ich

habe noch viele Ideen im Kopf, die ich vielleicht noch einbringen will. Aber jetzt werde ich eine Zeit lang Ruhe geben.“

Kosch übergibt an Kettler

PERNERSDORF // „Gemeinsames Arbeiten in der Gemeinde und mit der Bevölkerung, das wünsche ich mir“, freut sich Johann Kettler, der neu gewählte Bürgermeister der Weinviertler Gemeinde Pernersdorf (Bezirk Hollabrunn), auf das Amt. Sein Vorgänger, Eduard Kosch, trat Ende Juli nach 26 Jahren im Chefsessel der 1000-Seelen-Gemeinde zurück. Nun sollen erst einmal begonnene Projekte abgeschlossen werden.

Hervorheben will Kettler das besonders gute Dorfleben in seiner Gemeinde. „Der Umgang in der Bevölkerung ist sehr gut, das Dorfleben funktioniert“, zeigt sich der frischgebackene Bürgermeister stolz. „Es gibt sicher auch große Herausforderungen, und ich hoffe, dass ich die im Sinne der Gemeinde gut angehen kann.“



TERMINE



10 / Oktober

Kommunale Abfallwirtschaft

Der ÖWAV informiert im Zweijahresrhythmus die Abfallverbände, die Kommunen und Gemeinden über aktuelle Herausforderungen in der kommunalen Abfallwirtschaft. Er setzt dabei auf einen hohen Praxisbezug und bietet ausreichend Raum für spannende Diskussion.

www.oewav.at

Ort: Landhaus, St. Pölten.

22-23 / November

„Aus!Zeit!“ nehmen und Achtsamkeit üben

Im hektischen Arbeitsalltag einmal eine Auszeit einzulegen ist leichter gesagt als getan. Im Bürgermeister-Seminar „Aus!Zeit!“ erlernen die Teilnehmer effiziente Entspannungstechniken und bekommen einen Einblick in Theorie und Praxis der Achtsamkeitslehre.

www.goeg.at

Ort: Hotel Schwarzl Alm, Zwettl (NÖ)

07 / November

Gebäude und Umwelt im Wechselspiel

Wer lebenszyklusorientiert planen, bauen und betreiben will, darf das Umfeld des Gebäudes nicht außer Acht lassen. Mobilität, Vernetzung und Verknappung stehen als wesentliche Umweltfaktoren im steten Wechselspiel mit dem Gebäude und beeinflussen dessen Entwicklung im gesamten Lebenszyklus. Zahlreiche ökonomische, ökologische und soziokulturelle Rahmenbedingungen müssen berücksichtigt und vor dem Hintergrund der digitalen Transformation in den Kontext des einzelnen Gebäudes integriert werden. Der jährliche Herbstkongress der IG Lebenszyklus Bau richtet sich an innovative Bauherren, Projektentwickler und Stadtplaner und weitere Vertreter der Bau- und Immobilienbranche.

 **LEBENSZYKLUS BAU**
Planen | Bauen | Betreiben | Finanzierer

kongress2019.ig-lebenszyklus.at/

Ort: WKÖ, Wien



„STADT, LAND, FLUSS“ AUF ÖSTERREICHISCH

Neue Ausgabe, neuer Buchstabe: Diesmal mit dem „L“ des österreichischen „Stadt-Land-Fluss“-Spiels. Wenn auch Sie Vorschläge haben, mit welchen Berg- oder Ortsnamen man das Spiel gewinnen kann, mailen Sie uns: redaktion@kommunal.at

FLUSS

Die **LONKA** entspringt am Ende des Weißpriachtals in den Schladminger Tauern. Sie mündet nach knapp 15 km bei Maria-pfarr in die Taurach. Die Kelten gaben dem stark mäandrierenden Fluss den Namen „Lonkina“ – die Gekrümmte.



BERG

Die **LOIBLER BABA** (1969 m) ist ein Berg in den Karawanken, rund 3,5 km vom Loibpass entfernt. Die Bezeichnung Baba kommt aus dem Slowenischen und bedeutet „alte Frau“. Trotz der fast 2000 m Höhe besitzt der Berg kein Gipfelkreuz.



STADT/GEMEINDE

LOCKENHAUS (ungarisch: Léka, kroatisch: Livka) ist eine Marktgemeinde mit 2044 Einwohnern im Bezirk Oberpullendorf, im Mittelburgenland. Bekannt ist sie für die gleichnamige, mittelalterliche Hochburg, auf der die „Blutgräfin“ Báthory residierte.



TIER

LEBENSMITTELMOTTEN wie die Dörrobstmotte (aus Vorderasien), die Getreidemotte oder die Mehlmotte (beide aus Amerika) sind allesamt Neozoen, wurden mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingeschleppt und erst in der zweiten Hälfte des 19. Jhdts. erstmals in Österreich nachgewiesen.



LAND (BEZIRK)

Der Bezirk **LIENZ** (rund 49.000 Ew.) ist der flächenmäßig größte Bezirk Tirols und deckungsgleich mit der Region Osttirol. Zu ihm gehören mehr als 150 selbstständige Berggipfel mit einer Höhe von wenigstens 3000 Meter ü. A.

PERSÖNLICHKEIT

HEDY LAMARR (*1914) war eine österreichisch-amerikanische Filmschauspielerin und Erfinderin. Geboren in Wien, avancierte sie in Hollywood zum Star. Weltberühmt wurde sie durch die erste Nacktszene in einem Tonfilm überhaupt.



PFLANZE

Die österreichische **LOTWURZ** (*Onosma helvetica* subsp. *austriaca*) ist ein sehr seltener und vom Ausstreben bedrohter Endemit. Es gibt sie nur noch an drei Orten, wobei ihre Hauptvorkommen in der nord-östlichen Wachau liegen.



IMPRESSUM

Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zipmer
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 516 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 515 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 537 andreas.hussak@kommunal.at
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 518 elisabeth.leitner@kommunal.at oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:

<http://kommunal.at/leserservice/>



Grafik Thomas Max - DW 542 thomas.max@kommunal.at

Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 512, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 528, mrvlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 511, martin.pichler@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Daniel Kosak (BM für Nachhaltigkeit und Tourismus), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zipmer (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudorf; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at

Druckauflage KOMMUNAL: 34.963 (Halbjahresschnitt 2018)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung

Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichten Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.



Meine Gemeinde soll sich entwickeln. Wer verschafft mir den Spielraum?

Führende Public Sector-Expertise

Fragen Sie uns, wir sind für Sie da!

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln will, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie die „Praxisplaner“, erleichtern kommunale Aufgaben und helfen dabei den Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu erhöhen. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher.

publicsector.bankaustria.at

Die Bank für alles,
was wichtig ist.

 **Bank Austria**
Member of  UniCredit

RUND
50%
ALLER GEMEINDEN
SIND KUNDEN DER
BANK AUSTRIA

KOMMUNAL
KREDIT DIREKT



Attraktive
Zinsen

DIREKT MEHR ERTRAG

Sichern Sie sich direkt mehr Ertrag mit unseren Termineinlagen.

Neben attraktiven Zinsen bietet Ihnen unsere Online-Plattform eine einfache, schnelle und kostenfreie Abwicklung.

JETZT DIREKT ANLEGEN

www.kommunalkreditdirekt.at

Das Veranlagungsangebot der Kommunalkredit
für Gemeinden und Unternehmen.

Hotline: +43 1 / 31 6 31-750 | kommunalkreditdirekt@kommunalkredit.at